

Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2010



Zukunft Basel konkret

Zukunft Basel konkret

Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2010

Impressum

Herausgeber:	Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
Redaktion:	Amt für Umwelt und Energie, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt des Kantons Basel-Stadt Statistisches Amt, Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt
Layout/Grafik:	Statistisches Amt, Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt Sprenger Grafikdesign, Basel (Titelgrafik) Christine Götti, querformat, Birsfelden (Grafik S. 7)
Fotos:	Standortmarketing Basel (Umschlag, S. 30, S. 46) Vivico Real Estate GmbH, Basel (Umschlag, S. 14)
Auflage und Druck:	500 Exemplare, Kreis Druck AG, Basel
Copyright:	Kanton Basel-Stadt Abdruck unter Angabe der Quelle gestattet
Bezugsquellen:	Staatskanzlei Basel-Stadt, Rathaus, 4001 Basel Tel. 061 267 81 81, E-Mail: info@bs.ch Stadtladen im Kundenzentrum des Einwohneramtes, Spiegelgasse 6, 4001 Basel Tel. 061 267 70 70 Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, Hochbergerstr. 158, 4019 Basel Tel. 061 639 22 22, E-Mail: aue@bs.ch Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Binningerstr. 6, 4001 Basel Tel. 061 267 87 27, E-Mail: stata@bs.ch
Internet:	Der Bericht ist elektronisch verfügbar unter: http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t02 Der erste Bericht zur nachhaltigen Entwicklung erschien im Jahr 2001 mit dem Titel «Zukunft Basel». Der zweite Bericht erschien im Jahr 2005 mit dem Titel «Zukunft Basel konkret. Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005». Beide Berichte sind ebenfalls verfügbar unter: http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t02
Preis:	CHF 10.-

Inhalt

Inhalt.....	3
Vorwort.....	5
Zusammenfassung.....	6
Um was geht es bei der Nachhaltigkeit?.....	7
Nachhaltigkeit - ein zentrales Thema für den Kanton Basel-Stadt.....	8
Stand der Dinge und Blick in die Zukunft.....	9
Indikatoren zur Wirtschaft.....	15
Wertschöpfung.....	16
Erwerbstätigenquote.....	18
Beschäftigungsentwicklung.....	20
Arbeitslosenquote.....	22
Firmengründungen.....	24
Nettoschuldenquote.....	26
Steuereinnahmen.....	28
Indikatoren zur Umwelt.....	31
Luftqualität.....	32
Wasserqualität.....	34
Wasserverbrauch.....	36
Lärmbelastung.....	38
CO ₂ -Emissionen.....	40
Abfall.....	42
Bodenversiegelung.....	44
Indikatoren zur Gesellschaft.....	47
Altersquotient.....	48
Existenzsicherung.....	50
Gesundheitszustand.....	52
Integration.....	54
Lohngleichstellung.....	56
Gewaltstraftaten.....	58
Zufriedenheit.....	60
Fazit.....	62

Vorwort

Nachhaltige Entwicklung ist ein zentrales Thema - ein Thema von globaler Dimension, das aber auch auf lokaler Ebene entscheidende Impulse fordert. Nachhaltigkeit steht für die drei Dimensionen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ökologische Verantwortung und gesellschaftliche Solidarität.

Auch der Kanton Basel-Stadt verfolgt das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. 2001 haben wir im Bericht «Zukunft Basel» konkrete Ziele bestimmt, welche die nachhaltige Entwicklung des Kantons definieren. Auf dieser Basis entstand ein Indikatorensystem, mit dem der Stand der nachhaltigen Entwicklung objektiv beurteilt werden kann. 2005 haben wir zum ersten Mal die nachhaltige Entwicklung im Bericht «Zukunft Basel konkret» anhand von 21 Indikatoren aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft detailliert beschrieben und dabei Stärken und Schwächen aufgezeigt. Der vorliegende Bericht bildet den Stand der nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2010 ab und beschreibt insbesondere die Veränderungen der letzten vier Jahre.

Wir dürfen dabei feststellen, dass der Weg stimmt. Handlungsbedarf besteht aber weiterhin. Wir haben deshalb allen Grund, den Zustand der nachhaltigen Entwicklung regelmässig neu zu beurteilen, Massnahmen zu entwickeln bzw. umzusetzen und das politische Handeln zu beeinflussen. Der vorliegende Bericht zeigt

auf, wo die wesentlichen Handlungsfelder sind, wo wir Erfolge verzeichnen und wo Defizite bestehen. Er will über eine reine Bestandesaufnahme hinausgehen und dazu beitragen, dass politische Entscheidungen sich mittelfristig nicht einseitig zu Lasten einer der drei Dimensionen «Wirtschaft», «Umwelt» und «Gesellschaft» auswirken. Das Indikatorensystem soll uns dabei als Instrument dienen, um die nachhaltige Entwicklung optimal in die politische Planung und Steuerung zu integrieren, Entscheide langfristig ausgewogen zu fällen und positive Effekte in allen drei Schlüsseldimensionen zu erzielen. Wir übernehmen mit diesem Bericht auch Mitverantwortung, die nachhaltige Entwicklung im Kanton weiterhin vorwärts zu treiben.

Wichtig ist uns die Erkenntnis, dass Nachhaltigkeit nur durch partnerschaftliches Vorgehen erreichbar ist. Nachhaltige Entwicklung ist nicht nur eine staatliche Aufgabe, sondern braucht die Unterstützung von Partnern aus der Wirtschaft, von Nichtregierungsorganisationen, von Interessengruppierungen und schliesslich von der ganzen Bevölkerung. Wir laden somit alle interessierten Personen und Institutionen aus Wirtschaft, Umweltschutz und Gesellschaft ein, diesen Weg gemeinsam zu beschreiten.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Vorsteher des
Präsidialdepartements,
Regierungspräsident



Dr. Carlo Conti
Vorsteher des
Gesundheitsdepartements,
Regierungsvizepräsident



Dr. Christoph Eymann
Vorsteher des
Erziehungsdepartements



Dr. Eva Herzog
Vorsteherin des
Finanzdepartements



Hanspeter Gass
Vorsteher des Justiz- und
Sicherheitsdepartements



Christoph Brutschin
Vorsteher des Departements
für Wirtschaft, Soziales
und Umwelt



Dr. Hans-Peter Wessels
Vorsteher des Bau- und
Verkehrsdepartements

Basel, im Oktober 2010

Zusammenfassung

Der Kanton Basel-Stadt verfolgt das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Welche Fortschritte der Kanton dabei erzielt hat, wird mit 21 Indikatoren gemessen. Für die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft machen konkrete Zahlen die qualitativen Erfolge messbar und erlauben einen Vergleich über die Zeit. Die Anzahl der Indikatoren wurde bewusst auf ein überschaubares, aussagekräftiges Set beschränkt. Zudem wurden die Indikatoren aus Gründen der Vergleichbarkeit in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich entwickelt.

Der Stand der nachhaltigen Entwicklung im Kanton Basel-Stadt lässt sich aktuell wie folgt charakterisieren:

Wirtschaft

Die Indikatoren für die Wertschöpfung und die Beschäftigungsentwicklung verlaufen seit Jahren positiv. Die Arbeitslosenquote ist von 2004 bis Mitte 2008 deutlich gesunken, steigt seither konjunkturbedingt aber wieder leicht an. Die Quote der Erwerbstätigen und die Anzahl der Firmengründungen sind in den letzten Jahren weitgehend unverändert geblieben. Die Steuereinnahmen sind in den vergangenen Jahren bei den natürlichen Personen trotz Steuersenkungen relativ stabil geblieben, bei den Unternehmenssteuern ist im Vergleich zu den Jahren vor 2006 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die Verschuldung des Kantons sinkt seit Jahren. Insgesamt ist das Postulat weitgehend erfüllt, dass eine nachhaltige Entwicklung die künftigen Generationen nicht vorbelasten darf.

Umwelt

Die Qualität der Gewässer hat sich leicht verbessert. Die Emissionen von Treibhausgasen sind etwas gesunken. Auch bei der Luftqualität und der Lärmbelastung sind Teilerfolge zu verzeichnen, aber die Verbesserungen werden durch das wachsende Verkehrsvolumen wieder abgeschwächt. Die Bodenversiegelung bleibt weitgehend unverändert. Der Trinkwasserverbrauch hat leicht zugenommen, ebenfalls die Abfallmenge.

Gesellschaft

Die überwiegende Mehrheit der Menschen lebt sehr gerne in der Stadt und ist zufrieden mit den Lebensumständen. Die Zahl der Sozialhilfebeziehenden hat ab 2006 abgenommen und stagniert derzeit. Sie ist im Vergleich zu den bekannten Zahlen anderer Städte immer noch hoch. Ausländische Jugendliche sind an den Gymnasien nach wie vor deutlich unterdurchschnittlich vertreten. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern hat sich in den letzten Jahren kaum geändert.

Die Zahl der Gewaltstraftaten (sie betragen rund 3 % aller registrierten Delikte gemäss Schweizerischem Strafgesetzbuch und Betäubungsmittelstrafrecht) ist nach einer zwischenzeitlich rückläufigen Tendenz von 2004 bis 2007 wieder zunehmend.

Abschliessend kann gesagt werden, dass in allen drei Bereichen Entwicklungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu erkennen sind, wenngleich einzelne Indikatoren noch in eine andere Richtung zeigen.

Die nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Stadt soll mit Hilfe des vorliegenden Monitorings auch in Zukunft beurteilt werden. Ein Bilanzbericht in der vorliegenden Form ist alle vier Jahre vorgesehen. Die jeweils aktuellsten Kennzahlen sind auf der Homepage des Statistischen Amtes publiziert.

Um was geht es bei der Nachhaltigkeit?

Die Definition der Nachhaltigkeit nach Brundtland

Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission, benannt nach der damaligen Vorsitzenden, der Norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland) hat 1987 eine Definition für nachhaltige Entwicklung geliefert, die bis heute gültig und weltweit anerkannt ist: «Nachhaltig ist eine Entwicklung, wenn sie gewährleistet, dass die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden, ohne die Möglichkeit künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen.»

Nachhaltige Entwicklung ist ein zentrales Thema. Ein Thema von globaler Dimension, das aber auch auf lokaler Ebene entscheidende Impulse fordert. Nachhaltige Entwicklung stellt nicht einen neuen Politikbereich dar, sondern ist als Prozess zu verstehen, der die Schlüsselbereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales konsequent zu verknüpfen versucht und auf Partnerschaft mit Wirtschaftsverbänden und Nichtregierungsorganisationen sowie auf die Partizipation der Bevölkerung setzt. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ökologische Verantwortung und gesellschaftliche Solidarität stehen im Vordergrund. Vorhaben, die in diesen drei Schlüsselbereichen positive Effekte erzielen, sind langfristig die tragfähigsten Lösungen. Nachhaltige Entwicklung ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen und somit in allen Politikbereichen zu verankern.



Die Ziele des Nachhaltigkeitsberichtes

Der Nachhaltigkeitsbericht soll als Grundlage für künftige politische Entscheidungen in Richtung Nachhaltigkeit dienen. Die langfristigen Ziele der nachhaltigen Entwicklung bilden die strategischen Leitlinien an denen sich sowohl der bisher jährlich erscheinende Politikplan, als auch der neue Legislaturplan¹ 2009-2013 orientieren. Aufgrund der langfristigen Nachhaltigkeitsziele werden die mittelfristigen Leitsätze und politischen Schwerpunkte für die jeweilige Zeitperiode festgelegt. Ein regelmässiges Monitoring trägt dazu bei, dass politische Entscheidungen mittelfristig nicht einseitig zu Lasten einer der drei Dimensionen gehen. Zudem ermöglicht es, den Blick für wesentliche, langfristige Veränderungen zu schärfen.

Das Indikatorenset

Um die qualitativen Ziele der Nachhaltigkeit messbar zu machen, wurden jeder Nachhaltigkeitsdimension sieben Indikatoren zugeteilt, welche jeweils stellvertretend für ein Themenspektrum der Nachhaltigkeit stehen. Die Anzahl der Indikatoren wurde bewusst auf ein überschaubares, aussagekräftiges Set beschränkt. Zudem wurden die Indikatoren aus Gründen der Vergleichbarkeit in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich entwickelt.

Die Standortbestimmung der nachhaltigen Entwicklung im Vierjahresrhythmus

Eine Standortbestimmung der nachhaltigen Entwicklung erfolgt alle vier Jahre. Die jeweils aktuellsten Kennzahlen sind auf der Homepage des Statistischen Amtes publiziert: (<http://www.statistik-bs.ch>).

Wechsel vom jährlichen Politikplan zum vierjährigen Legislaturplan

Der Wechsel vom bisher jährlichen Politikplan zum vierjährigen Legislaturplan hat eine zeitliche Anpassung der Veröffentlichung des Nachhaltigkeitsberichts zur Folge. Für die künftig optimale Koordination wird der nächste Nachhaltigkeitsbericht zeitlich vor dem Legislaturplan 2013-2017, also bereits 2012 erscheinen. Ein Bilanzbericht in der vorliegenden Form ist danach weiterhin alle vier Jahre vorgesehen.

¹ Legislaturplan 2009-2013 des Regierungsrats des Kantons Basel-Stadt, Kantons- und Stadtentwicklung, Tel. 061 267 88 96, http://www.entwicklung.bs.ch/legislaturplan-2009-2013_2aufgabe.pdf

Nachhaltigkeit - ein zentrales Thema für den Kanton Basel-Stadt

Nachhaltigkeitspolitik im Kanton Basel-Stadt

Die nachhaltige Entwicklung will wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern, menschliches Wohlbefinden und Gerechtigkeit stärken sowie Lebensgrundlagen für Mensch und Natur erhalten. Das sind die langfristigen Anforderungen an einen starken, attraktiven und zukunftsfähigen Kanton und deshalb ein überzeugendes Konzept für die Entwicklung von Basel-Stadt. Nicht immer können alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit gleichermaßen berücksichtigt werden. Ziel der Politik muss jedoch sein, dass mittelfristig die Auswirkungen in der Summe der Entscheidungen nicht zu Lasten einer der drei Dimensionen gehen.

Was hat Basel bisher geleistet?

Eine erste Standortbestimmung zur Nachhaltigen Entwicklung erfolgte im Jahr 2001. Im Bericht «Zukunft Basel» wurden für die drei Schlüsseldimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales übergeordnete, langfristige Ziele festgelegt und darauf aufbauend ein Indikatorenset zur Beurteilung der Nachhaltigkeit ausgewählt.

Die Basler Ziele der nachhaltigen Entwicklung

Ökonomische Ziele

- Erhalt und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Basel unter Beibehaltung einer hohen Wertschöpfung
- Innovationsfördernde Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich Bildung, Wissenstransfer und Industrie
- Eine Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, welche zukünftige Generationen nicht stärker belastet
- Relativ geringe Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigungsgrad in der Region Basel

Ökologische Ziele

- Verminderung der lokalen Emissionen in Luft, Wasser und Boden sowie Vermeidung zukünftiger Altlasten
- Reduktion der Lärmbelastung für die Bevölkerung, insbesondere beim Wohnen, aber auch bei der Arbeit und in der Freizeit
- Verminderung des Ressourcenverbrauchs (Wasser, Energie, Stoffe, Bodenfläche) und der Abfälle
- Erhaltung und Förderung der lokalen Artenvielfalt (Flora und Fauna)

Gesellschaftliche Ziele

- Existenzsicherung für alle Gruppen der Bevölkerung
- Gut ausgebaute Grundversorgung im Gesundheitswesen für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons
- Integration der ausländischen Bevölkerung
- Gleichstellung von Frau und Mann

Vier Jahre später wurden die Fortschritte der nachhaltigen Entwicklung ein erstes Mal anhand der 21 Indikatoren gemessen und gemäss den Basler Nachhaltigkeitszielen beurteilt. Die Ergebnisse wurden im Bericht «Zukunft Basel konkret – Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005» dargestellt.

Der vorliegende Bericht des Regierungsrats führt die Beurteilung der nachhaltigen Entwicklung im Kanton Basel-Stadt fort. Er stellt die Veränderungen in den letzten vier Jahren dar. Und er reflektiert die vorgesehenen Massnahmen sowie die kurz- und mittelfristigen Ziele und Schwerpunkte des Legislaturplans und ihre Auswirkungen auf die zukünftige nachhaltige Entwicklung.

Stand der Dinge und Blick in die Zukunft

Seit Januar 2009 ist die Verwaltung des Kantons reorganisiert. Sie gliedert sich neu in ein Präsidialdepartement und sechs Fachdepartemente. Von der Reorganisation tangiert ist auch der Bereich Umwelt, welcher aus dem Baudepartement in das Wirtschafts- und Sozialdepartement verlegt wurde. Das neue Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) übernimmt zusammen mit dem Präsidialdepartement eine wichtige Funktion bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung im Kanton und will durch den Zusammenschluss der drei Bereiche Wirtschaft, Soziales und Umwelt die Bedeutung der Nachhaltigkeit stärken.

Im gleichen Jahr wurde der Politikplan durch den Legislaturplan ersetzt. Die vier Leitsätze des Legislaturplans 2009-2013 lauten:

- Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken
- Als Region zusammenwachsen
- Basel als urbanes Zentrum festigen
- Nachhaltig Lebensqualität schaffen

Somit werden auch im Legislaturplan die Ziele und Massnahmen für eine nachhaltige Entwicklung bestätigt. Der nachfolgende Abschnitt gibt eine Übersicht über die Entwicklung des Kantons Basel-Stadt, gegliedert nach den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Dabei werden die jüngsten und die künftigen politischen Massnahmen mitberücksichtigt.

Wirtschaft

Eine zentrale gesellschafts- und wirtschaftspolitische Aufgabe liegt in der Gestaltung der anhaltenden Entwicklung zur Wissensgesellschaft. Urbane Räume sind die Zentren der Bildung, des Austauschs und der Innovation. Städte sind der Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und der Wettbewerbsfähigkeit. Der Kanton Basel-Stadt steht vor der Herausforderung, sich als internationaler Wirtschaftsstandort und als Wissens- und Forschungszentrum weiterzuentwickeln und so zu positionieren, dass er für Unternehmen und für Menschen attraktiv bleibt.

Attraktive Rahmenbedingungen sind für eine wertschöpfungsstarke und innovative Wirtschaft unerlässlich. Der Wirtschaftsraum Basel ist wachstumsstark, wettbewerbsfähig und international geschätzt und bietet daher hervorragende Voraussetzungen für wertschöpfungsstarke Unternehmen. Der Kanton Basel-Stadt verfügt zudem über gute öffentliche Dienstleistungen, eine mo-

derne Infrastruktur und eine international konkurrenzfähige Besteuerung für Bevölkerung und Firmen.

Bei der Standort- bzw. Innovationsförderung konzentriert sich der Kanton Basel-Stadt auf jene Zielbranchen (Life Sciences, Chemische Industrie, Finanzdienstleistungen, Logistik und Kreativwirtschaft), die eine besonders grosse Bedeutung haben, weil sie überdurchschnittlich zu Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region beitragen. Ziel ist es, bestehende Stärken des Wirtschaftsstandorts gezielt zu fördern und somit die Wettbewerbsposition Basels im Standortwettbewerb weiter zu verbessern.

Die Konzentration auf die Zielbranchen wird mit der Förderung von Hochtechnologie (z.B. in der Nanotechnologie) verbunden, was zu einer Diversifikation der Wirtschaftsstruktur und zur Entwicklung neuer Standortstärken führen soll. Die baselstädtische Innovationsförderung - unter dem Label i-net BASEL - schafft Rahmenbedingungen, die vermehrt zu Gründungen von Hochtechnologieunternehmen führen und innovationsfördernde Netzwerke zwischen Universitäten, Hochtechnologieunternehmen und etablierten Unternehmen in der Region Basel begünstigen. Die Existenz von Unternehmen in Branchen mit einem engen Bezug zueinander bietet grosse regionalwirtschaftliche Chancen.

Mit dem «Basel Inkubator» – einer Initiative der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), des Kantons Basel-Stadt und der «EVA - the Basel life sciences start-up agency» – erhalten Forschende der Universität Basel und der FHNW die Möglichkeit, vielversprechende Forschungsergebnisse unter professioneller Begleitung weiterzuentwickeln und in eine Start-up-Firma zu überführen. Die angehenden Jungunternehmen profitieren von günstigen Infrastrukturen und professionellem Coaching.

Auch mit der KMU-Entlastung werden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Basel verbessert. Diese Massnahmen sind auf die Anforderungen von Unternehmen auch ausserhalb der Zielbranchen und der Hochtechnologie ausgerichtet. Der Regierungsrat strebt dabei eine Entlastung auf zwei Ebenen an. Einerseits soll der Umgang mit Regulierungen vereinfacht und für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) transparenter und kundenorientierter gestaltet werden. Andererseits sollen Regulierungen selbst KMU-freundlicher werden. Entsprechende Massnahmen (u.a. KMU-Desk, Regulierungsfolgenabschätzung) befinden sich bereits in Umsetzung bzw. in Vorbereitung.

BAK Basel Economics geht in der neuesten Prognose für das Jahr 2010 von einem Wachstum von 1,2 % für die Schweizer und 1,7 % für die baselstädtische Wirtschaft aus. Ungeachtet der positiven Wachstumsraten ist im Jahr 2010 wegen der Nachwirkungen der letzten konjunkturellen Verwerfungen weiter mit einer moderat steigenden Arbeitslosigkeit und einer höheren Zahl von Sozialhilfefällen zu rechnen. Trotz der zu erwartenden Belastungen auf der Ausgabenseite will der Regierungsrat den Ordentlichen Nettoaufwand (ONA) wieder zurück auf den langfristigen Pfad führen. Da aufgrund der Wirtschaftslage erst ab 2011 wieder mit leicht steigenden Steuererträgen gerechnet wird (die Gesamtwirtschaft wirkt sich erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf den Staatshaushalt aus), zeichnet sich in den kommenden vier Jahren insgesamt eine Verschlechterung der finanziellen Lage des Kantons ab. Als Folge dessen und ohne Einmaleffekte werden die Saldi der Laufenden Rechnung in den kommenden Jahren steigende Defizite aufweisen. Die verminderte Selbstfinanzierungskraft und das hohe Investitionsniveau führen dazu, dass ab 2010 von negativen Finanzierungssaldi und steigenden Nettoschulden auszugehen ist. Gemäss aktueller Finanzplanung wird die jährliche Neuverschuldung bis 2014 auf gegen 300 Mio. Franken ansteigen, die Nettoschuldenquote auf 6,1 Promille.

In Bezug auf Investitionen vertritt der Regierungsrat den Standpunkt, dass diese aus konjunkturellen Gründen nicht reduziert werden sollten. Die geplanten Investitionen sind entscheidend für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Basel, welcher attraktiv und dynamisch bleiben muss, um zukünftiges Wachstum zu sichern und einen Beitrag zum Wohlstand der Region zu leisten.

Umwelt

Basel ist seit 2001 Pilotregion der «2000-Watt-Gesellschaft». In Zusammenarbeit mit dem ETH-Bereich, der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Universität Basel werden Forschungsprojekte zur nachhaltigen Entwicklung initiiert und gefördert sowie der Wissenstransfer von der Forschung in die Praxis erleichtert. Schwerpunktthema und langfristiges Orientierungsziel ist, den Leistungsbedarf pro Person von rund 6000 Watt auf 2000 Watt zu senken und drei Viertel dieser Energiemenge aus erneuerbaren Energien bereitzustellen. Die Steigerung der Energieeffizienz und die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien stehen bei den drei Themenbereichen Bauen, Mobilität sowie Raum und Ressourcen im Vordergrund. 2008 nahm der Regierungsrat das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft in den Politikplan auf. Er will selbst mit dem Projekt einer klimaneutralen Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen. Als Grundlage für die Erreichung der Ziele wurden eine Analyse des Energieverbrauchs sowie eine Studie zur Ermittlung einer Absenkstrategie in Auftrag gegeben. Die Resultate werden bis Ende 2010 erwartet.

Das Programm i-net Basel fördert Innovationen von Industrie, Dienstleistern und Forschungseinrichtungen in den Bereichen Nanotechnologie, Greentech sowie Informations- und Kommunikationstechnologien. Mit i-net Greentech werden seit 2008 Innovationen in den Bereichen Wassertechnologie, energieeffiziente Rechenzentren und neue Materialien für Energieeffizienz und erneuerbare Energien unterstützt.

Seit dem Jahr 1984 wird eine Förderabgabe auf Strom erhoben. Sie macht derzeit 8 % der Gebühr für die Nutzung des Netzes aus. Die daraus erwirtschafteten Erträge werden zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung des Einsatzes von erneuerbarer Energie eingesetzt. Derzeit werden vor allem Gebäudesanierungen unterstützt – mit besonders attraktiven Beiträgen für Gesamtanierungen. Zusätzlich wurde die Solarstrombörse massiv erweitert: statt wie bisher nur 300 kWp (Kilowatt pik) nehmen die IWB nun jährlich bis zu 2000 kWp Solarstrom zu kostendeckenden Preisen in ihr Netz auf. Beide kantonalen Förderprogramme ergänzen entsprechende Programme des Bundes (Gebäudesanierungsprogramm bzw. kostendeckende Einspeisevergütung). Weitere Aktionen und Projekte des Kantons ergänzen das Förderprogramm und sensibilisieren zusammen mit der seit 1998 eingeführten Lenkungsabgabe auf Strom die Basler Bevölkerung für einen ressourcenschonenden Umgang mit Energie.

2009/2010 wurden das kantonale Energiegesetz und die dazugehörige Energieverordnung revidiert. Neu gelten u.a. strengere Isolationsvorschriften für die Gebäudehülle sowie die Pflicht, das Warmwasser zu mindestens 50 % mit erneuerbarer Energie zu erzeugen. Zusätzlich wurden für Neubauten Anforderungen an einen sommerlichen Wärmeschutz eingeführt.

2008 konnte das neue Holzheizkraftwerk der Industriellen Werke Basel (IWB) in Betrieb genommen werden. Der Strom der IWB setzt sich im Jahr 2009 zu 90,6 % aus erneuerbaren Energien (Wasser, Holz, Wind, Sonne) zusammen. Weitere 1,5 % des Stroms liefert die Wärmekraftkoppelung der Kehrrechtverwertungsanlage. Die verbleibenden 7,9 % Strom aus fossilen oder nicht überprüfbareren Energieträgern werden die IWB seit 2009 mit Herkunftszertifikaten von Wasserkraftwerken ökologisch auf. Der Strom der IWB stammt somit zu 100 % aus erneuerbaren Quellen.

Das Geothermieprojekt «Deep Heat Mining» zur thermischen und elektrischen Erdwärmenutzung musste Ende 2009 nach einer umfassenden Risikoanalyse aufgegeben werden. Bei einer Weiterführung hätte mit stärkeren Erschütterungen und damit auch Gebäudeschäden gerechnet werden müssen.

Basel trägt mit seiner vorbildlichen Energiepolitik einen wesentlichen Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit

Energie bei und erhielt im Jahr 2006 dafür das europäische Energiestadt-Label Gold. Das Verfahren für das Reaudit 2010 ist derzeit im Gange.

Eng mit dem Energieverbrauch in Verbindung stehen auch die Emissionen klimarelevanter Gase. Rund 97 % der im Kanton verursachten anthropogenen Treibhausgase sind auf CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger zurückzuführen. Als Mitglied der Klimabündnis-Städte hat sich Basel verpflichtet, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 50 % gegenüber dem Stand von 1990 zu vermindern. Derzeit wird ein Klimaschutzbericht des Kantons Basel-Stadt erstellt, um einerseits das Potenzial zur Reduktion von CO₂-Emissionen und andererseits relevante Folgen des Klimawandels sowie entsprechende Massnahmen zu eruieren. Der Bericht wird dem Regierungsrat Anfang 2011 vorgelegt.

In der Kehrichtverwertungsanlage der IWB werden die nicht recycelbaren Siedlungs- und Gewerbeabfälle des Kantons und der umliegenden Gemeinden thermisch verwertet. Dabei werden Elektrizität und Dampf erzeugt sowie Wärme in das Fernwärmenetz eingespiessen. Dank des relativ hohen Wirkungsgrades der Anlage können rund 70 % der im Abfall enthaltenen Energie genutzt werden. Weil indessen Abfälle immer auch den Verbrauch von Ressourcen bedeuten, sollten sie soweit als möglich vermieden werden. Die konsequente Durchsetzung des Verursacherprinzips ist eine wichtige Triebfeder sowohl für die Abfallvermeidung als auch für eine gute Trennung von wiederverwertbaren Stoffen. Parallel dazu sind der Bevölkerung attraktive Entsorgungsmöglichkeiten für die Separatsammlung von Wertstoffen anzubieten. Und nicht zuletzt gilt es die Bevölkerung ganz allgemein auf die Problematik des Ressourcenverbrauchs und der Abfallentsorgung aufmerksam zu machen. Abfallprävention wird daher bereits im Kindergarten und in der Schule durch professionelle Abfallpädagoginnen und -pädagogen unterrichtet. Mittels Kampagnen wird auf die zunehmende Litteringproblematik reagiert und bei Veranstaltungen auf Allmend für Mehrweggeschirr plädiert. Zudem sind seit 2008 gemeinsam mit den Grossverteilern und dem Gewerbe verschiedene Projekte zur Lösung der Litteringproblematik initiiert worden.

Der Luftreinhalteplan 2007 bilanziert die Luftschadstoffemissionen und deren Trendentwicklung in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Aufgrund dieser Bilanzierung sowie der gemessenen Immissionswerte werden der politische Handlungsbedarf und zusätzliche Massnahmen abgeleitet. Da in den letzten Jahren einige Immissionsgrenzwerte im Kanton Basel-Stadt überschritten wurden, müssen im Luftreinhalteplan 2007 weitergehende Massnahmen vorgesehen werden.

Durch die Eröffnung der Nordtangente hat sich ein Teil des stadtquerenden Verkehrs auf die Nationalstrasse

verlagert. In der Folge sind im Jahr 2010 weniger Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt von Grenzwertüberschreitungen aus dem Strassenlärm betroffen. Es ist jedoch zu erwarten, dass durch die allgemeine Verkehrszunahme die Lärmbelastung in den nächsten Jahren wieder ansteigen wird. Massnahmen wie die Errichtung von Lärmschutzwänden sind im innerstädtischen Raum kaum möglich. Daher wird der Kanton Basel-Stadt weiterhin den Einbau von Schallschutzfenstern bei einer Belastung über 67 dB (A) am Tag finanziell unterstützen. Die vermehrte Forschung an lärmarmen Strassenbelägen hat zur Entwicklung einiger Produkte geführt, die gerade an innerstädtischen Standorten das Potenzial haben, eine dauerhafte Verbesserung an der Quelle der Lärmemission zu erreichen. Die Möglichkeit des Einbaus solcher Beläge wird derzeit geprüft.

Die kommunale Abwasserreinigungsanlage der Region Basel (ProRheno AG) wird voraussichtlich bis zum Jahr 2018 mit einer technischen Einrichtung zur Stickstoffelimination ausgestattet. Dieses Verfahren ist mittlerweile Stand der Technik, um den Nährstoffeintrag in die Gewässer zu minimieren. Mit dieser Reinigungsstufe wird die Situation der Stickstoffbelastung am Rheinknie wesentlich verbessert und der Richtwert zur Einleitung des kommunalen Abwassers in Gewässer künftig eingehalten. Die Planung dieser Anlage ist vom Verwaltungsrat der ProRheno AG bereits genehmigt, der definitive Entscheid für den Bau liegt jedoch beim Grossen Rat. Zusätzlich sieht die Revision der Gewässerschutzverordnung des Bundes eine vierte Reinigungsstufe zur Elimination von Mikroverunreinigungen (u.a. Hormonaktive Stoffe) vor.

Die Stadtgärtnerei hat bis 2014 das Ziel, sich zu einem ökologischen Vorzeigebetrieb zu entwickeln und sich als Bio-Umstellungsbetrieb anzumelden. Dadurch wird unter anderem die Biodiversität in den städtischen Grünflächen gezielt gefördert.

Gesellschaft

Zu den wichtigsten Herausforderungen gehören auch für den Kanton Basel-Stadt die demografische Entwicklung, insbesondere die Alterung der Gesellschaft, die internationale Migration sowie der soziale Wandel, der unsere Gesellschaft vielfältiger und individueller werden lässt. Vielfalt und Individualität sind wichtige Treiber des Fortschritts, sie stellen aber auch hohe Anforderungen an den Erhalt des Gemeinwesens. Schliesslich gilt es, auch der Kehrseite gesellschaftlicher Individualisierung und Pluralisierung zu begegnen. Um der Tradition des Kantons als sozial verantwortungsbewusstem Gemeinwesen gerecht zu werden, ist es notwendig, sich diesen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen rechtzeitig und vorausschauend zu stellen. Es ist wichtig, die Potenziale der in Basel lebenden Menschen zu erkennen und für das Gemeinwesen frühzeitig zu gewinnen.

Der Ersteindruck, den Neuzuziehende von ihrem neuen Wohnkanton erhalten, ist ein wichtiger Schlüssel für einen erfolgreichen Integrationsprozess. Aus diesem Grund führt der Kanton regelmässige Begrüssungs- und Informationsveranstaltungen durch. Die Begrüssungskultur wird in Basel bereits seit dem Jahr 2000 gepflegt. Seit 2010 findet die Veranstaltung «Willkommen in Basel-Stadt» im Grossratsaal des Basler Rathauses statt. Diese gesamtstädtischen Neuzuzügerbegrüssungen werden von der Fachstelle Integration und Antidiskriminierung der Abteilung Gleichstellung und Integration des Präsidialdepartements organisiert. Ziel dieser Anlässe ist, dass alle Neuzugezogenen in den entscheidenden Anfangsmonaten von offizieller Seite willkommen geheissen werden und hilfreiche Informationen erhalten, die das Einleben in Basel-Stadt erleichtern. Die Begrüssung für Neuzugezogene in den Quartieren – «Willkommen im Quartier» – liegt in der Verantwortung der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung. Bei diesen Veranstaltungen geht es vor allem darum, über Quartieraktivitäten und -angebote zu informieren. Im Rahmen des Legislaturprojekts WELCOME werden diese und weitere Angebote für Neuzuziehende und Gäste koordiniert und optimiert.

Im Schwerpunkt «Chancengleichheit» sind künftig folgende Massnahmen beabsichtigt: Die Angebote zur Tagesbetreuung und die Förderung im Vorschulbereich werden ausgebaut. Ziel des «Round Table Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel» – einer Public-Private-Partnership, koordiniert von der Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern – ist, Basel als familienfreundliche Wirtschaftsregion zu positionieren und bekannt zu machen. Betriebe werden mit spezifischen Projekten auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik unterstützt. Somit werden Voraussetzungen geschaffen, um Beruf und Familie optimal miteinander zu vereinbaren. Nicht nur die demografische Entwicklung, sondern auch der Fach- und Führungskräfte-mangel verdeutlichen den Handlungsbedarf im Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel» ist im Legislaturplan verankert und hat entsprechend einen hohen Stellenwert.

Kinder- und Familienfreundlichkeit ist ein wichtiger Standortfaktor im «Wettbewerb» um Einwohnerinnen und Einwohner. Basel hat die Bedeutung einer kinder- und familienfreundlichen Politik für die Zukunft erkannt. Die Stadt hat in den letzten Jahren viel in die familienergänzende Tagesbetreuung investiert und die Angebote für Familien ausgebaut. Die Angebote für familienergänzende Kinderbetreuung sollen weiter erhöht werden. Eine Standortbestimmung zum Thema «Kinder- und Familienfreundlichkeit» wird aktuell durchgeführt. Daraus werden die notwendigen Massnahmen abgeleitet, um die Attraktivität für Familien mit Kindern zu erhöhen.

Im Bereich der Sozialleistungen ist weiterhin die Arbeitsintegration, insbesondere auch bei jungen Erwachsenen, ein zentrales Thema. Im Auftrag des Regierungsrates betreibt das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) seit 1. Juli 2007 das Arbeitsintegrationszentrum (AIZ) für Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe der Stadt Basel (SHB), der IV-Stelle Basel-Stadt und der baselstädtischen Regionalen Arbeitsvermittlungstellen (RAV). Ziel ist die Integration in den normalen Arbeitsmarkt oder die soziale Integration durch arbeitsmarktliche Massnahmen. Auch wenn es immer Menschen geben wird, die auf Sozialleistungen – eine der grossen Errungenschaften des modernen Staates – angewiesen sind, bleibt das Ziel bestehen, dass möglichst viele Menschen ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten können und dass insbesondere junge Leute den Einstieg ins Erwerbsleben schaffen.

Das breit angelegte Aktionsprogramm «Öffnung der Berufswahl und Stärkung von vielfältigen Lebensentwürfen» von der Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern hat zum Ziel, die berufliche Chancengleichheit von jungen Frauen und Männern zu verbessern. Mit dem Aktionsprogramm soll unter anderem eine Verringerung der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern und eine Erweiterung der Laufbahnperspektiven angestrebt werden.

Im Gesundheitsbereich sind langfristig angelegte Präventionskampagnen im Gange. Konzeptbasis sind sieben vom Regierungsrat verabschiedete Leitthesen zur kantonalen Gesundheitsförderung. Dabei wird von einem langfristigen Ansatz ausgegangen, der den Erhalt der menschlichen Gesundheit zum Ziel hat. Sämtliche beteiligten Kräfte werden im Rahmen von Programmen in den gesteuerten Prozess integriert. Darin kommt der Gesundheitsstatistik zur Prozess- und Outcome-Analyse grosse Bedeutung zu.

Aktuelle Zahlen zum Gesundheitszustand der Kantonsbevölkerung und den determinierenden Faktoren wird die nächste Schweizerische Gesundheitsbefragung im Jahr 2011 liefern.

Im Bereich der Gewaltprävention führt die Kantonspolizei gezielt Projekte und Massnahmen durch (u.a. Gewaltprävention an Schulen, Stop-Gewalt-Trainings für gewaltauffällige Jugendliche). Die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt «Halt-Gewalt» trägt mit ihrer Arbeit zur Erhöhung der Sicherheit potenzieller Opfer und zur Verminderung von häuslicher Gewalt bei. Ferner hat die Kantonspolizei Basel-Stadt seit 2009 mit der Jugend- und Präventionspolizei eine Anlaufstelle im Zusammenhang mit Jugendgewalt im öffentlichen Raum etabliert.



Indikatoren zur Wirtschaft

Wertschöpfung

Erwerbstätigenquote

Beschäftigungsentwicklung

Arbeitslosenquote

Firmengründungen

Nettoschuldenquote

Steuereinnahmen

Wertschöpfung

Die von den Unternehmen im Kanton generierte Wertschöpfung pro Kopf ist ein Mass für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Basel-Stadt. Die Sicherung der wirtschaftlichen Grundlage ist von hoher Bedeutung für die künftige Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Basel. Ein steigendes Bruttoinlandprodukt ist aus ökonomischer Sicht positiv zu werten. Aus Sicht einer nachhaltigen Entwicklung gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass auch unerwünschte Entwicklungen (z.B. höhere Sozialausgaben, zunehmende Unfallzahlen) zu einem steigenden BIP beitragen können.

Ziel: Erhalt und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Basel unter Beibehaltung einer hohen Wertschöpfung

Zum Stand der Dinge

Basel verfügt über eine solide Basis starker und exportorientierter Unternehmen in dynamischen Branchen. Diese Unternehmen treiben auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in der Region an, sei es durch ihren eigenen Bedarf oder sei es durch den Konsum ihrer Mitarbeitenden. In Basel wurden im Jahr 2008 rund 156 433 Franken pro Kopf erwirtschaftet – hochgerechnet auf die Wohnbevölkerung entspricht dies einem Gesamtbetrag von gut 29 Mia. Franken (Abb. 1).

Damit ist der Kanton Basel-Stadt, wie seit Jahren, der klare Wachstumsleader der Schweiz. Seit 1986 konnte der Stadtkanton seine Wertschöpfung tendenziell steigern. Im gleichen Zeitraum liegen die Vergleichswerte der Kantone Basel-Landschaft und Zürich sowie der Schweiz auf einem deutlich tieferen Niveau (Abb. 2). Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandprodukts pro Kopf war im Stadtkanton von 1999 bis 2008 mit 3,4 % fast drei Mal so hoch wie diejenige der gesamten Schweiz (1,2 %). Dies unterstreicht die hohe Wirtschaftskraft des Kantons.

Die Darstellung der absoluten Zahlen der Wertschöpfung und der Bevölkerungsentwicklung wird der Pro-Kopf-Entwicklung gegenübergestellt (Abb. 3), was erst ein umfassendes Bild dieses Indikators ergibt.

Blick in die Zukunft

Eine hohe Wertschöpfung ist eine wesentliche Voraussetzung für den Anstieg des Wohlstandes. Sie bildet die finanzielle Basis zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben. Die Wertschöpfung im Kanton Basel-Stadt ist zu einem grossen Teil von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig. Der Kanton Basel-Stadt kann somit nur indirekt Einfluss auf die Wertschöpfung nehmen, beispielsweise durch attraktive Standortbedingungen vor allem für Unternehmen aus wertschöpfungsstarken Branchen (Life-Sciences-Industrie, chemische Industrie, Finanzdienstleistungen). Dadurch bleibt der Kanton Basel-Stadt als internationaler Wirtschaftsstandort weiterhin anziehend (u.a. für Neugründungen von Unternehmen). Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Basel ist denn auch ein Schwerpunkt des Regierungsrats, welcher mit entsprechenden Zielen und Massnahmen im Legislaturplan verankert ist.

Auch der Blick über die Grenzen ist wichtig, da Basel als Kernstadt auch künftig der Motor des trinationalen Metropolitanraums sein will.

Erläuterungen:

Die Wertschöpfung wird in diesem Bericht als Bruttoinlandprodukt (BIP) des Kantons Basel-Stadt pro Kopf der Bevölkerung in Franken ausgewiesen (Basisjahr = Preisstand vom Jahr 2000). Bei der Berechnung der Zeitreihen wurden verschiedene Anpassungen rückwirkend berücksichtigt (u.a. im Zuge der Harmonisierung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; ESVG 95).

Quellen: International Benchmarking Club Database (IBC), BAK Basel Economics, www.bakbasel.ch

Weiterführende Informationen:

- Legislativplan 2009-2013 des Regierungsrats des Kantons Basel-Stadt, Kantons- und Stadtentwicklung, Tel. 061 267 88 96, http://www.entwicklung.bs.ch/legislativplan-2009-2013_2auflage.pdf
- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/wirtschaft>
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2007, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/wirtschaft>
- Wirtschaftsbericht 2007/2008, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch/publikationen-wirtschaftsbericht.pdf
- Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 2008/2009, Tel. 061 270 60 25, <http://wsnwch.borisat.ch/>
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, http://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/publikationen/publikationen_nach_thema/nachhaltige_entwicklung.html

Wertschöpfung pro Kopf (in Franken)

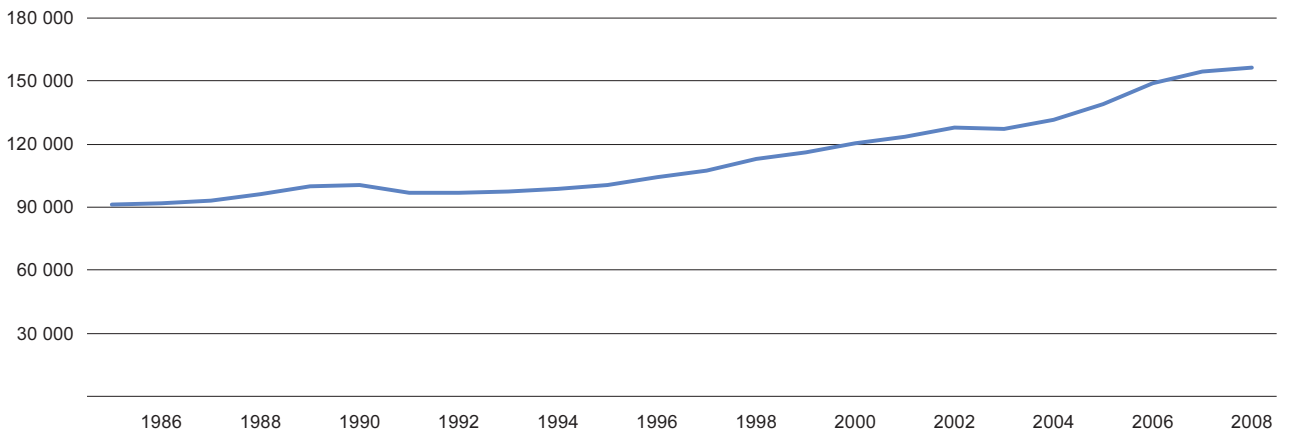


Abb. 1

Wertschöpfung pro Kopf (in Franken) im Vergleich

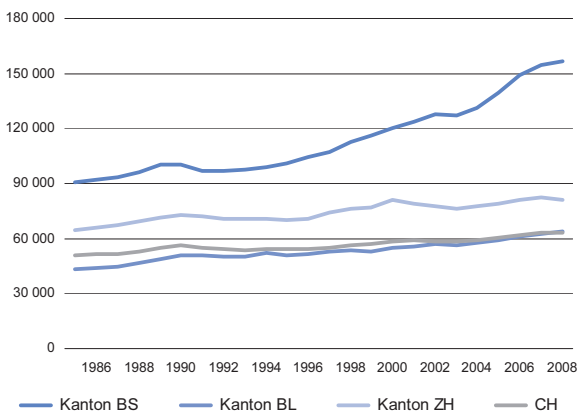


Abb. 2

Wertschöpfung (in Mio. Franken) und Bevölkerung

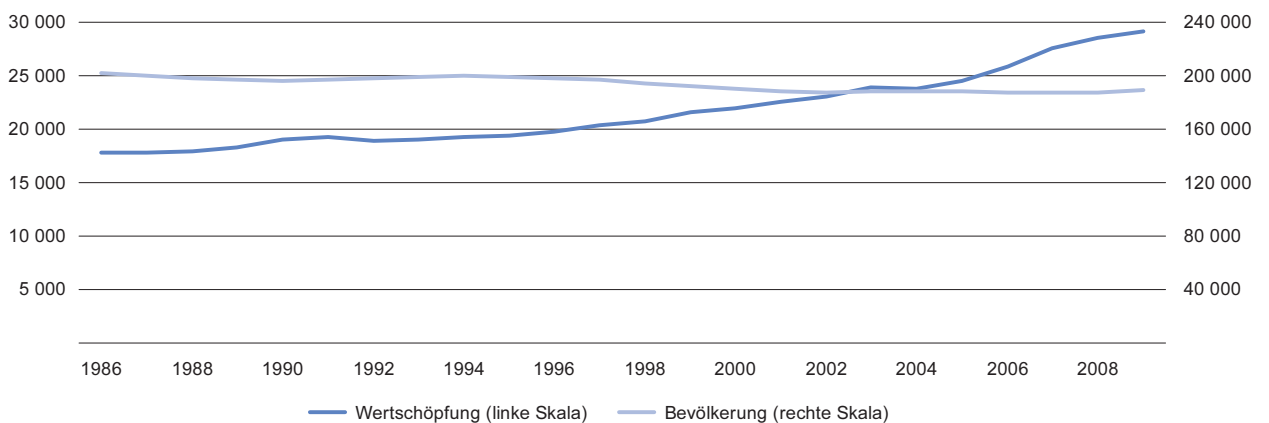


Abb. 3

Erwerbstätigenquote

Eine hohe Erwerbstätigenquote ist eine wichtige Voraussetzung für ein sicheres Einkommen für die ansässige Bevölkerung. Je höher die Quote, desto mehr Basler und Baslerinnen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Auch gesellschaftliche Aspekte sind wichtig: Sowohl für die Migrationsbevölkerung als auch für die Altersgruppe der Jugendlichen ist eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt von grösster Bedeutung für die Integration in die Gesellschaft und für eine nachhaltige Lebensgestaltung.

Ziele: Relativ geringe Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigungsgrad in der Region Basel

Der Stand der Dinge

Die Erwerbstätigenquote zeigt das Verhältnis der Anzahl der Erwerbstätigen zur Anzahl Personen im erwerbsfähigen Alter, d.h. zwischen 15 und 64 Jahren. Von 1980 bis 1990 stieg die Erwerbstätigenquote im Kanton Basel-Stadt von 72,2 % auf 74,0 % (Abb. 4). In der darauf folgenden Dekade nahm sie leicht ab und lag im Jahr 2000 bei 73,7 %. 2008 lag die Quote mit 74,8 % leicht über dem Wert von 1990. Die Erwerbstätigenquoten der Frauen und der Männer verlaufen entgegengesetzt: Während die Quote bei den Frauen von 56,8 % im Jahr 1980 auf 70,2 % im Jahr 2008 deutlich stieg, sank sie bei den Männern im selben Zeitraum von 88,3 % auf 79,5 %. In absoluten Zahlen entspricht dies einer Abnahme der männlichen Erwerbspersonen seit 1980 um 11 429 sowie einer Zunahme der weiblichen Erwerbspersonen um 3 610. Im schweizerischen Durchschnitt lag die Erwerbstätigenquote im Jahr 2009 bei 79,2 % (Frauen: 73,8 %, Männer: 84,5 %).

Die absolute Zahl der erwerbstätigen Personen im Kanton Basel-Stadt ging zwischen 1980 und 2008 um 7,8 % von 100 880 auf 93 060 zurück. Im gleichen Zeitraum nahm die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um rund 10,9 % von 139 633 auf 124 455 ab.

Bei der Betrachtung der Erwerbstätigenquoten nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht ist über die Jahre eine Annäherung zwischen den im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Schweizer/-innen und Ausländer/-innen erkennbar (Abb. 5). 2009 betrug die Quote der Schweizer/-innen im Kanton 75,6 %, diejenige der Ausländer/-innen 73,2 %.

Die Erwerbstätigenquoten der Schweizer Frauen und der Schweizer Männer lagen im selben Jahr bei 71,7 % respektive 79,9 %. Sie nähern sich aufgrund des anhaltenden Anstiegs der Werte bei den Frauen und den gleichzeitig sinkenden Werten bei den Männern an. Bei den ausländischen Frauen stieg die Quote in den letzten 30 Jahren von 63 % auf 67 % an, dagegen nahm die Erwerbstätigenquote bei den ausländischen Männern im selben Zeitraum von 91,2 % auf 78,7 % ab.

Blick in die Zukunft

Dank einer besseren Ausbildung der heutigen Frauengeneration im Vergleich zu früheren Generationen, besseren Kinderbetreuungsmöglichkeiten und erleichtertem Zugang zur Teilzeitarbeit sind Frauen vermehrt auf dem Arbeitsmarkt vertreten. Die Erwerbstätigenquote der Frauen dürfte auch in den kommenden Jahren weiter steigen. Zugleich beeinflusst der demografische Faktor die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten massgeblich. Die Alterung der Bevölkerung und die tendenziell sinkende Erwerbstätigenquote werden sich stark auf den Arbeitsmarkt auswirken.

Erläuterungen:

Die *Erwerbstätigenquote* zeigt das Verhältnis der Erwerbstätigen (Voll- und Teilzeiterwerb) zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre); Der *Beschäftigungsgrad* ist in diesem Fall im übertragenen Sinne zu verstehen und bezieht sich auf eine globale Betrachtung des regionalen wirtschaftlichen Umfeldes.

Quellen: Bis 2000 Eidgenössische Volkszählung, ab 2001 Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE (Stichprobenerhebung, hochgerechnet auf die ständige Wohnbevölkerung; der Datenpunkt 2004-2008 stellt den Mittelwert über fünf Jahre dar), beide Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch

Weiterführende Informationen:

- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/wirtschaft>
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2007, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/wirtschaft>
- Wirtschaftsbericht 2007/2008, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch/publikationen-wirtschaftsbericht.pdf
- Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 2008/2009, Tel. 061 270 60 25, <http://wsnwch.borisat.ch/>
- Zahlen? Bitte - der Stand der (Un)gleichstellung von Frauen und Männern in den beiden Basel. Daten und Fakten zur Gleichstellung in Bildung, Arbeit und Politik in der Region Basel, Abteilung Gleichstellung und Integration, Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern (GFM), Tel. 061 267 66 81, www.gleichstellung.bs.ch

Erwerbstätigenquote nach Geschlecht

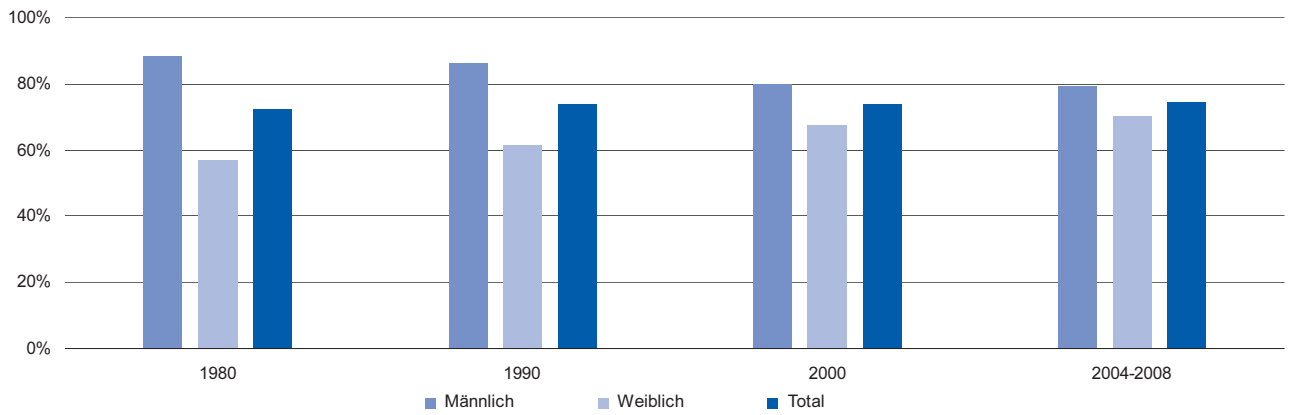


Abb. 4

Erwerbstätigenquote nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

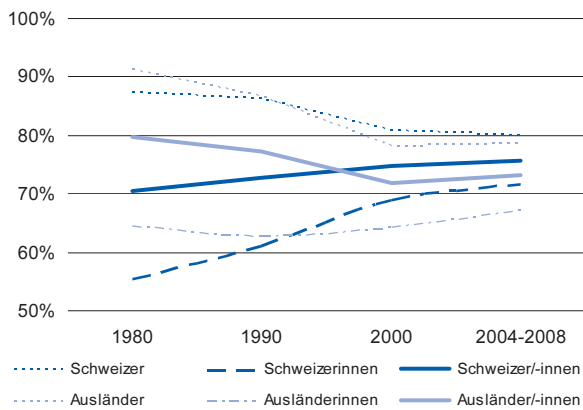


Abb. 5

Beschäftigungsentwicklung

Ausreichend Arbeitsplätze sind eine elementare Voraussetzung für die Wertschöpfung und ein Mass für die Attraktivität der Stadt Basel als Wirtschaftsstandort. Eine hohe Anzahl von Beschäftigten ist aus wirtschaftlicher Sicht positiv zu werten, insbesondere wenn – wie in Basel – die Produktivität hoch ist.

Ziele: Innovationsfördernde Rahmenbedingungen; geringe Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigungsgrad

Der Stand der Dinge

Die Anzahl der Beschäftigten ist im Kanton Basel-Stadt von 1985 bis 1991 angestiegen (Abb. 6). Mit dem Konjunkturabschwung in den 90er-Jahren nahm sie dann deutlich ab. Seither steigt die Zahl der Beschäftigten wieder leicht an. Im Jahr 2008 lag die Beschäftigung mit 159 453 Berufstätigen auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 1995. Insgesamt hat der Kanton gegenüber 1991 rund 14 000 Arbeitsplätze verloren.

Die Statistik zeigt, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre positiv auf die Beschäftigung im zweiten und dritten Sektor auswirkte. Seit 2001 wurden im Industriesektor rund 2 896 Stellen, im Dienstleistungssektor deren 1 020 geschaffen.

Der Anteil Vollzeitäquivalente in innovativen Branchen des zweiten und dritten Sektors ging zwischen 1985 und 2001 von 20,1 % auf 15,2 % deutlich zurück. Seither nimmt der Anteil wieder zu. Im Jahr 2008 lag der Wert bei 17,6 % (Abb. 7). Derselbe Verlauf ist beim Anteil Vollzeitäquivalente im Industriesektor zu beobachten. Auf eine stetige Abnahme in den Jahren 1985 bis 2001 folgte eine leichte Zunahme in den folgenden Jahren. Der Dienstleistungssektor hingegen verzeichnet im Beobachtungszeitraum eine konstante Zunahme der Anzahl Beschäftigten.

Der Anteil der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in innovativen Branchen bleibt über die gesamte Beobachtungsdauer konstant bei 90 %, respektive 10 %

(Abb. 8). Im Jahr 2008 arbeiteten rund 22 236 Personen Vollzeit und 2 562 Personen Teilzeit.

Der massive Verlust der Beschäftigten im Industriesektor in den Jahren 1985 bis 2001 ist hauptsächlich auf den Stellenabbau in der Chemiebranche zurückzuführen. Trotzdem stellt die chemisch-pharmazeutische Industrie nach wie vor über ein Drittel der Stellen in innovativen Branchen im Kanton Basel-Stadt, was bezogen auf alle Beschäftigten einem Anteil von 11 % entspricht.

Blick in die Zukunft

Die Mehrzahl der Indikatoren zur Beschäftigungsentwicklung deutet Anfang 2010 auf eine Stabilisierung der Arbeitskräftenachfrage hin. Ob mittelfristig mit einer steigenden Beschäftigung gerechnet werden kann, ist aktuell schwer abzuschätzen. Die wirtschaftlichen Aussichten für die Region Basel sind verglichen mit anderen Regionen der Schweiz insofern besser, als sie auf eine wenig konjunkturabhängige Pharmaindustrie zählen kann.

Eine Zunahme der Wertschöpfung geschieht einerseits über eine Erhöhung der Produktivität (Output pro Beschäftigten), andererseits auch über eine Zunahme der Anzahl Beschäftigten. Der Kanton kann die Schaffung von Arbeitsplätzen nur zu einem geringen Teil beeinflussen. Aufgabe bleibt, den Standort Basel attraktiv und konkurrenzfähig zu halten und somit gute Voraussetzungen für die Sicherung der Beschäftigtenzahlen zu schaffen.

Erläuterungen:

Daten bis 1998 basierend auf der NOGA 2002, Daten ab 2001 auf der Basis der NOGA 2008 codiert. Zu den *innovativen Branchen* zählen Chemie (20), Pharma (21), Gummi- und Kunststoffwaren (22), Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse (26), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (27), Maschinenbau (28), Sonstiger Fahrzeugbau (30), Maschinen und Ausrüstungen (33), Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien (325), Forschung und Entwicklung (72).

Beschäftigungsstatistik (BESTA): erscheint vierteljährlich für die Schweiz und Grossregionen

Definition *Vollzeitäquivalente*: Die Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten resultiert aus der Umrechnung des Arbeitsvolumens in Vollzeitbeschäftigte. Die Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten ist definiert als das Total der geleisteten Arbeitsstunden dividiert durch das Jahresmittel der Arbeitsstunden, die durch Vollzeitbeschäftigte erbracht werden.

Quellen: Eidg. Betriebszählungen, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch. Hatzichronoglou, T. (1997): Revision of the High-Technology Sector and Product Classification, STI Working Paper 1997/2, OECD, Paris. Arvanitis, S. & Marmet, D. (2001): Unternehmensgründungen in der schweizerischen Wirtschaft, Strukturberichterstattung Nr. 4, Staatssekretariat für Wirtschaft, Bern.

Weiterführende Informationen:

- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/wirtschaft>
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2007, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/wirtschaft>
- Wirtschaftsbericht 2007/2008, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch/publikationen-wirtschaftsbericht.pdf
- Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 2008/2009, Tel. 061 270 60 25, <http://wsnwch.borisat.ch/>

Beschäftigtenentwicklung

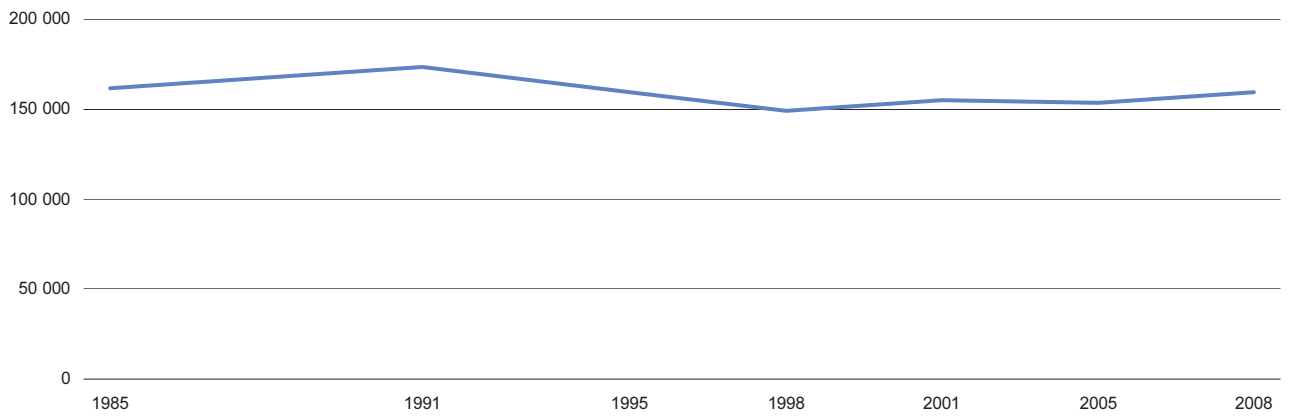


Abb. 6

Anteil Vollzeitäquivalente in innovativen Branchen am Total der Vollzeitäquivalente des Kantons Basel-Stadt

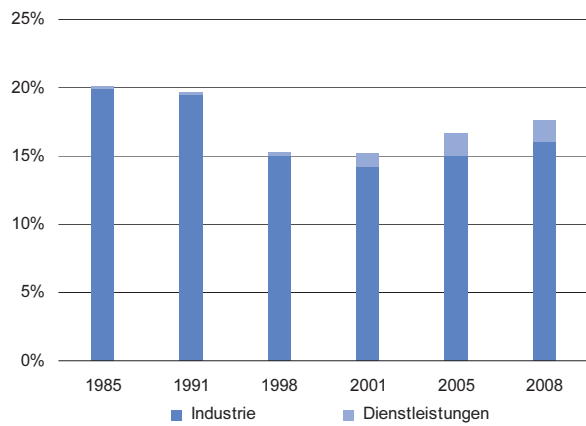


Abb. 7

Anteil der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in innovativen Branchen

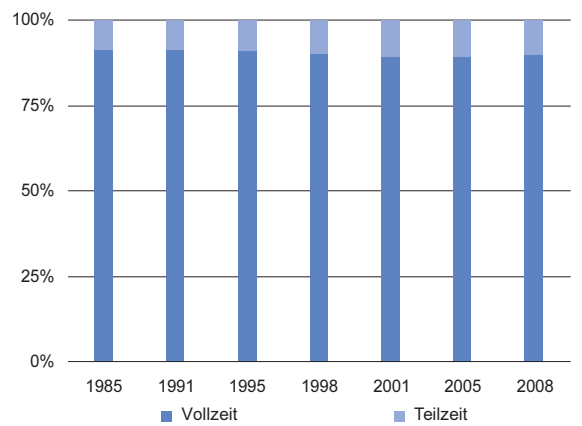


Abb. 8

Arbeitslosenquote

Eine tiefe Arbeitslosenquote ist Ausdruck eines dynamischen Wirtschaftsraums und lässt auf einen funktionsfähigen Arbeitsmarkt schliessen, der zumindest mittelfristig ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herbeiführt. Neben der ökonomischen gibt es auch eine gesellschaftliche Dimension der Arbeitslosigkeit: Von der Arbeitslosigkeit betroffene Personen haben ein signifikant höheres Armutsrisiko und sind grossen psychischen und sozialen Belastungen ausgesetzt. Eine hohe Arbeitslosigkeit kann zu sozialen Verwerfungen und zur Erhöhung der Staatsausgaben führen.

Ziele: Relativ geringe Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigungsgrad in der Region Basel

Der Stand der Dinge

Nach der Rezession in den 90er-Jahren mit hohen Arbeitslosenquoten entspannte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt um die Jahrtausendwende (Abb. 9). Ab 2001 stieg die Arbeitslosenquote wieder an und erreichte im Januar 2004 mit 5,0 % ihren Höhepunkt. Danach folgte eine längere Phase mit sinkenden Arbeitslosenzahlen, welche bis Mitte 2008 andauerte. Seither steigt die Arbeitslosenquote wieder an. Dieser Anstieg erfolgt in Zusammenhang mit der Subprime-Krise in den USA und der Finanzkrise. Das Jahresmittel der Quote für das Jahr 2009 betrug 3,8 %. Dies entspricht 3 712 arbeitslosen Personen.

Die gesamtschweizerische Arbeitslosenquote war im Jahr 2009 mit 3,7 % praktisch analog zum baselstädtischen Wert. Die Stadt Zürich wies im Jahr 2009 eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 3,9 %, der Stadtkanton Genf eine Quote von 6,8 % auf.

Die Ausländer/-innen sind über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Schweizer/-innen. Im Jahresmittel 2009 lag die Arbeitslosenquote bei den Schweizer/-innen bei 2,9 % (Frauen: 2,6 %, Männer: 3,1 %), jene der Ausländer/-innen bei 5,7 % (Frauen: 4,8 %, Männer: 6,4 %) (Abb. 10). Die Arbeitslosenquote insbesondere der ausländischen Männer ist von starken saisonalen Schwankungen geprägt.

Die Betrachtung nach Altersgruppen zeigt, dass die 20 bis 29-Jährigen und insbesondere die 30- bis 39-Jährigen von 1994 bis 1999 überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren (Abb. 11). Von 2000 bis 2004 trifft dies hauptsächlich auf die 20 bis 29-Jährigen zu. In den Jahren 2004 bis 2008 fiel die Arbeitslosen-

quote in allen Alterskategorien deutlich. Seit 2009 nahm die Arbeitslosigkeit in allen Alterskategorien wieder zu. Der erneute Anstieg wirkt sich am stärksten auf die jüngeren Altersgruppen aus (bis 19-Jährige: 4,2 %, 20- bis 29-Jährige: 5,1 %). Es ist jedoch ersichtlich, dass diese Altersgruppen auf einem deutlich tieferen Niveau betroffen sind als noch im Jahr 2004.

Die Langzeitarbeitslosenquote (> 1 Jahr arbeitslos) sank von 1994 bis 2002 deutlich. Nach einem Anstieg in den Jahren 2003 bis 2005 sank die Quote im Jahr 2006 auf 4,9 %, was in absoluten Zahlen 179 Personen entspricht. In den beiden Folgejahren stieg die Anzahl Langzeitarbeitsloser wieder deutlich an. Im Jahr 2009 waren 540 Personen betroffen, was einem Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen von 14,5 % entspricht (Abb. 12).

Blick in die Zukunft

Die Arbeitslosenquote ist in hohem Mass von der konjunkturellen Entwicklung abhängig und lässt sich nur schwer von der kantonalen Politik beeinflussen. Optimale Rahmenbedingungen für Firmen und eine gute Bildungspolitik bewirken eine generelle Verbesserung der Situation. Durch gezielte Massnahmen und Beratung kann die Wiedereingliederung von arbeitslosen Personen gefördert werden. Kampagnen zur gezielten Förderung des Angebots von Lehrstellen erhöhen die Chancen für Jugendliche, nach bestandener Berufsausbildung mit guten Qualifikationen in die Arbeitswelt einzusteigen. Die vom Regierungsrat Ende 2006 eingesetzte interdepartementale Arbeitsgruppe «Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit» wird bis ins Jahr 2011 weiter gezielte Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit umsetzen.

Erläuterungen:

Arbeitslosenquote im Jahresmittel, berechnet aus Anzahl Arbeitslose geteilt durch Anzahl Erwerbspersonen

Quellen: Arbeitslosenstatistik, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t03/4>

Weiterführende Informationen:

- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/wirtschaft>
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2007, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/wirtschaft>
- Wirtschaftsbericht 2007/2008, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch/publikationen-wirtschaftsbericht.pdf
- Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 2008/2009, Tel. 061 270 60 25, <http://wsnwch.borisat.ch/>

Arbeitslosenquote im Jahresmittel

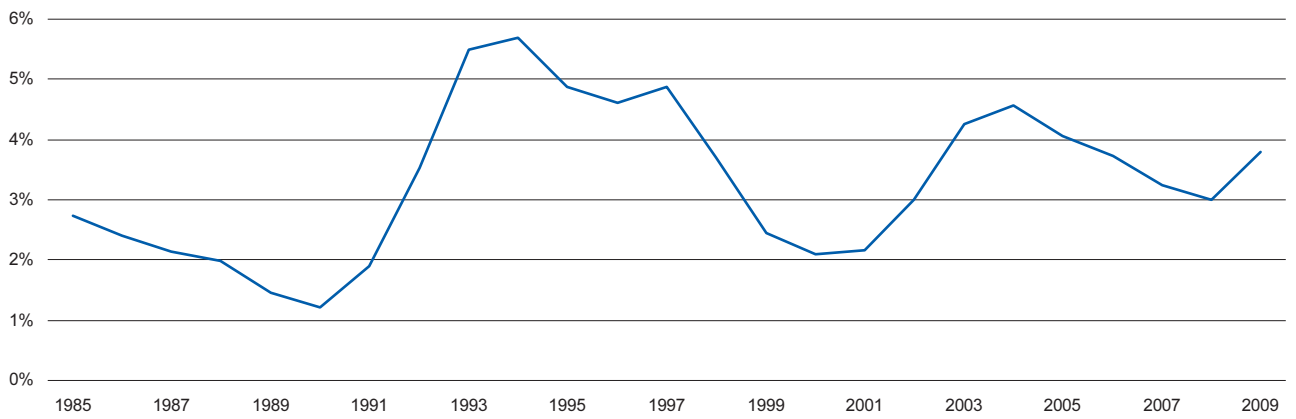


Abb. 9

Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

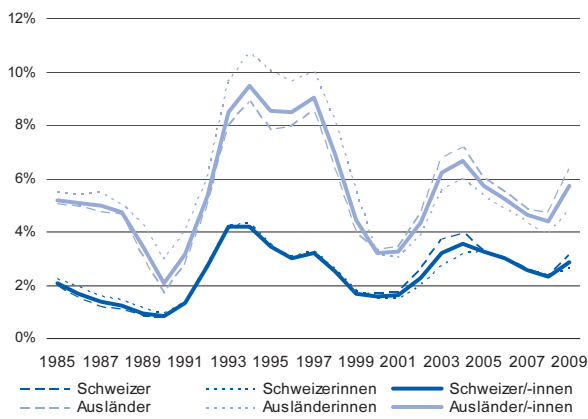


Abb. 10

Arbeitslosenquote nach Altersgruppen

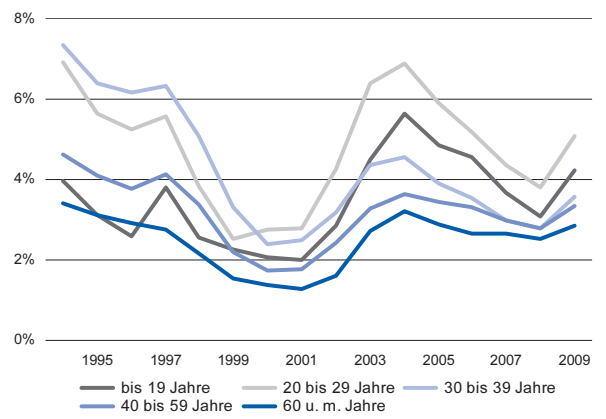


Abb. 11

Anteil Langzeitarbeitslose (>1 Jahr) an allen Arbeitslosen

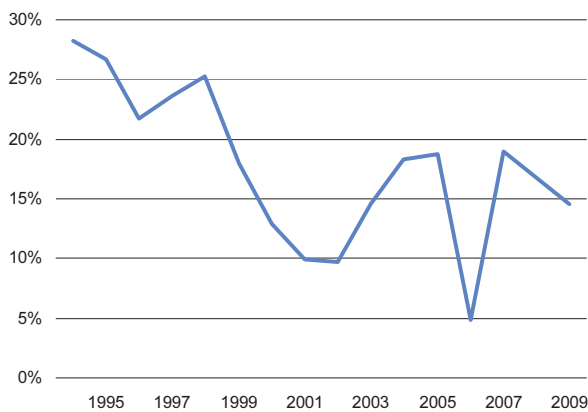


Abb. 12

Firmengründungen

Firmengründungen sind Ausdruck der wirtschaftlichen Dynamik und lassen Rückschlüsse auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu. Die nachhaltige Entwicklung wird durch eine dynamische Unternehmens- und Branchenstruktur deutlich gefördert.

Ziel: Innovationsfördernde Rahmenbedingungen

Der Stand der Dinge

2007 wurden 354 Firmen mit insgesamt rund 720 Beschäftigten gegründet (Abb. 13). Im Jahr zuvor waren es 328 Firmen mit rund 810 Beschäftigten. Bei den Neugründungen handelt es sich zu einem grossen Teil um Klein- bis Kleinstbetriebe (durchschnittlich zwei Beschäftigte pro Firma).

Firmenneugründungen können als Indiz für die Situation auf dem Arbeitsmarkt gesehen werden. In Zeiten schwieriger arbeitsmarktlicher Bedingungen kann die Gründung eines eigenen Unternehmens eine interessante Alternative zur Arbeitslosigkeit sein.

Die Firmengründungen verteilen sich in unterschiedlichem Masse auf die verschiedenen Branchen (Abb. 14). Im sekundären Sektor mit Industrie und Baugewerbe werden pro Jahr zwischen 40 und 64 Unternehmen gegründet. Der weitaus grösste Anteil von Neugründungen entfällt auf den tertiären Sektor. Im Jahr 2007 wurden im Immobilien- und Dienstleistungsbereich 117, in der Handelsbranche 58 und im Bereich Informatikdienstleistungen 34 Firmen gegründet.

Allerdings zeigt sich, dass sich längst nicht alle neugegründeten Firmen im Markt halten können (Abb. 15). Die Überlebensrate der neu gegründeten Unternehmen

liegt nach einem Jahr bei durchschnittlich 80 %, d.h. nach einem Jahr existieren von ursprünglich fünf gegründeten Unternehmen noch deren vier. Vier Jahre nach Firmengründung fallen die Raten wesentlich geringer aus: Durchschnittlich liegt der Wert bei 46 %, wobei einzelne Branchen stark unter diesem Wert (Unternehmenswesen: 25 %, Handel: 29 %) bzw. darüber (Gesundheits- und Sozialwesen: 67 %, Immobilienwesen/Dienstleistungen für Unternehmen und Baugewerbe je 57 %) liegen.

Blick in die Zukunft

Der Kanton Basel-Stadt will auch in Zukunft durch attraktive Rahmenbedingungen Neugründungen von Unternehmen begünstigen. Vielfältige Beratungs- und Hilfsangebote stehen den Gründungswilligen zur Verfügung (u.a. die Standortpromotion Basel-Stadt und Basel-Landschaft BaselArea, das Innovationsförderungsprogramm i-net BASEL, der Business Parc in Reinach, der Basel Inkubator sowie die Wissens- und Technologietransferstelle WTT der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz. Dazu kommen verschiedene Start-up-Workshops bzw. Lehrgänge an den Hochschulen).

Erläuterungen:

Neugegründete Unternehmen: In der Statistik zur Unternehmensdemografie werden nur effektiv – ex nihilo – neu entstandene und wirtschaftlich aktive Unternehmen als Neugründungen erfasst. Die Unternehmen müssen im Berichtsjahr eine marktwirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen haben und diese während mindestens 20 Stunden pro Woche ausüben. Sie dürfen zudem nicht auf Grund einer Fusion, einer Übernahme oder einer Spaltung entstanden sein. Die grundlegende Bedingung ist somit, dass das Unternehmen wirklich eine produktive wirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen hat, und zwar unabhängig von der Tatsache, ob es im Handelsregister eingetragen ist oder nicht.

Quellen: Statistik zur Unternehmensdemografie, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch

Weiterführende Informationen:

- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/wirtschaft>
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2007, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/wirtschaft>
- Wirtschaftsbericht 2007/2008, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch/publikationen-wirtschaftsbericht.pdf
- Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz 2008/2009, Tel. 061 270 60 25, <http://wsnwch.borisat.ch/>
- Office of Technology Transfer, University of Basel, 061 267 3014, <http://pages.unibas.ch/wtt/>
- BaselArea, Wirtschaftsförderung, 061 295 50 00, <http://www.baselarea.ch/de>
- i-net BASEL c/o Amt für Wirtschaft und Arbeit, 061 267 87 63 <http://www.inet-basel.ch/>

Neugegründete Unternehmen und Beschäftigte

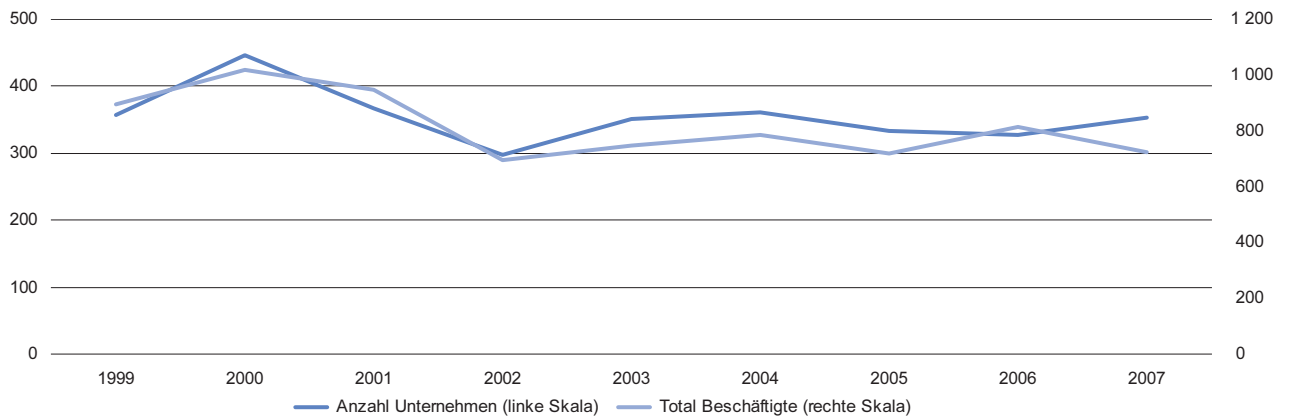


Abb. 13

Neugegründete Unternehmen nach Branchen

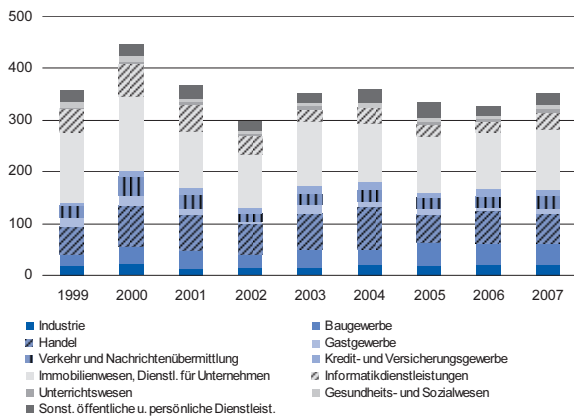


Abb. 14

Überlebensraten neugegründeter Unternehmen in %

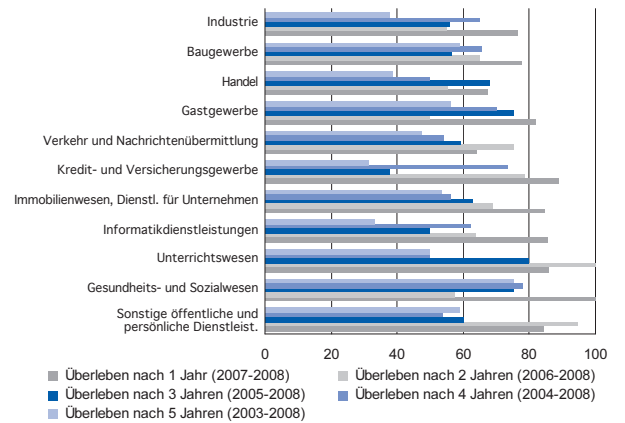


Abb. 15

Nettoschuldenquote

Eine Begrenzung der Schulden der öffentlichen Hand ist eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung, denn eine steigende Verschuldung schränkt den Handlungsspielraum kommender Generationen ein. Deshalb ist mittel- bis langfristig ein ausgeglichenes Kantonsbudget anzustreben. Der Kanton Basel-Stadt muss sich an einem langfristig tragbaren Verhältnis zwischen Verschuldung und Bruttoinlandprodukt orientieren. Wirtschaftswachstum erleichtert eine Rückkehr zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen.

Ziel: Eine Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, welche zukünftige Generationen nicht stärker belastet

Der Stand der Dinge

Ende 2005 hat der Grosse Rat für den Kanton Basel-Stadt eine Schuldenbremse beschlossen. Gemäss diesem Modell orientiert sich die Steuerung des Finanzhaushaltes neu an der Netto-Schuldenquote (Abb. 16). Dank dem guten konjunkturellen Umfeld (steigendes Bruttoinlandprodukt, Abb. 18) auf der einen Seite und der Verringerung der Nettoschulden auf der anderen Seite konnte die Nettoschuldenquote von 1997 (9,7 ‰) bis 2006 (4,7 ‰) sukzessive verringert werden. In erster Linie durch die Ausfinanzierung der Pensionskasse Basel-Stadt stieg die Quote im Jahr 2007 wieder auf 5,5 ‰. In den Jahren 2008 und 2009 sank der Wert auf 5,1 ‰ bzw. 4,6 ‰.

Vorwiegend während der 90er-Jahre wurden im Kanton Basel-Stadt stark negative Abschlüsse erzielt. Dies führte zu einer steigenden Verschuldung, die den finanziellen Handlungsspielraum – nicht zuletzt durch die zu leistenden Zinszahlungen – einschränkte. In den letzten Jahren haben sich Aufwand und Ertrag im Gleichschritt entwickelt. Dank den Massnahmenpaketen zur Reduk-

tion der staatlichen Aufgaben und Leistungen, den in den letzten Jahren im Vergleich zu den Jahren um die Jahrtausendwende eher tiefen Investitionsvolumina sowie den seit 2002 gestiegenen Gewinn- und Kapitalsteuererträgen der Basler Unternehmungen konnten die Ausgaben im Kanton von 1997 bis 2009 kumulativ vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Gleichzeitig konnten die Nettoschulden von 3,8 Mrd. Franken im Jahr 1999 auf 2,5 Mrd. Franken per Ende 2009 reduziert werden. Die Nettoverschuldung pro Kopf betrug Ende 2009 noch 13 036 Franken (Abb. 17).

Blick in die Zukunft

Eine nachhaltige Finanzpolitik soll dafür sorgen, dass kommende Generationen durch Schulden nicht stärker belastet werden als heutige. Dies bedeutet, dass die Nettoschulden mittelfristig höchstens so stark ansteigen dürfen, wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Dazu müssen die Ausgaben und Einnahmen in einem strukturellen Gleichgewicht gehalten werden, was weiterhin hohe Anforderungen an die Ausgabendisziplin von Regierung und Parlament stellt.

Erläuterungen:

Die Berechnung der *Nettoschuldenquote* wurde im Rahmen der Einführung der Schuldenbremse 2006 neu definiert als das Verhältnis der Nettoschulden des Kantons Basel-Stadt (Bruttoschuld minus Finanzvermögen) zum Schweizerischen Bruttoinlandprodukt (BIP). Am 10. Juni 2010 hat der Grosse Rat beschlossen die maximal zulässige Nettoschuldenquote des Kantons auf 6,5 ‰ zu beschränken. Das Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt wird um diesen Passus ergänzt. Das Finanzvermögen wird zu geschätzten aktuellen Werten ausgewiesen. Auf die Berechnung der Quote nach alter Methode (im Verhältnis zum Volkseinkommen, siehe Nachhaltigkeitsbericht 2005) wird verzichtet. Bei der Berechnung der Zeitreihen wurden verschiedene Anpassungen rückwirkend berücksichtigt (u.a. im Zuge der Harmonisierung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; ESVG 95).

Quelle: Rechnung bzw. Jahresbericht des Kantons Basel-Stadt, Finanzdepartement, Tel. 061 267 81 81, www.fd.bs.ch; BAK Basel Economics; eigene Berechnungen

Weiterführende Informationen:

- Bericht Wirtschaft beider Basel 2007, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/wirtschaft>
- Wirtschaftsbericht 2007/2008, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch/publikationen-wirtschaftsbericht.pdf
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, http://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/stadt-_und_quartierentwicklung.html
- Dokumente des Regierungsrats Basel-Stadt, 061 267 81 81, <http://www.regierungsrat.bs.ch/dokumente.htm>

Nettoschuldenquote (in Promille)

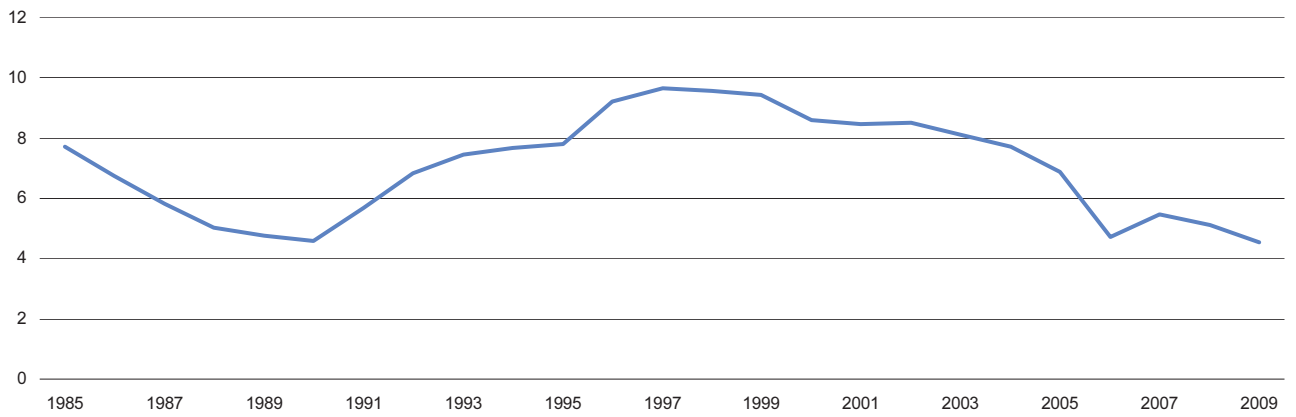


Abb. 16

Nettoschulden pro Einwohner/-in (in Franken)

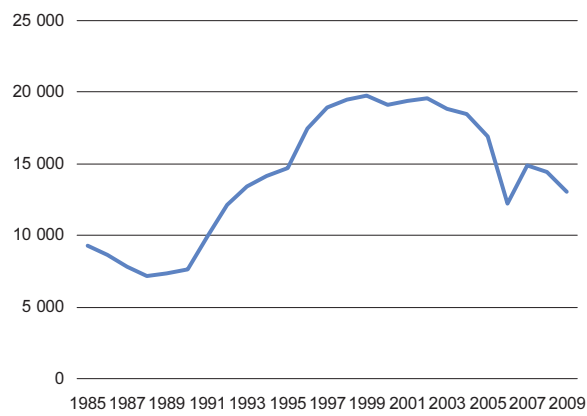


Abb. 17

Schweizerisches Bruttoinlandprodukt (in Mia. Franken)

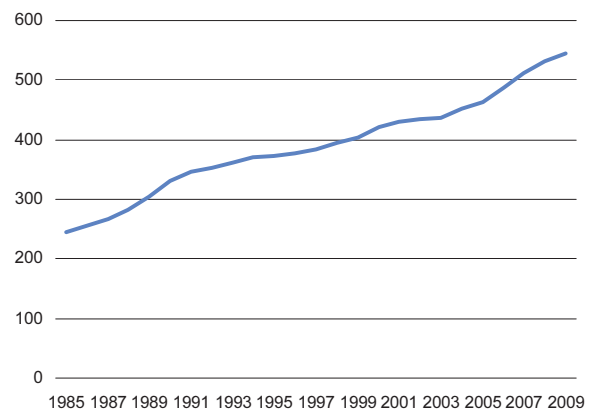


Abb. 18

Steuereinnahmen

Eine langfristig ausgeglichene Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand bedarf auch kontinuierlicher Steuereinnahmen. Günstige Standortfaktoren wie gute öffentliche Dienstleistungen, eine moderne Infrastruktur und international konkurrenzfähige Steuern, machen den Kanton attraktiv und haben unmittelbar Auswirkungen auf das Steueraufkommen. Zu berücksichtigen ist aber auch der Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklung: Die aktuelle Lage im Konjunkturzyklus und Steuersenkungen haben grosse Effekte auf das Steueraufkommen.

Ziel: Eine Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, welche zukünftige Generationen nicht stärker belastet

Der Stand der Dinge

Die Entwicklung der Einnahmen aus den anteilmässig wichtigsten Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen war im letzten Jahr in erster Linie aufgrund der Steuersenkungen rückläufig. Der Steuerbetrag belief sich im Jahr 2009 auf 1,28 Mia. Franken (teuerungsbereinigt, Basis Mai 2000) (Abb. 19).

Die Steuereinnahmen von juristischen Personen zeigen den Einfluss der konjunkturellen Entwicklung klar. Zwischen 1997 und 2001 stiegen die Steuereinnahmen um rund 150 Mio. Franken, währenddem es 2002 zu einem Einbruch kam (Abb. 20). Zwischen 2003 und 2008 wurde eine positive Entwicklung der Gewinn- und Kapitalsteuern verzeichnet. Im Jahr 2009 sanken indessen die Steuereinnahmen von juristischen Personen gegenüber dem Vorjahr von 857 auf 644 Mio. Franken deutlich. Zum Teil ist dieser Rückgang auf die Finanzkrise zurückzuführen, daneben aber auch auf die erstmals wirksame Senkung des maximalen Gewinnsteuersatzes. Zudem war der Steuerertrag aufgrund einmaliger Faktoren im Jahr 2008 ausserordentlich hoch ausgefallen.

Die Zu- und Abwanderung im Kanton Basel-Stadt hat Auswirkungen auf die Erträge aus der Einkommens- und Vermögenssteuer der Wohnbevölkerung und somit auf den Finanzhaushalt des Kantons. Zwischen 2001 und 2007 ging die Anzahl Veranlagungen der ganzjährig Niedergelassenen von 103 386 auf 99 182 zurück. Die Anzahl Veranlagungen der Wegzuger/-innen be-

wegte sich in diesem Zeitraum zwischen 4 620 und 3 885 pro Jahr, jene der Zuzüger/-innen lag jeweils leicht darunter. Sie betrug zwischen 4 532 und 3 688. Der Gesamtsaldo der Steuererträge durch die Zu- und Wegzuger/-innen fiel zwischen 2002 und 2007 durchwegs negativ aus. Ein Grund hierfür ist, dass viele junge Leute mit eher niedrigen Einkommen nach Basel ziehen, zum Beispiel zu Ausbildungszwecken. Der Verlust für den Kanton hat sich allerdings von 13,1 Mio. Franken im Jahr 2005 auf 1,1 Mio. Franken im Jahr 2007 reduziert (Abb. 21 und 22). Aufgrund der aktuellen Bevölkerungszunahme ist für 2008 und 2009 sogar mit einem positiven Saldo zu rechnen.

Blick in die Zukunft

Die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen bilden im Kanton Basel-Stadt den wichtigsten Einnahmeposten. Daneben sind aber auch die Unternehmenssteuern mit einem Anteil von 35 bis 40 % an den gesamten Steuereinnahmen sehr wichtig und anteilmässig deutlich gewichtiger als in den meisten anderen Kantonen. Um diese Steuereinnahmen langfristig zu sichern, ist ein gerechtes und wettbewerbsfähiges Steuersystem wichtig. Darüber hinaus soll der hier wohnhaften Bevölkerung und den zuziehenden Steuerzahler/-innen attraktiver Wohnraum zur Verfügung stehen. Für die Unternehmen sind neben der Steuerbelastung ein funktionierender Arbeitsmarkt, gute Infrastrukturen und eine leistungsfähige Verwaltung die entscheidenden Rahmenbedingungen.

Erläuterungen:

Die *Steuereinnahmen der natürlichen Personen* setzen sich zusammen aus der Summe von Einkommens- und Vermögenssteuereinnahmen, die *Steuereinnahmen juristischer Personen* aus der Summe der Ertrags- und Kapitalsteuer, gemäss Rechnung bzw. Jahresbericht des Kantons Basel-Stadt, inflationsbereinigt mit Basler Index (Basis Mai 2000); *Ganzjährig Niedergelassene*: Steuerpflichtige ab 19 Jahre, die sowohl am 31.12. des Berichtsjahres als auch am 31.12. des Vorjahres in Basel-Stadt niedergelassen waren und ordentlich veranlagt wurden. Alter 19 wurde gewählt, damit auch im Vorjahr eine Steuerpflicht bestand. *Zugezogene*: Steuerpflichtige ab 19 Jahre, die am 31.12. des Berichtsjahres, nicht aber am 31.12. des Vorjahres in Basel-Stadt niedergelassen waren und ordentlich veranlagt wurden. *Weggezogene*: Steuerpflichtige ab 19 Jahre, die am 31.12. des Vorjahres in Basel-Stadt niedergelassen waren und im Vorjahr ordentlich veranlagt wurden, am 31.12. des Berichtsjahres nicht mehr niedergelassen und im Berichtsjahr nicht gestorben sind. Massgebend ist die Einkommensklasse gemäss Veranlagung des Jahres vor dem Wegzug. *Veranlagung*: Eine Veranlagung kann zwei steuerpflichtige Personen repräsentieren.

Quellen: Rechnung bzw. Jahresbericht des Kantons Basel-Stadt, Einnahmen aus Einkommens-, Vermögens-, Ertrags- und Kapitalsteuern des Kantons, Finanzdepartement, Tel. 061 267 81 81, www.fd.bs.ch

Weiterführende Informationen:

- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Öffentliche Finanzen, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t18>
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2007, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/wirtschaft>
- Wirtschaftsbericht 2007/2008, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch/publikationen-wirtschaftsbericht.pdf

Steuereinnahmen natürlicher Personen inkl. Quellensteuer (in Mio. Franken)

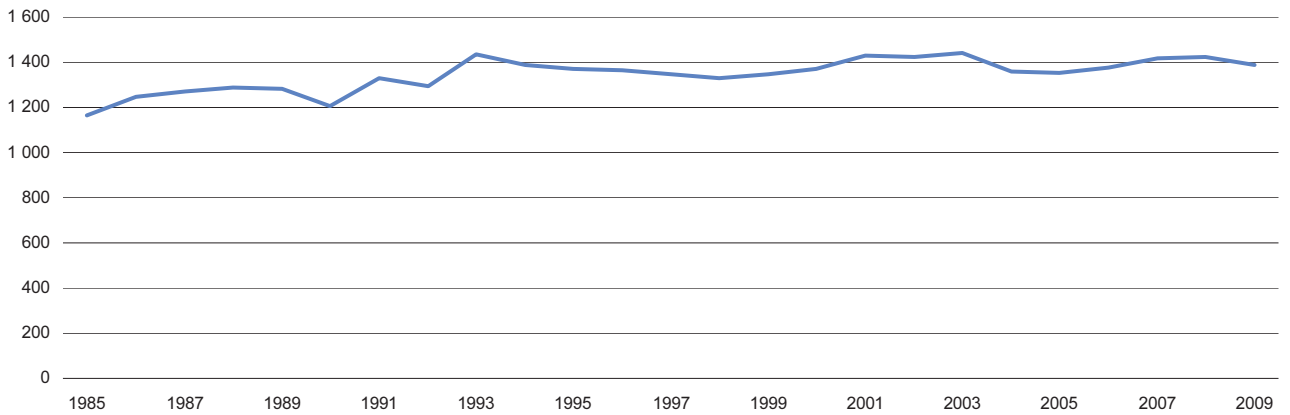


Abb. 19

Steuereinnahmen juristischer Personen (in Mio. Franken)

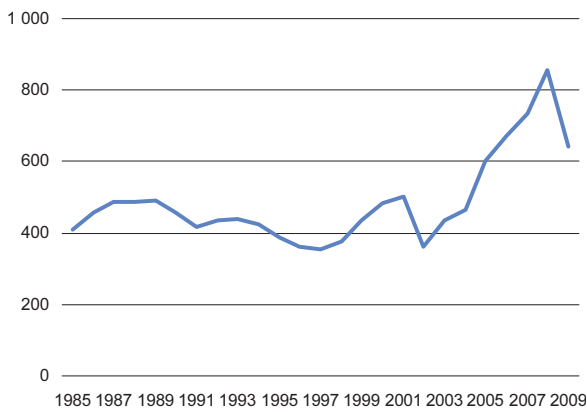


Abb. 20

Summe des Ertrags aus Einkommens- und Vermögenssteuer (in Mio. Franken)

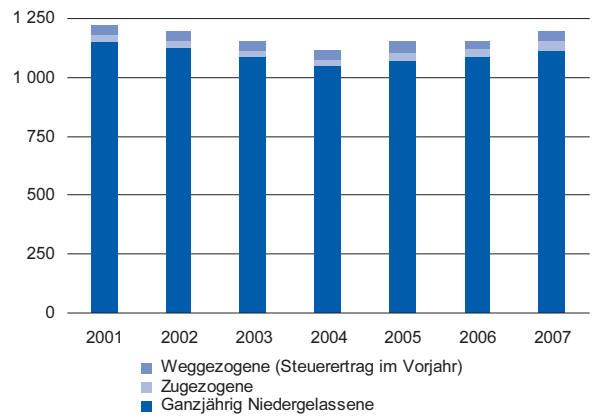


Abb. 21

Steuerertrag von Zugezogenen und Weggezogenen (in Mio. Franken)

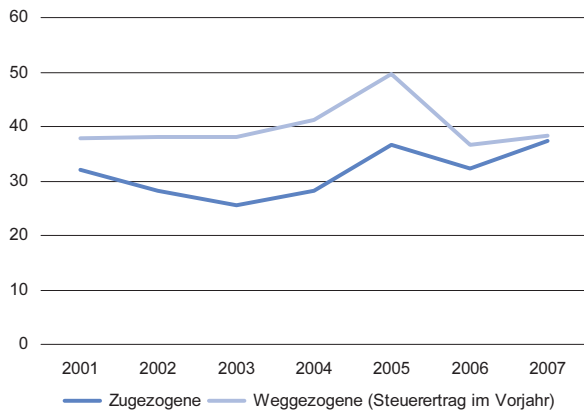


Abb. 22



Indikatoren zur Umwelt

Luftqualität

Wasserqualität

Wasserverbrauch

Lärmbelastung

CO₂-Emissionen

Abfall

Bodenversiegelung

Luftqualität

Eine schlechte Luftqualität beeinträchtigt die Gesundheit und schädigt empfindliche Ökosysteme. Als Indikator zur Beurteilung der Luftqualität wurde der Ausstoss an Stickoxiden (NO_x) gewählt. Es handelt sich dabei um sogenannte Leitschadstoffe, mit denen das Mass der Luftbelastung in der Schweiz gut beschrieben werden kann. Zudem sind Stickoxide Vorläuferstoffe für die Bildung von bodennahem Ozon (O₃). Zum Schutz der Gesundheit und der Ökosysteme hat deshalb die Reduktion der NO_x-Emissionen einen hohen Stellenwert in der Luftreinhaltung.

Ziel: Verminderung der lokalen Emissionen in die Luft

Zum Stand der Dinge

Im Jahr 2010 werden im Kanton Basel-Stadt rund 1 200 Tonnen Stickoxide (NO_x) ausgestossen. Dies entspricht 8,2 Kilogramm NO_x pro Kopf und Jahr (Abb. 23). 1990 betrug die Emissionen noch rund 2 700 Tonnen. Die NO_x-Emissionen haben sich dank der Einführung des Katalysators bei Personenkraftwagen, durch Abluftreiniger bei der Abfallverbrennung und durch eine NO_x-arme Verbrennungstechnik bei den Feuerungsanlagen um rund 55 % reduziert. Rund die Hälfte der Emissionen stammt heute noch aus dem Strassenverkehr.

Infolge der Reduktionen der Schadstoffemissionen hat sich die Luftqualität deutlich verbessert. Trotzdem wurden in den letzten 19 Jahren an durchschnittlich 41 Tagen im Jahr ein oder mehrere Kurzzeitgrenzwerte von Stickstoffdioxid, Feinstaub (PM10) oder Ozon an der Station St. Johann überschritten (Abb. 24).

Im Sommerhalbjahr während heissen Witterungsphasen ist vor allem die Ozonbelastung massiv zu hoch. Der Jahrhundertssommer 2003 brachte die höchste bisher gemessene Zahl an Grenzwertüberschreitungen. Bei Stickstoffdioxid und Feinstaub ist vor allem die Dauerbelastung problematisch. Der Jahresmittelwert von Stickstoffdioxid sank in den letzten Jahren, und der Grenzwert konnte seit dem Jahr 2008 knapp eingehalten werden. Der Langzeitgrenzwert für Feinstaub wird jedoch bis heute überschritten (Abb. 25).

Blick in die Zukunft

Um die flächendeckende und konstante Einhaltung der Immissionsgrenzwerte für Stickstoffdioxid und Ozon zu erreichen, müssen sowohl die lokalen als auch die grossräumigen Emissionen der Vorläufersubstanzen im Oberrheingebiet reduziert werden. Mit Hilfe der eingangs beschriebenen Massnahmen konnten die NO_x-Emissionen bereits gesenkt werden. Beim Verkehr bleiben die Emissionen jedoch aufgrund der hohen Verkehrsdichte und der Bebauungssituation hoch. Der Verkehr trägt auch wesentlich dazu bei, dass die Grenzwerte

für Feinstaubimmissionen überschritten werden. Hier besteht immer noch Handlungsbedarf. Einen wichtigen Beitrag leistet auch künftig die Verschärfung der Abgasvorschriften (EURO-Normen). Zusätzlich ist eine nachhaltige und stadtgerechte Mobilität, die den Langsamverkehr und den öffentlichen Verkehr fördert, notwendig. Massnahmen dazu sind Parkraumbewirtschaftung sowie verkehrslenkende Massnahmen bei verkehrsintensiven Einrichtungen. Das Basler Stimmvolk hat am 13. Juni 2010 die «Parkraumbewirtschaftung Stadt Basel» abgelehnt. Zusammen mit den Verbänden wird nun ein neues Konzept erarbeitet. Das Fahrtenmodell, das die Verkehrserzeugung bei verkehrsintensiven Einrichtungen regelt ist seit 2009 in Kraft.

Der Luftreinhalteplan der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft 2007 bilanziert die Emissionen aus Strassenverkehr, Industrie und Gewerbe. Aufgrund der Grenzwertüberschreitungen sind im Luftreinhalteplan 2007 weitergehende Massnahmen erlassen worden. Insbesondere mit der Massnahme «Gesunde Luft in Wohnquartieren» werden Standorte mit Grenzwertüberschreitungen identifiziert und entsprechende verkehrstechnische sowie weitere Massnahmen zur Emissionsreduktion ausgearbeitet.

NO_x-Emissionen (in Kilogramm)

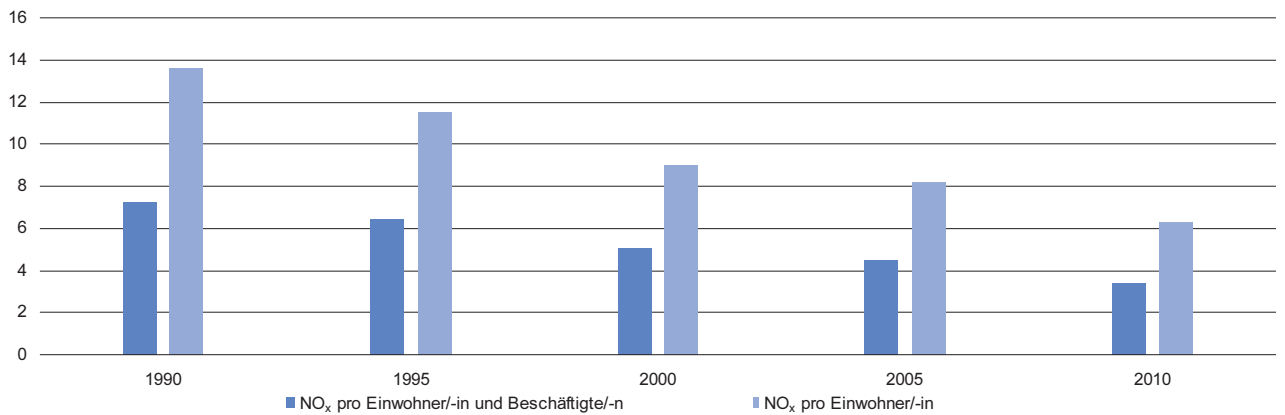


Abb. 23

Tage mit guter Luftqualität an der Station St. Johann

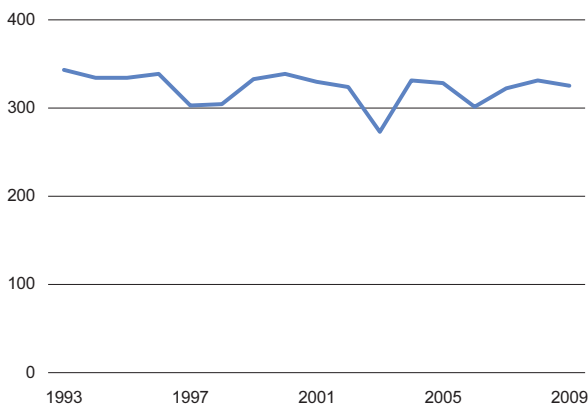


Abb. 24

Jahresmittelwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub im Vergleich zum Langzeitgrenzwert (Mikrogramm pro m³)

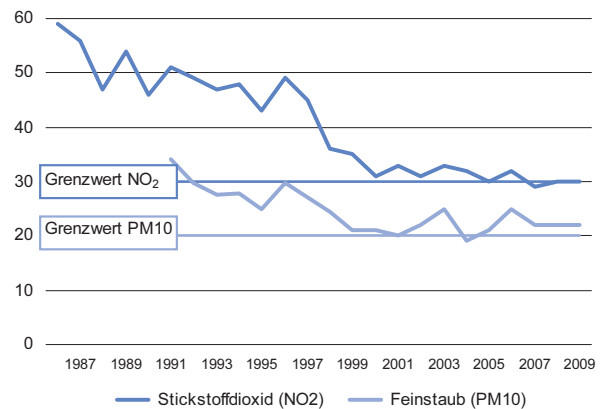


Abb. 25

Erläuterungen:

An einem Tag mit *guter Luftqualität* werden die Kurzzeitgrenzwerte von NO₂, PM10 und O₃ nicht überschritten. *Kurzzeitgrenzwerte* sind ein Mass für kurzzeitige Spitzenwerte und dürfen höchstens einmal pro Jahr überschritten werden: Stickstoffdioxid (NO₂): Tagesmittelwert von 80 Mikrogramm pro m³, Feinstaub (PM10): Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm pro m³, Ozon (O₃): Stundenmittelwert von 120 Mikrogramm pro m³. *Langzeitgrenzwerte* sind ein Mass für die Dauerbelastung: Stickstoffdioxid (NO₂): Jahresmittelwert von 30 Mikrogramm pro m³, Feinstaub (PM10): Jahresmittelwert von 20 Mikrogramm pro m³.

Quellen: Statistik zu den Schadstoffen in der Luft, Lufthygieneamt beider Basel, Tel. 061 552 56 19, www.basler-luft.ch

Weiterführende Informationen:

- Statistik zu den Schadstoffen in der Luft, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t02/5>
- Umweltbericht beider Basel 2007, www.umweltberichtbeiderbasel.ch/index.php
- Luftreinhalteplan 2004 beider Basel, www.baselland.ch/plan_beider-basel-htm.295196.0.html
Aktualisierung 2007: www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/bud/lufthygiene/plan/luftreinhalteplan_2007.pdf
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, http://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/stadt-_und_quartierentwicklung.html

Wasserqualität

Sauberes Wasser ist Voraussetzung für eine nachhaltige Lebensgrundlage für Flora, Fauna sowie für eine gute Trinkwasserqualität. In der Schweiz sowie in den rheinabwärts liegenden Ländern erfolgt die Trinkwassergewinnung verbreitet aus Flüssen und Seen. Dadurch gewinnt die Wasserqualität der Oberflächengewässer zusätzlich an Bedeutung. Für die Wasserqualität entscheidend ist, wie viele Schadstoffe trotz Kläranlagen ins Wasser gelangen. Als messbarer Indikator dient die Ausflussmenge an adsorbierbaren organischen Halogenverbindungen (AOX) aus den Kläranlagen. Diese Fluor-, Chlor- und Bromverbindungen können als Verluste oder Nebenprodukte aus industriellen und gewerblichen Produktionen ins Wasser gelangen. Auch chlorhaltige Reinigungsmittel aus Haushalten spielen eine Rolle. Die organischen Halogenverbindungen sind bereits in geringen Mengen schädlich, schwer biologisch abbaubar und reichern sich im Fettgewebe von Tieren und Menschen an.

Ziel: Verminderung der lokalen Emissionen in die Gewässer

Der Stand der Dinge

Im Jahr 2009 gelangten rund 1 989 Kilogramm AOX über die Basler Kläranlage in den Rhein. Pro Kopf ergibt dies rund 10,5 Gramm AOX pro Jahr (Abb. 26). Seit Mitte der 90er Jahre zeigt der Trend nach unten: Der Wert im Jahr 1998 von 26,5 Gramm AOX pro Kopf sank im Jahr 2008 auf einen Tiefstand von 8 Gramm AOX pro Kopf.

Die Gewässerschutzverordnung des Bundes schreibt für die Einleitung von kommunalem Abwasser in Gewässer einen Grenzwert von 0,08 Milligramm AOX pro Liter vor. Umgerechnet auf eine mittlere Abflussmenge der Basler Kläranlage von rund 110 000 Kubikmeter pro Tag ergibt das eine zulässige Fracht von 8,8 Kilogramm pro Tag oder 3 212 Kilogramm pro Jahr. Die AOX-Fracht des Jahres 2009 unterschreitet somit die zulässige jährliche Fracht um rund 38 %; diese wurde im Jahr 2000 ein letztes Mal überschritten. Der Grenzwert von 0,08 Milligramm AOX pro Liter ist seit 2005 eingehalten.

Blick in die Zukunft

Aufgrund der konsequenten Umsetzung der Gewässerschutzverordnung werden die tiefen AOX-Emissionen bei Industrie und Gewerbe auch in den nächsten Jahren dauerhaft beibehalten werden. Für eine weitere signifikante AOX-Emissionsreduktion muss allerdings der

Verbrauch chlorhaltiger Reinigungsmittel in Haushalten reduziert werden. Verlangt die revidierte Gewässerschutzverordnung des Bundes künftig für Abwasserreinigungsanlagen eine vierte Reinigungsstufe zur Elimination von Mikroverunreinigungen, werden die AOX-Werte im Auslauf der Kläranlage weiter sinken.

Voraussichtlich wird bis im Jahr 2018 die kommunale Abwasserreinigungsanlage von Basel mit einer technischen Einrichtung zur Stickstoffelimination erweitert. Dieses Verfahren ist mittlerweile Stand der Technik und minimiert den Nährstoffeintrag und damit die Eutrophierung von Gewässern.

Der generelle Entwässerungsplan der Stadt Basel wird Ende 2010 vorliegen. Er zeigt u.a. das Potenzial für die Erstellung von Versickerungsanlagen für nicht verschmutztes Regenwasser auf. Der Zufluss von Meteorwasser auf die Abwasserreinigungsanlage wird dadurch verringert, die Reinigungsleistung der Kläranlage verbessert sowie die Direkteinleitung von ungereinigtem Kommunalabwasser in den Rhein bei Starkniederschlägen vermieden (Regenentlastung der Kanalisation bzw. der Abwasserreinigungsanlage).

Erläuterungen:

AOX sind adsorbierbare organische Halogenverbindungen. Der Indikator misst den Ausfluss an AOX aus der Abwasserreinigungsanlage in den Rhein. AOX wird in Abwasserreinigungsanlagen ohne vierte Reinigungsstufe (Elimination von Mikroverunreinigungen) nicht eliminiert. Der Indikator widerspiegelt daher nicht die Reinigungsleistung der herkömmlichen Kläranlagen, sondern die Anstrengungen von Industrie und Gewerbe, die Emissionen an der Quelle zu vermindern. Grosse Abwasserreinigungsanlagen werden künftig nach Vorschrift der revidierten Gewässerschutzverordnung eine vierte Reinigungsstufe enthalten, die AOX teilweise eliminiert. Der Indikator steht zusätzlich auch stellvertretend für andere organische Schadstoffe, die über das Abwasser in die Gewässer gelangen.

Quellen: Abwassermengen der ARA Basel, Amt für Umwelt- und Energie, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/fachbereiche/abwasser.htm

Weiterführende Informationen:

- Kantonale Gewässerschutzverordnung, www.gesetzessammlung.bs.ch

AOX-Fracht am Auslauf der ARA (in Gramm)

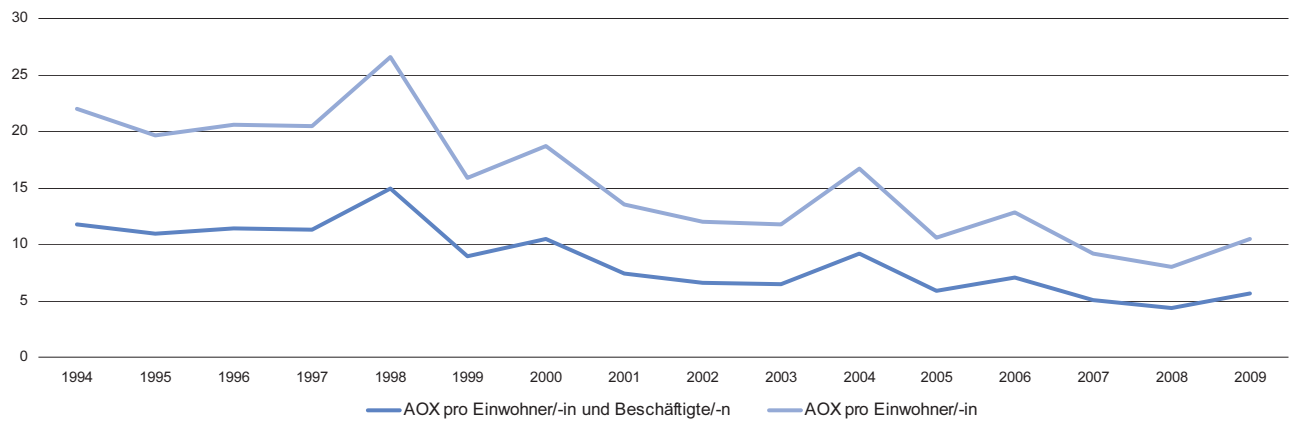


Abb. 26

Wasserverbrauch

Gewinnung, Aufbereitung und Verteilung von Trinkwasser sowie die Reinigung des Abwassers in der Abwasserreinigungsanlage sind mit hohem Aufwand und Energieeinsatz verbunden. Ein sparsamer Umgang mit Wasser schont deshalb nicht nur die Ressource Wasser, sondern senkt auch den Energieverbrauch. Andererseits kann durch die Nutzung von Grund- und Flusswasser zu Heiz- und Kühlzwecken nicht erneuerbare Energie eingespart und aufgrund der Umweltwärmenutzung der Anteil erneuerbarer Energie gesteigert werden.

Ziele: Verminderung des Trinkwasserverbrauchs sowie nachhaltige Nutzung des Grund- und Flusswassers

Der Stand der Dinge

In Basel wird das Trinkwasser durch aktive Versickerung von Rheinwasser in den Langen Erlen und dem Hardwald gewonnen. Dank grosser Anstrengung im Gewässerschutz sowie strengen Vorschriften bei der Trinkwasseraufbereitung ist es in guter Qualität verfügbar. Seit 1990 sinkt der Trinkwasserverbrauch in den Haushalten kontinuierlich. 1990 lag der mittlere Tagesverbrauch bei 282 Liter pro Kopf, im Jahr 2009 bei 219 Liter. Eine Ausnahme verzeichneten die Jahre 2003 (Hitzesommer) bis 2005 mit einem leichten, vorübergehenden Anstieg. Der geringste Trinkwasserverbrauch war im Jahr 2002 mit einem mittleren Tagesverbrauch von 208 Litern pro Kopf zu verzeichnen (Abb. 27).

Der Trinkwasserverbrauch aller Verbrauchsgruppen zusammen liegt bei rund 21 Mio. m³ pro Jahr (2009) (Abb. 28). Umgerechnet auf die mittlere Wohnbevölkerung im Kanton Basel-Stadt sind dies 302 Liter pro Kopf und Tag. Seit 2007 ist der Trinkwasserverbrauch aller Verbrauchsgruppen somit um 10,5 Liter pro Kopf und Tag angestiegen. Grund dafür ist die verstärkte Nutzung von Trinkwasser als Brauchwasser im Industriesektor. Im Vergleich zum mittleren Trinkwasserverbrauch der Schweiz (347 Liter pro Person im 2008) liegt der Verbrauch im Kanton Basel-Stadt trotzdem deutlich tiefer.

In Basel werden neben dem Trinkwasser grosse Mengen an Grund- und Flusswasser für industrielle Prozesse sowie zu Kühl- und Heizzwecken genutzt (52 Mio. m³ 2009). Die Grund- und Flusswassernutzung zu Kühl- und Heizzwecken bietet den grossen Vorteil, dass sie fossile und elektrische Energie ersetzt bzw. den Anteil erneuerbarer Energien steigert (Umweltwärme). Allerdings kann die Grundwassernutzung zu Kühlzwecken nicht ohne Anstrengungen langfristig sichergestellt werden. Bereits heute ist in Basel ein Anstieg der Grundwassertemperatur messbar, was einerseits auf klimatische Veränderungen und andererseits auf die dichte Überbauung im Stadtkanton zurückzuführen ist. Eine Abkühlung in den Wintermonaten wird durch die Versiegelung und dichte Überbauung erschwert. Zusätzlich wird das Grundwasser durch die Abwärme von ins

Grundwasser reichenden Bauten und die Nutzung zu Kühlzwecken erhöht. Ziel ist es, die Wärmeabgabe von Bauten ins Grundwasser durch eine verbesserte Isolation zu reduzieren und eine optimale Nutzungsregulierung des Grundwassers anzustreben.

Auch Flusswasser wird zu Kühlzwecken eingesetzt. Die Temperatur eines Fließgewässers darf jedoch infolge von Wärmeeintrag 25 °C nicht übersteigen. Zudem sinkt der Temperaturgradient zwischen der Entnahme- und der maximal zugelassenen Einleittemperatur von 30 °C während den Sommermonaten und vermindert gerade in heissen Jahreszeiten die Effizienz von Flusswasser zu Kühlzwecken. Aus diesem Grund hat wahrscheinlich die Trinkwassernutzung als Brauchwasser im Industriesektor zugenommen. Die Trinkwassertemperatur ist im Sommer wesentlich geringer als jene des Flusswassers und ermöglicht daher eine effizientere Kühlung.

Blick in die Zukunft

Das Potenzial zur Verminderung des Trinkwasserverbrauchs in Haushalten ist weitgehend ausgeschöpft. Eine weitere Reduktion kann nur noch durch persönliches Verhalten erreicht werden. Der Einfluss des Kantons ist somit relativ gering.

Die Menge von Trinkwasser, das zu Kühlzwecken im Industriesektor genutzt wird, hat aus Kapazitätsgründen ihr Maximum erreicht. Ein weiterer Ausbau des Trinkwasserangebots für Kühlzwecke im Industriesektor ist nicht vorgesehen. Während längeren Hitzeperioden kann zudem die Bereitstellung nicht garantiert werden, da andere Verwendungszwecke Priorität haben. Auch wenn die aufzuwendende Energie zur Trinkwasserbereitstellung und zur anschliessenden Nutzung als Brauchwasser zu Kühlzwecken gering ist und oft sogar tiefer als jene konventioneller Kältetechnik liegt, ist es wenig sinnvoll, das Rheinwasser zur Abkühlung durch die Trinkwasseraufbereitung zu schleusen, um damit die benötigten tiefen Wassertemperaturen zu erreichen. Aus diesem Grund sollte aus Sicht der nachhaltigen Wassernutzung die Verwendung von Trinkwasser zu Kühlzwecken im Industriesektor soweit als möglich vermieden werden.

Trinkwasserverbrauch der Haushalte pro Kopf und Tag (in Liter)

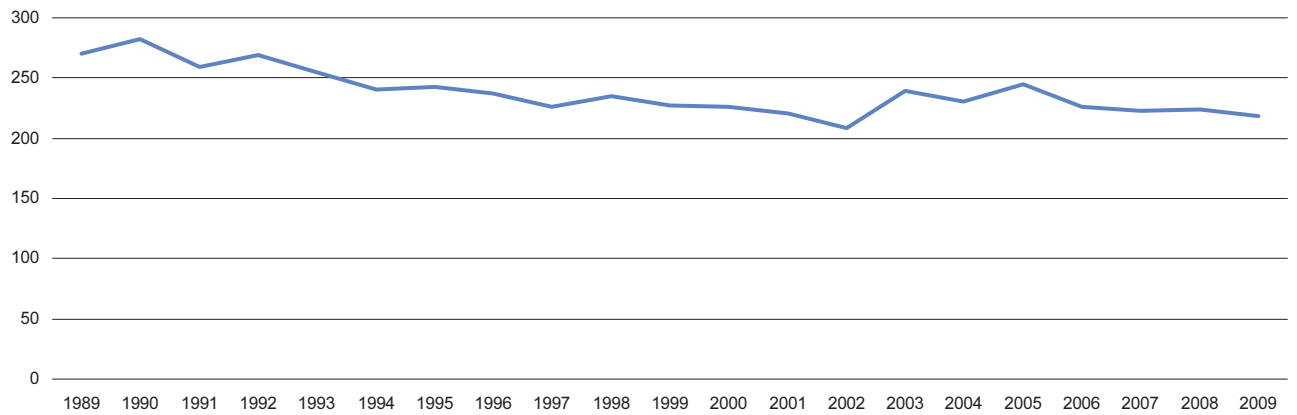


Abb. 27

Gesamter Trinkwasserverbrauch (in m³) sowie nach Verbraucherguppe

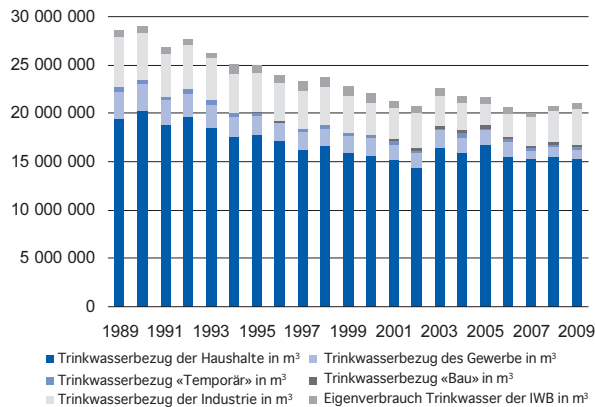


Abb. 28

Erläuterungen:

Brauchwasser ist Trink-, Fluss- oder Grundwasser, das für industrielle Zwecke verwendet wird und wo kein Bedarf auf Trinkwasserqualität besteht

Quellen: Statistik zum Trinkwasserverbrauch, Industrielle Werke Basel (IWB), Tel. 061 275 51 11, <http://www.iwb.ch/de/trinkwasser/wasserversorgung/kenndaten.php>

Weiterführende Informationen:

- Gewässer und Abwasser, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, http://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/stadt-_und_quartierentwicklung.html

Lärmbelastung

Die grossflächige Lärmbelastung der städtischen Agglomeration resultiert vor allem aus dem Strassenverkehr. Lokal treten zusätzlich Industrie- und Gewerbelärm sowie Belästigungen aus der Gastronomie und der Nutzung des öffentlichen Raumes auf. Die Dauerbelastung aus dem Strassenverkehr kann zu physischer und psychischer Beeinträchtigung führen. Auch die Nutzung des öffentlichen Raumes durch die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Attraktivität der Wohnlage wird dadurch vermindert. Um das Mass der Lärmbelastung aus dem Verkehr anzugeben, wird festgehalten, wie viele Baslerinnen und Basler einem Strassenlärm ausgesetzt sind, der über den Immissionsgrenzwerten liegt.

Ziel: Reduktion der Lärmbelastung für die Bevölkerung

Der Stand der Dinge

Im Jahr 2010 waren im Kanton Basel-Stadt 23,8 % der Wohnbevölkerung, d.h. 45 141 Personen, einer nächtlichen Lärmbelastung von mehr als 50 dB (A) ausgesetzt (Abb. 29). Gegenüber dem Jahr 2000 hat sich diese Zahl um 1,7-% vermindert. In absoluten Zahlen sind dies 2 921 Personen.

Der Immissionsgrenzwert (IGW) der Empfindlichkeitsstufe II liegt nachts bei 50 dB (A), bzw. bei 60 dB (A) am Tag. Für Bewohner/-innen in der Empfindlichkeitsstufe III liegt der IGW bei 55 dB (A) in der Nacht und bei 65 dB (A) am Tag. Deshalb ist der Anteil der Bevölkerung, welcher einem Lärmpegel über dem jeweiligen Grenzwert ausgesetzt ist, etwas geringer. Im Jahr 2010 lag dieser bei 15,7 % in der Nacht bzw. 13,9 % am Tag (Abb. 29).

Hauptverursacher des Lärms ist der Strassenverkehr mit Individual- und Güterverkehr. Im Weiteren können die Eisenbahn sowie das Tram zu Grenzwertüberschreitungen führen. Grund für die leichte Verbesserung in den letzten zehn Jahren ist die Eröffnung der Nordtangente. Durch diese nahm zwischen 2000 und 2010 der stadtkreuzende Verkehr im Grossbasel ab. An den Zubringern resultierten hingegen lokal Erhöhungen der Verkehrsmengen und damit der Lärmbelastung. Die Verlagerung des Verkehrs in die Nachtstunden und auch auf das Wochenende ist ein anhaltender Trend, der nicht zuletzt mit dem sich verändernden Freizeitverhalten einhergeht. Im städtischen Raum ist der Schutz

vor Lärm durch das Errichten von Lärmschutzwänden nur in den seltensten Fällen möglich. Als Ersatzmassnahme müssen bei lärmempfindlichen Räumen, an denen der Alarmwert von 70 dB überschritten wird, Schallschutzfenster eingebaut werden. Dies ist jedoch keine nachhaltig wirksame Lösung, da die Lärmquelle an sich nicht behoben wird. Seit 2004 leistet der Kanton zudem freiwillig ab einer Belastung von 67 dB (A) am Tag einen Beitrag von 50 % an Schallschutzfenster.

Der Bevölkerungsanteil, der durch Schallschutzfenster vor übermässigem Lärm geschützt wird, hat aufgrund dieser Massnahmen in den letzten Jahren stark zugenommen (Abb. 30). Im Jahr 2005 lebten rund 5 100 Einwohner/-innen in Wohnungen mit sanierten Fenstern, 2010 sind es rund 7 150. In dieser Betrachtung nicht mitberücksichtigt sind die auf eigene Initiative von Hauseigentümern eingebauten Schallschutzfenster.

Blick in die Zukunft

Die Verkehrsprognosen für das Jahr 2030 zeigen, dass die Verbesserungen durch die Nordtangente innert wenigen Jahren durch die allgemeine Verkehrszunahme kompensiert werden. Um eine längerfristige Verbesserung zu gewährleisten, ist eine geschickte Nutzungs- und Verkehrsplanung mit Massnahmen zur Beschränkung der Verkehrsmenge, Temporeduktion und Nachtfahrverbot nötig. Zusätzlich müssen aber auch der öffentliche Verkehr und der Langsamverkehr durch Attraktivitätssteigerung gefördert und so der Anteil des motorisierten Individualverkehrs gesenkt werden.

Erläuterungen:

Lärmbelastete Einwohner/-innen sind Personen, welche einer Lärmbelastung über dem Immissionsgrenzwert gemäss Lärmschutzverordnung (LSV) ausgesetzt sind. Die in der LSV festgehaltenen Immissionsgrenzwerte drücken das Mass an Lärmbelastung aus, das zirka 75 % der Bevölkerung erträgt, ohne sich erheblich gestört zu fühlen. Übermässiger Lärm macht krank: Er führt zu Schlafstörungen, Konzentrationsschwächen, Nervosität usw. Wohngebiete sind gemäss Lärmempfindlichkeitsstufenplan den Stufen II (Wohnzonen) und III (Wohn-/Gewerbebezonen) mit unterschiedlichen Immissionsgrenzwerten zugeteilt: ES II: 60 dB (A) Tag, 50 dB (A) Nacht, ES III: 65 dB (A) Tag, 55 dB (A) Nacht
dB (A) ist die übliche Masseinheit zur Messung von Lärmstärke

Quellen: Strassenlärmkataster, Amt für Umwelt und Energie, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/fachbereiche/laerm.htm.

Weiterführende Informationen:

- Strassenlärmkataster, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 639 22 22, <http://www.stadtplan.adminbs.ch/geoviewer/index.php?theme=5>
- Strassensanierungsprogramm, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, <http://www.aue.bs.ch/fachbereiche/laerm/schallschutzfenster.htm>
- Lärmschutzverordnung (LSV) http://www.admin.ch/d/sr/c814_41.html

Anteil lärmbelasteter Einwohner/-innen

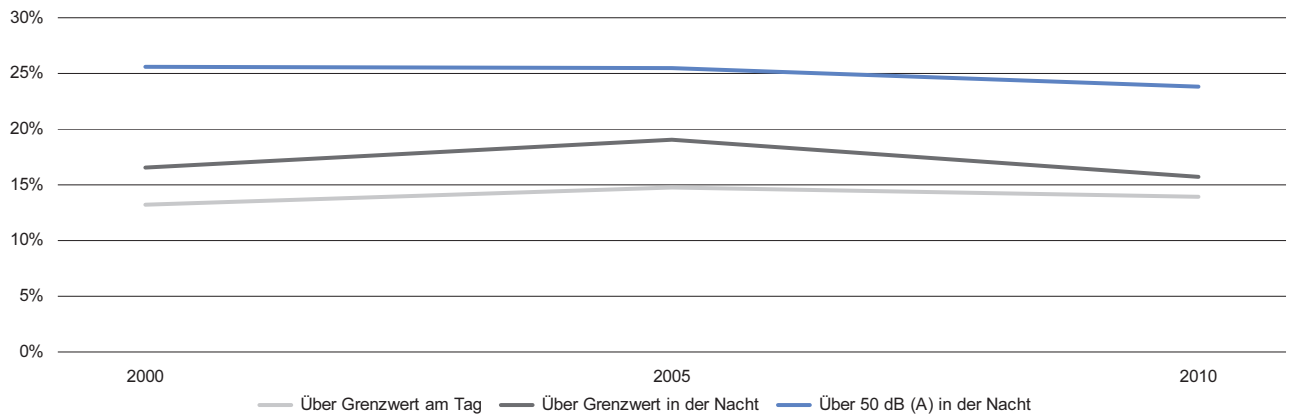


Abb. 29

Einwohner/-innen mit lärmsanierten Fenstern (kumuliert)

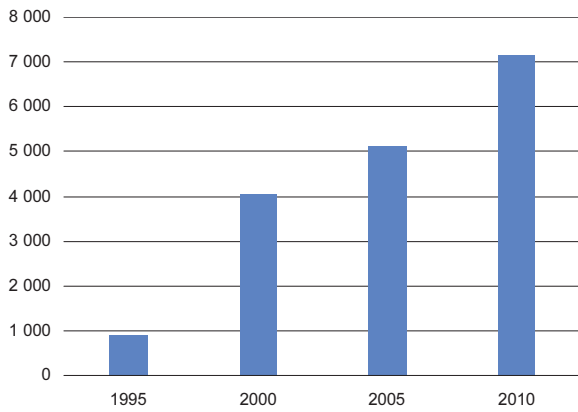


Abb. 30

CO₂-Emissionen

Kohlendioxid (CO₂) ist ein klimawirksames Gas, dessen Anstieg in der Atmosphäre zu einer Temperaturerhöhung auf der Erde führt. Folge davon ist unter anderem die Verlagerung der Klimazonen und ein häufigeres Auftreten von Extremereignissen mit Unwettern und Überschwemmungen. Der CO₂-Ausstoss ist eng mit dem Verbrauch fossiler Energieträger gekoppelt. Um die CO₂-Emissionen zu verringern, müssen der fossile Energieverbrauch gesenkt, die Energieeffizienz gesteigert und der Anteil erneuerbarer Energien erhöht werden.

Ziele: Verminderung des fossilen Energieverbrauchs, Steigerung der Energieeffizienz und Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien

Der Stand der Dinge

Die CO₂-Emissionen im Kanton Basel-Stadt nahmen seit 1990 um 11 % oder absolut um rund 122 270 Tonnen ab. Im Jahr 2010 werden im Kanton Basel-Stadt voraussichtlich rund 985 760 Tonnen Kohlendioxid ausgestossen. Dies entspricht 5,2 Tonnen pro Kopf und Jahr (Abb. 31). Aus den Feuerungen (Fernwärme, Industrie, Haushalte/Gewerbe/Dienstleistung) stammen rund 58 %, aus dem Strassenverkehr 20,5 % und aus der Abfallverbrennung etwa 21,5 % CO₂. Bei den Feuerungen der Fernwärme und der Industrie gingen seit 1990 die CO₂-Emissionen zurück. Der Rückgang ist vor allem auf den Strukturwandel in der Industrie (mehr Forschung und weniger Produktion) sowie auf einen geringeren Verbrauch fossiler Brennstoffe bei der Fernwärme zurückzuführen. Die CO₂-Emissionen aus Haushalt, Gewerbe und Dienstleistung blieben etwa konstant. Beim Strassenverkehr liegen die CO₂-Emissionen deutlich höher als im Jahr 1990, blieben jedoch seit 2005 etwa konstant. Die CO₂-Emissionen der Abfallverbrennung gingen mit der Einführung der Abfallgebühren im Jahr 1992 sprunghaft zurück (Rückgang der Abfallmenge) und stiegen seither wieder leicht an.

Der Anteil erneuerbarer Energie (ohne Wasserkraft) am Bruttoenergieverbrauch konnte kontinuierlich gesteigert werden und betrug im Jahr 2009 8,6 % (Abb. 33). 89,5 % dieser erneuerbaren Energie (1498 TJ) wird in Form von Wärme bereitgestellt (Abb. 34). Die restlichen 10,5 % (178,5 TJ) sind Strom (Abb. 35). Hinzu kommen 5 712,5 TJ Elektrizität aus Wasserkraft. Der grösste Anteil der erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) wird von der Abfallverbrennung beigetragen. Dabei werden 50 % der aus Abfall gewonnenen Energie (Dampf, Fernwärme, Strom) als erneuerbar angerechnet (918

TJ/a; 2009). Seit 2008 liefert das Holzkraftwerk (HKW) mit 513,5 TJ (2009) ebenfalls einen Beitrag zur erneuerbaren Energie. Bei der Wärmeerzeugung spielen zusätzlich die Schlammverbrennung der Abwasserreinigungsanlage (ARA), die Geothermie (Tiefen-Aquifer Riehen), Umweltwärme, Holzfeuerungen sowie Sonnenkollektoren eine Rolle. Bei der Stromerzeugung werden neben der Abfallverbrennung und dem Holzkraftwerk zusätzlich Fotovoltaik und Windkraft eingesetzt.

Blick in die Zukunft

Ziel des Schweizer CO₂-Gesetzes ist, bis 2010 die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 10 % zu senken. Der Kanton Basel-Stadt hat dieses Ziel erreicht. Das revidierte CO₂-Gesetz sieht eine weitere Reduktion von mindestens 20 % bis ins Jahr 2020 vor. Zusätzlich verpflichtet sich Basel als Mitglied der Klimabündnis-Städte Schweiz bis 2030 zu einer CO₂-Reduktion von 50 % gegenüber 1990. Gute Voraussetzung für eine weitere Emissionsreduktion schafft das revidierte kantonale Energiegesetz, das seit Anfang 2010 in Kraft ist, sowie die Verankerung der 2000-Watt-Gesellschaft im Legislaturplan 2009-2013. Damit unternimmt der Regierungsrat weiterhin grosse Anstrengungen, den Energieverbrauch zu senken und erneuerbare Energien zu fördern.

Das grösste Emissionsminderungspotenzial im Kanton Basel-Stadt besteht im Gebäudebereich sowie bei der Mobilität. Sowohl das kantonale Förderprogramm als auch das Gebäudesanierungsprogramm des Bundes setzen einen wichtigen Anreiz, die Energieeffizienz zu steigern und den Einsatz von erneuerbarer Energie zu fördern.

Erläuterungen:

TJ/a = Terajoule pro Jahr, 1 TJ/a = 10¹² Joule/a

Abb. 33: Im Vergleich zur letzten Publikation mit berichtigten Werten.

Quellen: CO₂-Emissionen, Lufthygieneamt beider Basel, Tel. 061 925 56 19, www.basler-luft.ch. Energiestatistik, Amt für Umwelt und Energie, Tel. 061 225 97 30, www.aue.bs.ch/fachbereiche/energie.htm

Weiterführende Informationen:

- Umweltbericht beider Basel 2007, www.umweltberichtbeiderbasel.ch/index.php
- Energiestatistik 2004 (Nächste Energiestatistik nach Verbrauchsgruppe ab Ende 2011 erhältlich) und Statistik zu erneuerbarer Energie 2009, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, www.aue.bs.ch/fachbereiche/energie/daten-und-fakten.htm
- Klima Schweiz, Bundesamt für Umwelt, <http://www.bafu.admin.ch/klima/Klimaportal> der Schweiz, www.climate-change.ch

CO₂-Emissionen pro Kopf (in Tonnen)

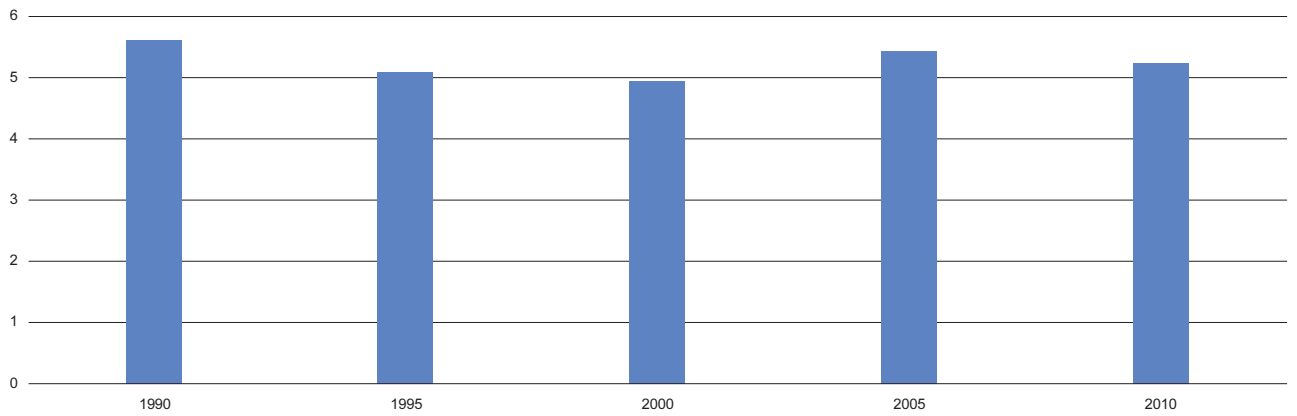


Abb. 31

Energieverbrauch nach Verbrauchergruppen (in TJ)

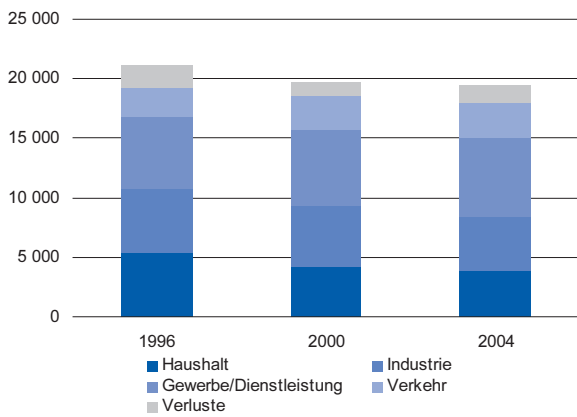


Abb. 32

Anteil erneuerbare Energie am Bruttoenergieverbrauch

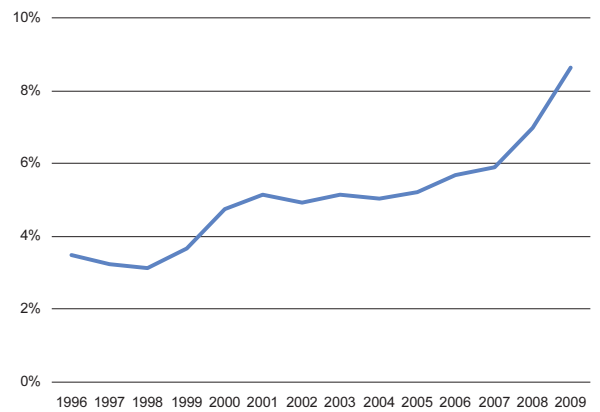


Abb. 33

Wärme aus erneuerbarer Energie (in TJ)

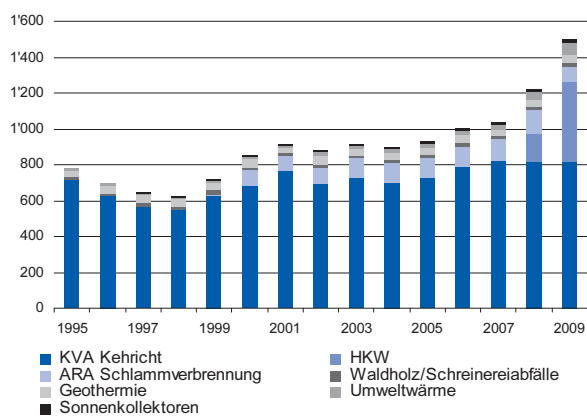


Abb. 34

Strom aus erneuerbarer Energie (in TJ)

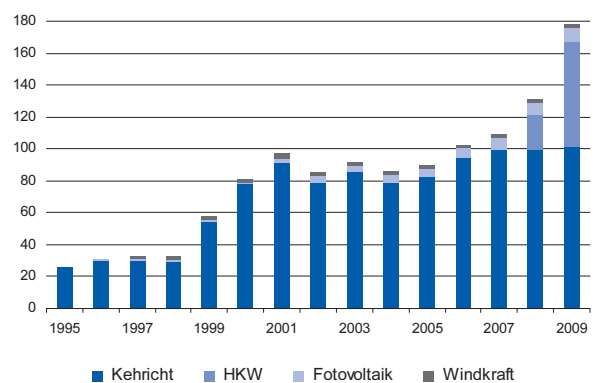


Abb. 35

Abfall

Die nachhaltige Entwicklung hat zum Ziel, den Ressourcenverbrauch zu minimieren und Stoffkreisläufe zu schliessen. Diesem Ziel entsprechen die Vermeidung und Wiederverwertung von Abfällen. Abfallvermeidung bedeutet auch Ressourcenschonung: es werden weniger Rohstoffe gebraucht, die später als Abfall anfallen und entsorgt werden müssen. Zudem entstehen bei der Entsorgung weniger Schadstoffe. Durch die Wiederverwertung (Recycling) können Wertstoffe zurückgewonnen und Stoffkreisläufe geschlossen werden.

Ziele: Verminderung des Ressourcenverbrauchs durch Abfallvermeidung und dadurch Verminderung von Schadstoffemissionen in Luft, Wasser und Boden. Schliessen von Stoffkreisläufen durch angemessenes Recycling sowie Schaffen von finanziellen Anreizen zur Ressourcenschonung und Abfallvermeidung durch konsequente Anwendung des Verursacherprinzips

Der Stand der Dinge

Im Jahr 1993 wurde in Basel-Stadt eine Gebühr für Hauskehricht und Sperrgut eingeführt. In der Folge nahm die Abfallmenge stark ab, während sich die Recyclingmenge innert wenigen Jahren verdoppelte. Damit hat der Kanton Basel-Stadt einen wichtigen Schritt hinsichtlich der Schonung natürlicher Ressourcen getan.

2009 führte der Kanton versuchsweise kostenlose Sperrgutsammlungen ein. Dies mit dem Ziel, die illegalen Abfallablagerungen zu vermindern. Dadurch stieg die Sperrgutmenge sprunghaft an: 2008 wurden 944 Tonnen Sperrgut entsorgt, 2009 waren es 5228 Tonnen.

Die Menge des Hauskehrichts sank im gleichen Jahr um rund 8 kg pro Kopf auf 159 kg. Die Recyclingmengen sanken um 6 kg pro Kopf auf 178 kg (Abb. 37). Die Gesamtmenge an Siedlungsabfällen (Hauskehricht und Sperrgutabfälle, ohne Industrie und Gewerbe) nahm um 14 kg pro Kopf auf 186 kg zu (Abb. 36). Dies entspricht insgesamt 35 448 Tonnen.

Die Abnahme des Hauskehrichts und der Recyclingmenge ist teilweise konjunkturell bedingt: Erfahrungsgemäss führt eine schlechtere Wirtschaftslage auch zu einem verminderten Konsum, was sich auch in der geringeren Abfallmenge widerspiegelt. Zum Teil hat wohl auch die Gratis-Sperrgutabfuhr zu diesen Rückgängen beigetragen, da sie die Bevölkerung zu einer schlechteren Sammeldisziplin (Wertstoffe) und zu Falschentsorgungen (Wertstoffe und Hauskehricht) veranlasste. So hat der Recyclinganteil in der Stadt Basel erstmals seit zehn Jahren abgenommen, während er in den Gemeinden Riehen und Bettingen weiter angestiegen ist. Dank Einführung einer Abfuhr für Bioabfälle konnte die Recyclingmenge in den Landgemeinden sogar deutlich erhöht werden.

Im Jahr 2009 wurden pro Kopf total 448 kg Abfälle (Hauskehricht, Sperrgut-, Industrie- und Gewerbeabfäl-

le) entsorgt. Im Jahr 2005 waren es 427 kg pro Kopf. Aktuell liegt Basel-Stadt jetzt auch leicht über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 429.

Blick in die Zukunft

Die gegenwärtige Entwicklung im Abfallbereich ist unbefriedigend, da die Abfallmenge zu und die Recyclingquote abnimmt. Zurzeit muss offen gelassen werden, ob die dafür wohl mitverantwortliche kostenlose Sperrgutabfuhr weitergeführt oder durch andere Systeme ersetzt wird. Zur Diskussion steht auch eine sog. Grünabfuhr, mit der Rüst- und Speiseabfälle gesammelt werden. Das eingesammelte Material würde der Vergärung zugeführt und in Biogas umgewandelt. Die logistische Anforderung für die Bioabfall-Sammlung ist im städtischen Gebiet jedoch ungleich höher als in ländlichen Gebieten. Entsprechende Abklärungen sind in der Verwaltung im Gang. Erste Entscheide können bis Ende 2010 erwartet werden.

Die Kehrichtverwertungsanlage hat im Jahr 2009 484 GWh Energie in Form von Dampf, Wärme und Elektrizität aus der Abfallverbrennung bereitgestellt. Dank dieser Wärmekraftkoppelung kann ein grosser Teil der Verbrennungswärme thermisch und elektrisch genutzt werden. Im Sommer bleibt jedoch trotz Fernwärmenetz ein Wärmeüberschuss bestehen, der über das Dach abgeführt wird und damit ungenutzt verloren geht. Auch die seit 2009 optimierte Bewirtschaftung der Abfallbunker und die daraus resultierende Möglichkeit, während der Heizperiode mehr Abfälle zu verbrennen, helfen nur begrenzt, den ungenutzten Wärmeüberschuss zu minimieren. Eine Kondensationsdampfturbine könnte den Wärmeüberschuss nutzen und in Elektrizität umwandeln. Aus wirtschaftlichen Überlegungen wurde aber bisher auf die Installation einer solchen Turbine verzichtet. Das Potenzial ist jedoch vorhanden und bei einem deutlichen Anstieg der Energiepreise könnte eine Kondensationsdampfturbine auch wirtschaftlich interessant werden.

Siedlungsabfälle (Hauskehricht und Sperrgut) pro Kopf in Kilogramm

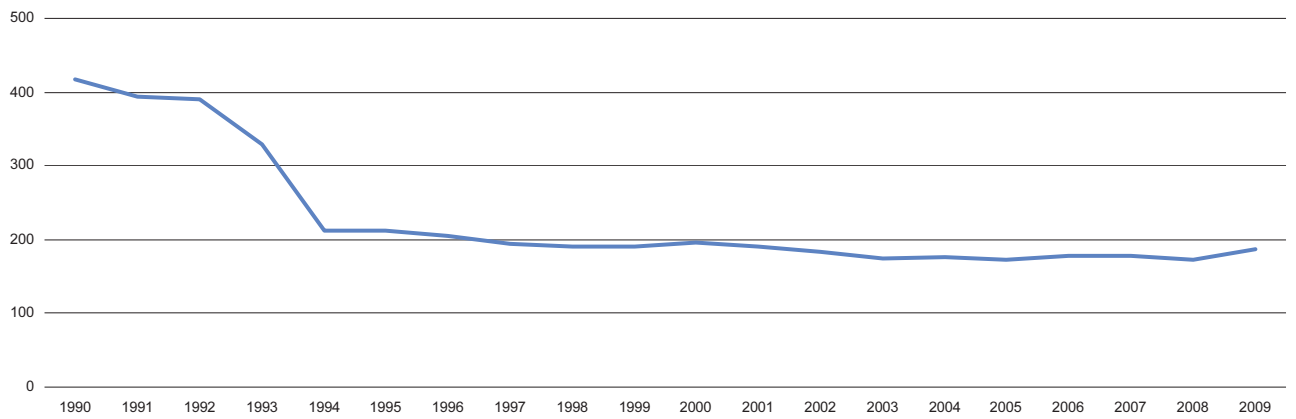


Abb. 36

Recyclingmenge pro Kopf in Kilogramm

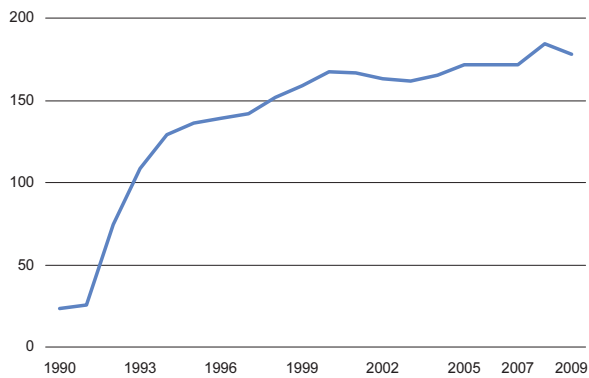


Abb. 37

Erläuterungen:

GWh = Gigawattstunde, 1 GWh = 10^9 Wattstunde = $3.6 \cdot 10^{12}$ Joule

Haushaltsabfälle sind nicht verwertbare Siedlungsabfälle ohne Wertstoffe

Quellen: Abfallstatistik, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/fachbereiche/abfaelle.htm

Weiterführende Informationen:

- Abfallbericht 2002, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, www.aue.bs.ch/dienstleistungen/publikationen.htm
- Umweltbericht beider Basel 2009, www.umweltberichtbeiderbasel.ch/index.php
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, http://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/stadt-_und_quartierentwicklung.html

Bodenversiegelung

Unverbauter, naturbelassener Boden ist eine begrenzte, nicht erneuerbare Ressource und bildet den wichtigsten Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Gesunder, qualitativ guter Boden ist die Grundlage für die Nahrungsmittelproduktion und dient als Reinigungsfilter bei der Grundwasserbildung. Zusätzlich ermöglichen Grünflächen den Temperatur- und Feuchtigkeitsausgleich und bieten den Menschen einen Erholungsraum. Durch Versiegelung verliert der Boden diese wichtigen Funktionen, meist irreversibel.

Ziele: Verminderung des Bodenverbrauchs, Erhaltung der Artenvielfalt auch im städtischen Raum, Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten für nicht verschmutztes Niederschlagswasser sowie Gewährleistung eines ausgewogenen Verhältnisses von Wohnraum und Grünfläche

Der Stand der Dinge

Der Kanton Basel-Stadt ist mit 37 km² sehr klein und weist einen ausgesprochenen städtischen Charakter auf. Von der Gesamtfläche (ohne Gewässer) sind rund 74 % als Siedlungsfläche ausgeschieden, die verbleibenden 26 % teilen sich Landwirtschaft und Wald. Die Siedlungsfläche umfasst Gebäude- und Verkehrsflächen, Industrieareale, Infrastrukturflächen sowie Erholungs- und Grünanlagen. Innerhalb dieser Siedlungsfläche ist der Boden in unterschiedlichem Mass versiegelt und reicht von 30 % bei Grünanlagen über 50 % bei Einfamilienhausquartieren bis zu 100 % bei Strassenflächen.

Der Boden verliert durch die Versiegelung seine ökologische Funktion. Lebensräume für Tiere und Pflanzen werden zerstört und die natürliche Verdunstung und Versickerung von Niederschlagswasser verringert. Der natürliche Wasserkreislauf wird somit unterbunden und die Speisung von lokalen Grundwasservorkommen erschwert. Zusätzlich verschlechtert sich das Mikroklima, und die Landschaftsräume im Siedlungsgebiet verarmen. Das von Strassen, Dächern und Plätzen abfließende Regenwasser belastet zudem die Kanalisation und die Kläranlage.

Der Siedlungsentwicklung sind in Basel enge Grenzen gesetzt, währenddessen der Kanton das Ziel eines wachstumsstarken Wirtschaftsstandorts mit hoher Wertschöpfung verfolgt. Dabei wird nach dem Grundsatz der Siedlungsentwicklung nach innen gehandelt. Trotzdem gilt es, neben Landschaftsschutzgebieten auch siedlungsgliedernde Freiräume zu gestalten. Damit werden ökologische Korridore geschaffen, lufthygienische Funktionen erfüllt (Leitbahnen zur Durchlüftung der Siedlungsgebiete) sowie das Freiraum- und Grünflächenangebot bedarfsgerecht verteilt.

Im Jahr 2010 umfasst die versiegelte Bodenfläche rund 1 683 ha. Bei einer Gesamtfläche (ohne Gewässer) von 3 543 ha bedeutet dies einen Versiegelungsanteil von 47,5 % (Abb. 38). Seit 2002 schwankt der versiegelte Anteil zwischen 47 und 47,8 %.

Ab dem Jahr 2004 führte eine differenzierte Erfassung der Bodenbedeckung in Gartenanlagen und begrünter Höfen zu einer Zunahme des versiegelten Flächenanteils um 0,8 %. Der Rückgang der versiegelten Fläche zwischen 2004 und 2008 ist ebenfalls auf eine Überarbeitung der amtlichen Vermessung zurückzuführen.

Blick in die Zukunft

Der nachhaltige Umgang mit unversiegeltem Boden ist Aufgabe der Raumplanung. Neben der Förderung von hochwertigem Wohnraum und dem Grundsatz der Verdichtung nach innen müssen andererseits bei der Umnutzung von Verkehrs- und Gewerbearealen siedlungsgliedernde Freiräume geschaffen werden. Der kantonale Richtplan 2009 zeigt die verschiedenen Bedürfnisse der Stadtentwicklung auf und versucht, mit Leitsätzen eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Die Stadtgärtnerei hat bis 2014 das Ziel, sich zu einem ökologischen Vorzeigebetrieb zu entwickeln und sich als Bio-Umstellungsbetrieb anzumelden. Dadurch wird unter anderem die Biodiversität in den städtischen Grünflächen gezielt gefördert. Die Förderung der Dachbegrünung leistet zusätzlich einen Beitrag zur Verbesserung des Mikroklimas und der Artenvielfalt im städtischen Raum.

Ende 2010 wird der generelle Entwässerungsplan des Kantons abgeschlossen sein. Dieser zeigt unter anderem das Potenzial für die Erstellung von weiteren Versickerungsanlagen für nicht verschmutztes Regenwasser auf und hilft damit den Zufluss von Meteorwasser auf die Kläranlage weiter zu verringern.

Anteil versiegelter Boden

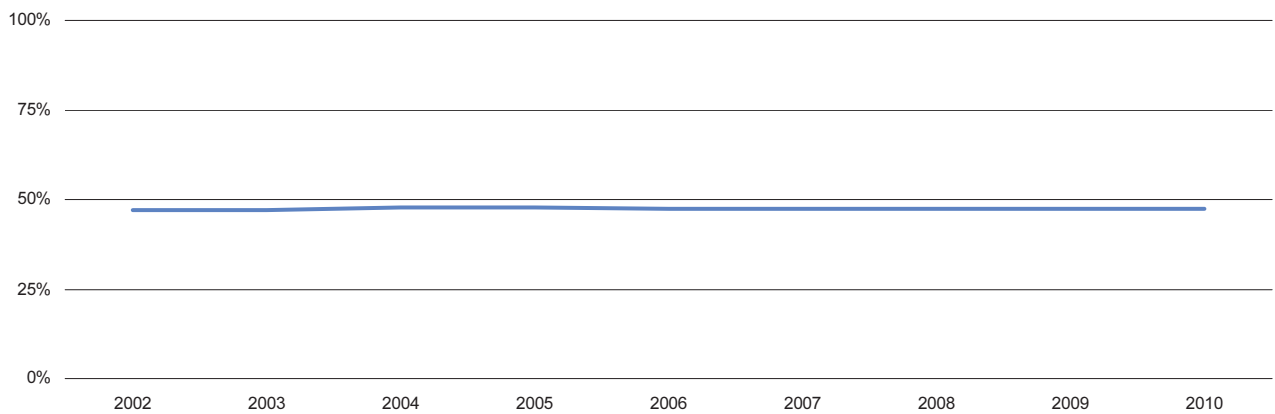


Abb. 38

Erläuterungen:

Bodenversiegelung bezeichnet den Anteil des versiegelten Bodens im Vergleich zur gesamten Kantonsfläche. Als versiegelt gelten gemäss Arealstatistik Gebäude, befestigte Areale, Strassen und Gewässervorland. Gewässer werden aus der Betrachtung ausgeschlossen (inkl. befestigte Wasserbecken). Ab 2004 erfolgte eine differenzierte Erfassung der Bodenbedeckung: Teile der bisher als rein humusierte Flächen/Gartenanlagen betrachteten Flächen wurden als versiegelte Flächen ausgewiesen. Bis 2008 erfolgten weitere Anpassungen in der amtlichen Vermessung.

Quellen: Arealstatistik Basel-Stadt, Grundbuch- und Vermessungsamt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 92 70, www.gva.bs.ch

Weiterführende Informationen:

- Bodennutzung im Kanton Basel-Stadt, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t02/1>
- Kantonaler Richtplan <http://www.richtplan.bs.ch/download.htm>
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, http://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/stadt-_und_quartierentwicklung.html
- Genereller Entwässerungsplan (GEP), <http://www.bafu.admin.ch/gewaesserschutz/01295/01303/01304/index.html?lang=de>



Indikatoren zur Gesellschaft

Altersquotient

Existenzsicherung

Gesundheitszustand

Integration

Lohngleichstellung

Gewaltstraftaten

Zufriedenheit

Altersquotient

Unter einem nachhaltigen Gesichtspunkt ist eine Bevölkerungsentwicklung wünschbar, die eine gerechte Lastenverteilung erlaubt. Die Anzahl Personen im erwerbsfähigen Alter sollte – nicht zuletzt wegen der Finanzierung der Sozialwerke – in einem für die Gesellschaft tragbaren Verhältnis zu den übrigen Personen stehen. Der Altersquotient als Indikator für die demografische Alterung der Bevölkerung zeigt auf, wie sich der Anteil der über 65-Jährigen im Vergleich zur Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren entwickelt. Je höher der Quotient, desto mehr spricht man von einer Alterung der Wohnbevölkerung.

Ziel: Ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Generationen

Zum Stand der Dinge

Von 1985 an stieg der Altersquotient in Basel-Stadt bis zu einem Maximum von 33,9 % im Jahr 2001 (Abb. 39). Seither sank der Quotient wieder auf einen Wert von 32 % für das Jahr 2009. Der aktuellste verfügbare Vergleichswert für die Gesamtschweiz lag im Jahr 2008 bei 26,6 %.

Der Jugendquotient widerspiegelt das Potenzial der Bevölkerungsentwicklung für die nächsten Jahre. Er erreichte in Basel-Stadt seinen tiefsten Stand in den Jahren 1987 bis 1990 mit jeweils 24,7 %. Danach stieg er bis 1999 auf 28,2 % an (Abb. 40). Seither ist die Tendenz wieder sinkend. 2009 betrug der Jugendquotient 25,7 %. Analog zum Altersquotienten besteht im Vergleich zur gesamtschweizerischen Wohnbevölkerung eine beträchtliche Abweichung: 2008 betrug der Jugendquotient der Schweiz 34,1 %.

Zur Analyse der Bevölkerung dient als weiterer Hilfsindikator die Wohnbevölkerung. Sie hat im Kanton Basel-Stadt in den Jahren 1985 bis 2007 deutlich abgenommen, nämlich um rund 7 % von 202 113 auf 187 684 Einwohner/-innen (Abb. 41). In den beiden letzten Jahren ist wieder ein Anstieg der Wohnbevölkerung zu verzeichnen. Im Jahr 2009 wurde erstmals seit zehn Jahren wieder die Grenze von 190 000 Einwohner/-innen überschritten.

Blick in die Zukunft

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Generationen bleibt auch in Zukunft wichtig und ist entscheidend für die Stabilität der Steuereinnahmen und der Sozialversicherungen. Ein hoher Anteil an Erwerbstätigen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren an der Gesamtbevöl-

kerung sichert die künftigen Steuereinnahmen und die Beiträge an die Sozialversicherungen.

Das Trendszenario des Bundesamts für Statistik (BFS) für den Kanton Basel-Stadt zeigt bis ins Jahr 2030 eine Zunahme des Altersquotienten auf 40,4 %. Dieser Anstieg ist einerseits auf rückläufige Geburtenzahlen und andererseits auf eine steigende Lebenserwartung der Bevölkerung zurückzuführen. Die effektive Bevölkerungsentwicklung im Kanton während der letzten Jahre zeigt aber eine klare Abweichung von der BFS-Prognose. Dies ist hauptsächlich auf die Unterschätzung der internationalen Einwanderung zurückzuführen.

Da demographische Entwicklungen nur langfristig zu beeinflussen sind, ist es auch in Zukunft wichtig, die Attraktivität des Kantons für Familien (u.a. verbesserte Betreuungsstrukturen) zu steigern. Im zweiten Familienbericht vom Mai 2005 wurden entsprechende Massnahmenvorschläge zur Verbesserung der Situation der Familien formuliert. Aktuelle Hinweise für die Familienpolitik sind von den Ergebnissen der Familienbefragung 2009 zu erwarten.

Generell erwachsen aus den demographischen Veränderungen erhebliche Anforderungen an die kantonale Politik. Deshalb muss der «demographische Blick» in der politischen Planung in alle Themenbereiche einfließen. Nur so kann eine der Bevölkerungsstruktur angepasste Infrastruktur im Gesundheits-, Bildungs- und Arbeitsmarktsektor bereitgestellt werden.

Erläuterungen:

Der *Altersquotient* bezeichnet das Verhältnis der über 64-Jährigen zur Anzahl Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren, der *Jugendquotient* bezeichnet das Verhältnis der unter 20-Jährigen zur Anzahl Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren.

Quellen: Bevölkerungsstatistik, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t01>

Weiterführende Informationen:

- Erziehungsdepartement, Abteilung Jugend- und Familienförderung, 061 267 80 07, Grundlagen zur Familienpolitik: <http://www.ed-bs.ch/jfs/JFF/dokumente>

Altersquotient

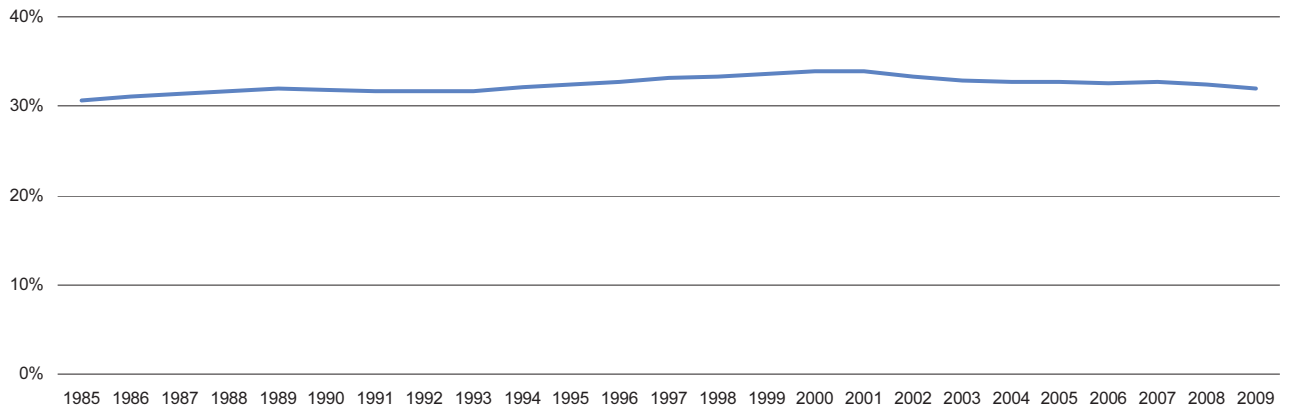


Abb. 39

Jugendquotient

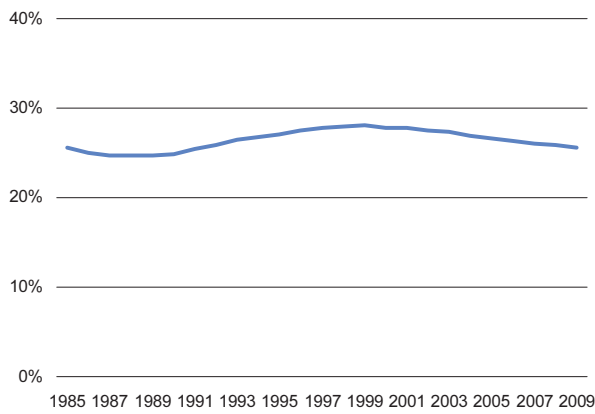


Abb. 40

Wohnbevölkerung

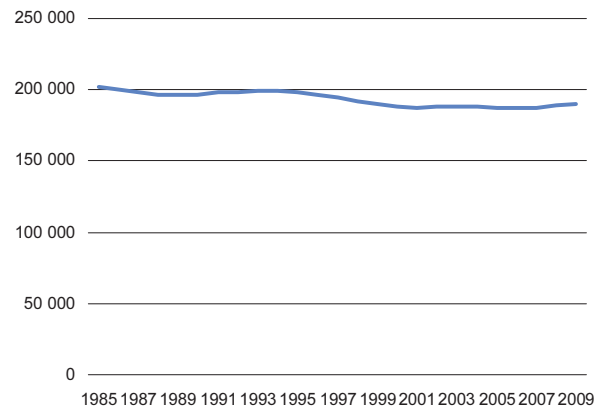


Abb. 41

Existenzsicherung

Die Sicherung der materiellen Existenz der gesamten Bevölkerung ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Neben Sozialversicherungsleistungen und verschiedenen zielgerichteten Unterstützungsleistungen (z.B. Prämienverbilligung, Ausbildungsbeiträge) richtet der Staat existenzsichernde, finanzielle Leistungen an bedürftige Personen aus. Unter Empfängerinnen und Empfängern existenzsichernder Leistungen wird hier derjenige Anteil der Wohnbevölkerung ausgewiesen, der Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV erhält. Idealerweise ist diese Quote möglichst tief.

Ziel: Existenzsicherung für alle Gruppen der Gesellschaft

Zum Stand der Dinge

In Basel waren im Jahr 2008 rund 21 100 Personen auf staatliche existenzsichernde Unterstützung angewiesen. Rund 8 200 Personen beziehen direkte Sozialhilfe und gut 12 900 Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV. Der Anteil unterstützter Personen an der gesamten Bevölkerung beträgt somit 11,4 %. Von 1999 (7,9 %) bis 2006 (12,2 %) stieg dieser Anteil stetig an. In den Jahren 2007 (11,5 %) und 2008 (11,4 %) sank er wieder (Abb. 42). Der leichte Rückgang der Quote in den Jahren 2007 und 2008 ist auf einen klaren Rückgang bei den Sozialhilfebeziehenden zurückzuführen. Bei den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV ist hingegen in den letzten Jahren eine konstante Zunahme zu verzeichnen.

Besondere Aufmerksamkeit muss der Problematik der über 50-Jährigen Sozialhilfebeziehenden entgegen gebracht werden. Es handelt sich um Menschen, die aufgrund ihrer ungenügenden Qualifikationen, gesundheitlichen Problemen oder langjähriger Arbeitslosigkeit geringe oder gar keine Chancen auf Integration in den regulären Arbeitsmarkt haben. Ebenso bedürfen die Altersgruppen bis 25 Jahre weiterhin spezifischer Massnahmen. Dies nicht als Folge gesundheitlicher Probleme, sondern aufgrund von Schwierigkeiten beim Zugang zum Lehrstellen- und Arbeitsmarkt. Die hohe Anzahl junger Betroffener ist gerade deshalb problematisch, weil für diese Altersgruppe eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt von grösster Bedeutung für eine nachhaltige Lebensgestaltung ist. Von 1999 bis 2005 stieg die Sozialhilfequote der 18- bis 25-Jährigen in Basel deutlich an (Abb. 43). Ähnlich verläuft die Entwicklung in Zürich, allerdings auf einem tieferen Niveau.

Seit 2006 nimmt in Basel-Stadt die Sozialhilfequote wieder ab und steht im Jahr 2008 bei 8,5 %, d.h. auf 100 junge Erwachsene entfallen rund neun Sozialhilfebezüger/-innen. Dies ist auf die bessere Arbeitsplatzsituation sowie auf die Anstrengungen des Kantons zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zurückzuführen.

Im Vergleich mit den Städten Zürich und Bern weist Basel in den letzten Jahren aber weiterhin die höchsten Werte auf.

Die Anzahl unterstützter Personen mit Prämienverbilligung (exkl. Sozialhilfe- und Ergänzungsleistungsbeziehende) schwankte in den letzten zehn Jahren zwischen 25 000 und 30 000 (Abb. 44).

Blick in die Zukunft

Ein weiterer Anstieg der existenzsichernden Leistungen ist aus finanz-, aber auch sozialpolitischen Gründen nicht wünschenswert. Die Entwicklung der Fallzahlen bei der Sozialhilfe hängt indessen stark von der Situation auf dem Arbeitsmarkt sowie der Regelung der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung ab. Der Kanton Basel-Stadt legt im Bereich der sozialen Sicherheit besonderes Gewicht auf Massnahmen, welche die Eigenverantwortung und die Leistungsfähigkeit seiner Einwohner/-innen im Interesse des Einzelnen und der Gesellschaft stärken und nutzbar machen. Besonders wichtig sind die Integration junger Erwachsener in den Arbeitsmarkt und die Bekämpfung der Familienarmut. Dabei spielen Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Investitionen in (Aus-)Bildung sowie die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Rolle.

Anteil Empfänger/-innen von existenzsichernden Leistungen

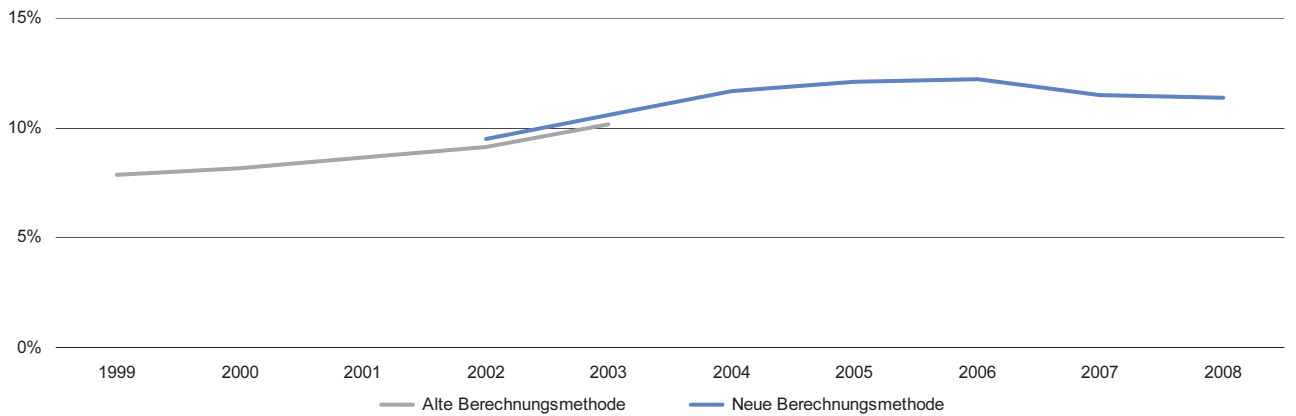


Abb. 42

Sozialhilfequote der 18- bis 25-Jährigen

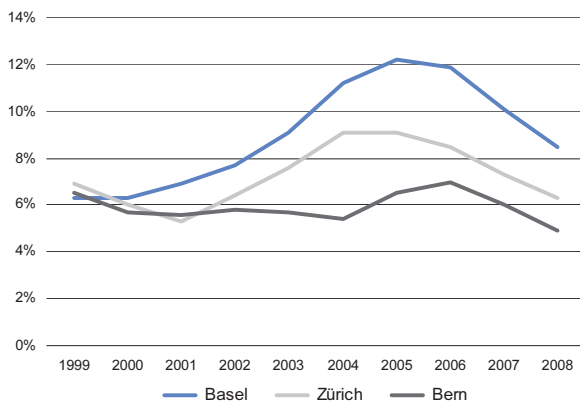


Abb. 43

Anzahl Beziehende von Prämienverbilligungen (exkl. Sozialhilfe- und Ergänzungsleistungen)

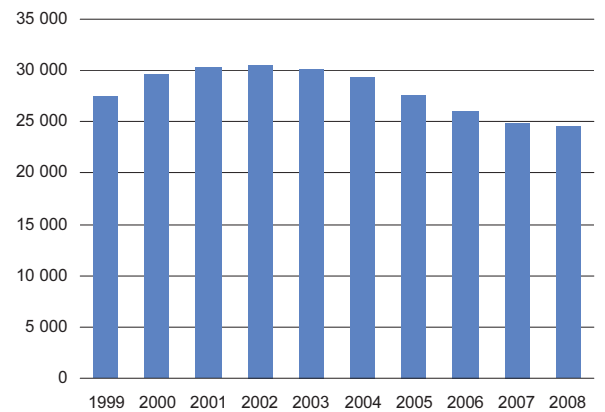


Abb. 44

Erläuterungen:

Die Empfänger/-innen von Leistungen der Existenzsicherung zeigen denjenigen Anteil der Wohnbevölkerung, der im Dezember des jeweiligen Jahres Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV empfangt. Bei der Berechnung der Sozialhilfequote nach alter Methode basieren die Angaben zu den Ergänzungsleistungen zur AHV bzw. IV auf Fallzahlen, die anhand eines Faktors zu Personenzahlen umgerechnet werden. Bei der neuen Berechnungsmethode werden direkt die erfassten Personenzahlen zur Berechnung der Quote verwendet. Die Sozialhilfequote der 18- bis 25-Jährigen beschreibt die kumulierte Anzahl Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler (inkl. Fremdplatzierte) der 18- bis 25-Jährigen im Verhältnis zu allen 18- bis 25-Jährigen im entsprechenden Jahr.

Quellen: Sozialhilfestatistik und Statistik zu Ergänzungsleistungen der AHV/IV, Bericht der Städteinitiative Sozialpolitik: Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten, Berichtsjahr 2008; http://staedteinitiative.ch/de/Info/Kennzahlen_Sozialhilfe/Kennzahlenbericht_aktuell

Weiterführende Informationen:

- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Soziale Sicherheit - Sozialkennzahlen 2008, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t13>
- Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Sozialbeiträge des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 86 65/6, www.asb.bs.ch
- Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Sozialhilfe der Stadt Basel, Tel. 061 685 16 00, www.sozialhilfe.adminbs.ch
- Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit, <http://www.jugendarbeitslosigkeit.bs.ch/>

Gesundheitszustand

Der Gesundheitszustand ist ein wichtiges Element der Lebensqualität und ein Massstab für gesunde Lebensbedingungen. Gemäss der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Gesundheit mit körperlichem, psychischem und sozialem Wohlbefinden gleichzusetzen. Die Bevölkerungsbefragung zeigt, dass die Menschen die Wichtigkeit ihrer Gesundheit erkennen und sich entsprechend gesundheitsfördernd verhalten. Eine gesunde Bevölkerung verursacht letztlich weniger Gesundheitskosten.

Ziel: Gesunde Lebensbedingungen für die Bevölkerung

Zum Stand der Dinge

Wie aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung im Jahr 2002 hervorgeht, schätzen 79,7 % der Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt ihren Gesundheitszustand als «gut» oder «sehr gut» ein (Abb. 45). Im Vergleich zur Befragung im Jahr 1992 ging dieser Anteil leicht zurück; 1992 schätzten noch 81,4 % ihre Gesundheit entsprechend ein. Die Basler Werte liegen unter dem gesamtschweizerischen Mittel: In der ganzen Schweiz fühlten sich im Jahr 1992 87 % der Männer und 83 % der Frauen gesundheitlich «gut» oder «sehr gut». Im Jahr 2002 lagen die Werte mit 88 % bei den Männern und 84 % bei den Frauen noch höher.

Der selbst eingeschätzte Gesundheitszustand variiert bei den verschiedenen Altersgruppen (Abb. 46). Der Anteil an Personen, die ihre Gesundheit als «gut» oder «sehr gut» einschätzen, ist zwischen dem 15. und 34. Lebensjahr am höchsten und nimmt danach mit zunehmendem Alter ab.

Die Gesundheitsbefragung zeigt auch, dass die Basler Bevölkerung im Vergleich zum Schweizer Mittel häufiger unter mehreren verschiedenen gesundheitlichen Problemen leidet. Über ein Drittel der Kantonsbevölkerung ist übergewichtig, was einen Risikofaktor für Herz-Kreislauf-Erkrankungen darstellt. Über dem Schweizer Durchschnitt liegt Basel-Stadt auch in Bezug auf Gesundheitsprobleme in den Bereichen psychische Beschwerden, Stürze im Alter und Bluthochdruck. Auch beim Zigarettenkonsum liegt Basel über dem Schweizer Durchschnitt. Es besteht somit ein erhebliches Potenzial für Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton.

Blick in die Zukunft

Wohlbefinden im Sinne der Definition der WHO setzt nebst einer guten Gesundheitsversorgung auch wirkungsvolle Massnahmen in der Gesundheitsförderung und Prävention voraus: Dazu gehören unter anderem Projekte zu Themen wie Bewegung, Sport, Ernährung, Suchtmittelkonsum und psychische Gesundheit. Diesen Aspekten wird in den nächsten Jahren weiterhin grosse Bedeutung zukommen, denn der Gesundheitszustand wird deutlich häufiger durch Lebensstil, berufliche Tätigkeit, Gewohnheiten und andere gesellschaftliche Faktoren beeinflusst, als durch eine gute Gesundheitsversorgung.

Die Abteilung Gesundheitsförderung und Prävention des Gesundheitsdepartements ist seit 2005 die Fachstelle, welche sich mit der Gesundheit der Einwohner/-innen im Kanton beschäftigt und diese gezielt fördert. Mit massgeschneiderten Aktivitäten unterstützt die Abteilung Menschen aus allen Altersgruppen gezielt und individuell. Nach wie vor liegt ein Hauptaugenmerk auf Kindern und Jugendlichen, die zunehmend an Übergewicht und psychosomatischen Störungen leiden. Langfristig angelegte Präventionskampagnen sind dazu bereits im Gang und werden kontinuierlich ausgebaut. Als Basis für die Programme dienen vor allem die Ergebnisse der kantonalen Gesundheitsbefragung der erwachsenen Bevölkerung sowie regelmässige Befragungen von Eltern mit Kindern im Kindergarten und in der Primarschule sowie Jugendlichen.

Aktuelle Zahlen zum Gesundheitszustand der erwachsenen Kantonsbevölkerung und den determinierenden Faktoren wird die nächste Schweizerische Gesundheitsbefragung im Jahr 2011 liefern.

Erläuterungen:

Sehr guter bzw. guter Gesundheitszustand bezeichnet den Anteil der Bevölkerung, der laut Befragung den eigenen Gesundheitszustand als «sehr gut» oder «gut» einschätzt. Der Wert widerspiegelt das persönliche Wohlbefinden der Bevölkerung. Erfahrungsgemäss besteht ein enger Zusammenhang zwischen der selbst beurteilten Gesundheit und dem Sterberisiko sowie zwischen der selbst beurteilten Gesundheit und der persönlichen Voraussage von Erkrankung und körperlichen Einschränkungen.

Quellen: Schweizerische Gesundheitsbefragung 1992/93 und 2002, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch

Weiterführende Informationen:

- Gesundheitsdienste des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 95 26/28, www.gesundheitsdienste.bs.ch, http://www.gesundheitsdienste.bs.ch/gp_ber_kinder-und_jugendgesundheitsbericht_2010.pdf
- Gesundheit beider Basel, Daten und Fakten zu den Spitälern und Sozialmedizinischen Institutionen, Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft, <http://www.statistik.bl.ch/>
- Bevölkerungsbefragung des Kantons Basel-Stadt 2007, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t14>

Anteil der Bevölkerung mit sehr gutem bzw. gutem Gesundheitszustand (gemäss Selbsteinschätzung)

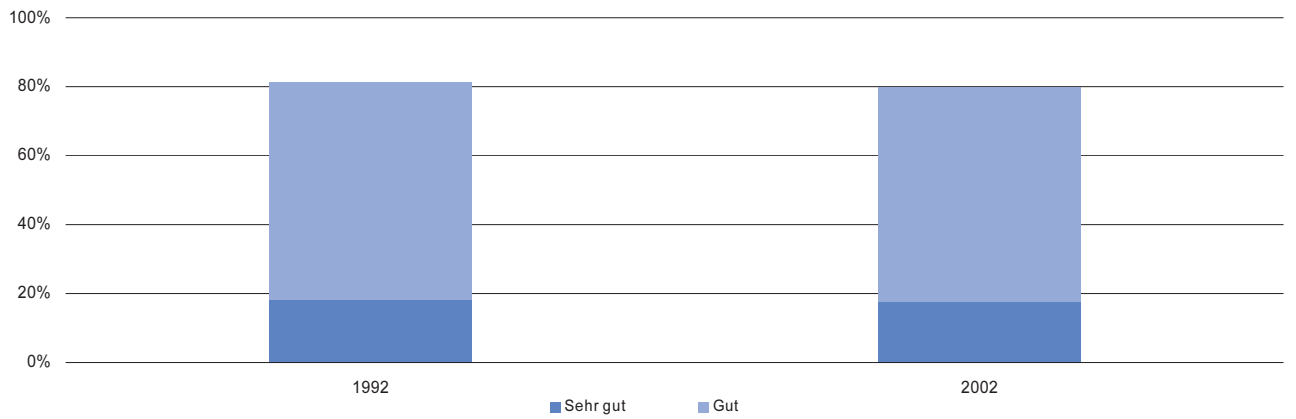


Abb. 45

Gesundheitszustand nach Altersgruppen im Jahr 2002

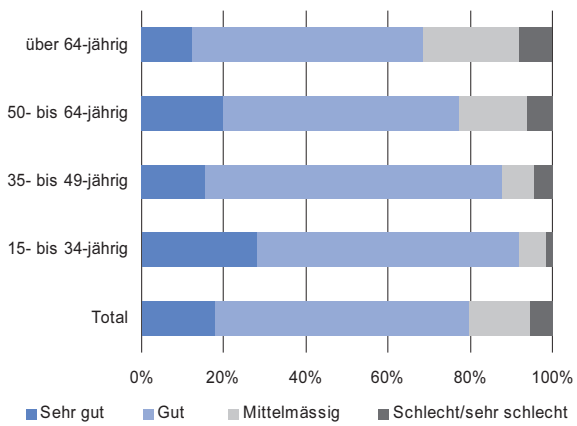


Abb. 46

Integration

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Basel ist im Schweizer Durchschnitt hoch und steigt weiter an. Die Integration der ausländischen Bevölkerung, d.h. ihre Teilnahme am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, ist ein wichtiger Faktor für die nachhaltige Entwicklung im Kanton Basel-Stadt. Integration ist nur bedingt messbar. Mit dem Vergleich der Gymnasialquoten von schweizerischen und ausländischen Jugendlichen wird ein wichtiger Aspekt der Integration beleuchtet.

Ziel: Integration durch Schaffen von gleichen Voraussetzungen

Zum Stand der Dinge

Das Verhältnis der Gymnasialquoten von Schweizer bzw. ausländischen Schüler/-innen für Basel schwankt im Betrachtungszeitraum zwischen Werten von 0,46 (2003) und 0,33 (2005) (Abb. 47). Der Wert für das Jahr 2009 liegt mit 0,43 leicht tiefer als im Vorjahr, fällt im Vergleich zu den Jahren 2003 bis 2007 jedoch höher aus. Ein klarer Trend ist im Beobachtungszeitraum nicht auszumachen. Die Grafik verdeutlicht, dass ausländische Jugendliche - abhängig von ihrer Staatsangehörigkeit - an den Gymnasien deutlich untervertreten sind.

Im Jahr 2004 wurden die Modalitäten für den Eintritt ins Gymnasium geändert: Während bis 2003 die Eltern der Schüler/-innen in letzter Kompetenz über den Eintritt ins Gymnasium entschieden, erfolgt seit 2004 der Übertrittsentscheid ausschliesslich auf der Basis einer Leistungsbeurteilung durch die Orientierungsschule. Dieser Entscheid kann nur durch das Bestehen einer Aufnahmeprüfung korrigiert werden. Es ist davon auszugehen, dass dieser selektivere Übertrittsmodus Ursache für die Verschiebung des Verhältnisses der Gymnasialquoten zu Ungunsten der ausländischen Schüler/-innen in den folgenden Jahren war. Seit 2007 hat sich dieses Verhältnis allerdings wieder stabilisiert.

Der detaillierte Vergleich der Gymnasialquoten zeigt, dass sowohl bei den ausländischen als auch bei den Schweizer Jugendlichen mehr Frauen als Männer das Gymnasium besuchen (Abb. 48). Unterschiede bei der Gymnasialquote zeigen sich auch zwischen Personen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit: Die Gymnasialquote der Jugendlichen aus Mazedonien sank in den letzten Jahren deutlich und lag unter der Quote der Jugendlichen aus der Türkei, aus Serbien, Montenegro,

Kosovo und aus Italien, deren Quoten im selben Zeitraum wieder zunahmen. Deutsche Jugendliche besuchen das Gymnasium deutlich häufiger als Schweizer/-innen. Bei letzteren lag die Quote im Jahr 2009 bei 47 %, bei ersteren bei rund 72 % (Abb. 49). Diese Daten bestätigen die Erkenntnis aus der internationalen Leistungsmessungsstudie Pisa, dass in der Schweiz die soziale Herkunft einen starken Einfluss auf den Bildungserfolg von Schüler/-innen hat.

Die Bildungsausgaben des Kantons variieren stark nach Geschlecht und Herkunft. Der Kanton gibt über alle Lebensjahre summiert für eine Schweizerin 303 000 Franken und für einen Schweizer 312 000 Franken für Bildung aus. Für eine Ausländerin sind es 262 000 Franken und für einen Ausländer 283 000 Franken.

Blick in die Zukunft

Alle Jugendlichen sollten unabhängig von Geschlecht und sozialer oder kultureller Herkunft die gleichen Bildungschancen erhalten. Daher soll das Verhältnis der Gymnasialquote von ausländischen und Schweizer Jugendlichen idealtypisch gegen 1 streben. Voraussetzung dafür ist, dass es der Volksschule gelingt, unterschiedliche individuelle Lernvoraussetzungen auszugleichen, und dass die Hürden beim Zugang zu einer postobligatorischen Ausbildung für Jugendliche aus Oberstufenzügen mit niedrigerem Anforderungsniveau abgebaut werden. Das Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz) vom 18. April 2007 strebt deren Chancengleichheit mittels Fördern und Fordern an. Auf dieser Basis werden auch in Zukunft im Bereich der Regelstrukturen, insbesondere bei der Sprachförderung, konkrete Massnahmen durchgeführt, welche die Realisierung gleicher Bildungschancen zum Ziel haben.

Erläuterungen:

Die *Gymnasialquote* misst den Anteil von Gymnasiasten/-innen an allen Schülern/-innen des 8. und 9. Schuljahrs. Liegt der Wert beim Verhältnis der Gymnasialquoten von ausländischen bzw. Schweizer Schülern/-innen bei 1, ist der Bildungszugang für beide Gruppen gleich.

Quellen: Schulstatistik, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t15/1>

Weiterführende Informationen:

- Kennzahlenbericht zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern in Basel-Stadt, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t01>; Gender-Budget: Gleichstellungs- und Finanzindikatoren in der Bildung, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t15>
- Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 84 00, www.ed.bs.ch
- «Integration Basel» - Fachstelle Integration und Antidiskriminierung, Tel. 061 267 78 40, www.welcome-to-basel.bs.ch

Verhältnis der Gymnasialquoten von Ausländern/-innen und Schweizern/-innen

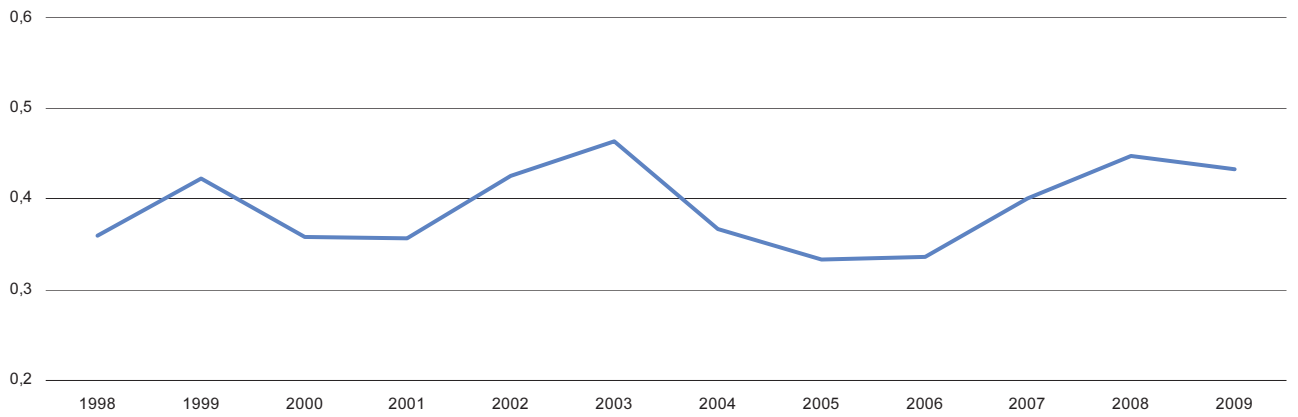


Abb. 47

Gymnasialquoten nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

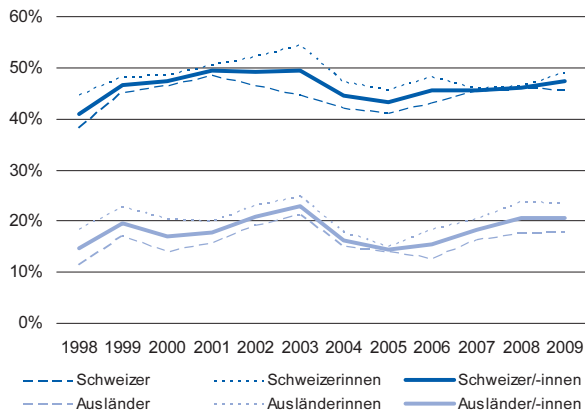


Abb. 48

Gymnasialquoten ausgewählter Nationen

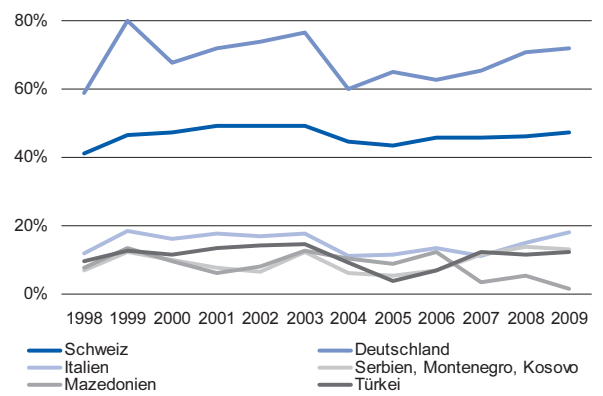


Abb. 49

Lohngleichstellung

Die Gleichstellung von Frau und Mann ist seit 1981 in der Bundesverfassung verankert. Sie muss in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und insbesondere in der Arbeitswelt gefördert werden, um allen die gleichen Chancen und Möglichkeiten zu bieten, am ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Leben zu partizipieren. Ein wesentlicher Indikator für die Gleichstellung ist die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern.

Ziel: Keine Lohndifferenzen aufgrund des Geschlechts

Zum Stand der Dinge

Der Lohnunterschied im privaten Sektor zwischen Frauen und Männern hat sich in den letzten Jahren im Kanton Basel-Stadt leicht vergrössert. Im Jahr 2008 betrug die Lohndifferenz zwischen den beiden Geschlechtern durchschnittlich 21 %, zwei Jahre zuvor lag sie noch bei rund 19 %. Das Verhältnis des mittleren Lohnes von Frauen und Männern hat sich in den letzten Jahren entsprechend leicht verschlechtert und liegt aktuell bei einem Wert von rund 0,8 (Abb. 50). Der Lohnunterschied in Basel lag über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt, welcher für das Jahr 2008 19,4 % betrug.

Der Anteil Arbeitnehmende in der Unternehmensleitung oder mit Vorgesetztenfunktion nach Geschlecht zeigt für den Kanton Basel-Stadt über die gesamte Beobachtungsdauer von zwölf Jahren, dass es weniger Frauen als Männer in Führungspositionen hat (Abb. 51).

Beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind das Angebot und der Zugang zu familienergänzender Kinderbetreuung insbesondere für die Frauen von grosser Relevanz, da sie nach wie vor zur Hauptsache die Kinderbetreuung wahrnehmen. Der Versorgungsgrad mit familienexterner Kinderbetreuung stieg im Kanton Basel-Stadt zwischen 2004 und 2009 von rund 10 % auf 14,4 % (Abb. 52). Im Vergleich dazu fiel der Versorgungsgrad in der Stadt Zürich im Beobachtungszeitraum ungefähr doppelt so hoch aus: Im Jahr 2004 lag er bei 21,3 %, 2008 bei 25,7 %, wobei die Unterschiede im Schulalter grösser sind als im Vorschulalter, jedoch mit abnehmender Tendenz.

Die Entwicklung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft lässt sich auch an der Zusammensetzung des Grossen Rates ablesen. Zwischen 1988 und 2008 stieg der Frauenanteil im Basler Grossen Rat von 26,9 % auf 38 % (Abb. 53). In den Kantonsparlamenten beträgt der Frauenanteil im gesamtschweizerischen Durchschnitt aktuell knapp 26 %. Der Grosse Rat hält seit Jahren den höchsten Frauenanteil aller kantonalen Parlamente in der Schweiz.

Blick in die Zukunft

Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass die Lohngleichstellung noch nicht erreicht ist und es deshalb auch von staatlicher Seite weiterer Anstrengungen bedarf.

Die Gleichstellung von Frau und Mann ist Ziel des Regierungsrats und mit entsprechenden Zielsetzungen und Massnahmen im Legislaturplan verankert. Die Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern setzt sich gemäss Verordnung vom 11. Juni 1991 für die Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen ein.

Die kantonale Verwaltung als grosser Arbeitgeber in Basel-Stadt leistet wichtige Beiträge zur Gleichstellung. Verbesserung der Kinderbetreuung sowie erleichterter Wiedereinstieg nach dem Mutterschaftsurlaub, Gleichstellung im Betrieb sowie Sensibilisierung der Öffentlichkeit sind Massnahmen, die auch in Zukunft weitergeführt werden müssen. Im Bereich der Lohngleichheit soll der national lancierte «Lohngleichheitsdialog» auch in Basel-Stadt verankert und die Anwendung des Selbsttestinstruments «Logib» in der kantonalen Verwaltung geprüft werden.

Erläuterungen:

Verhältnis des mittleren Lohns (Median) von Frauen und Männern im Kanton Basel-Stadt. Berücksichtigt sind – wenn nicht anders erwähnt – Erwerbstätige im privaten Sektor aus allen Wirtschaftszweigen (ohne Landwirtschaft) und auf allen Anforderungsstufen. Je näher der Wert bei 1 liegt, desto eher ist die Lohngleichstellung erreicht (Die Stichprobe der LSE für Basel ist mit statistischer Unsicherheit behaftet); der Versorgungsgrad misst das Verhältnis zwischen den Kinderbetreuungsplätzen (Tagesheime und -familien, Tagesschulen, Mittagstische und Nachmittagsbetreuung, ohne Blockzeiten) und den in Basel-Stadt wohnhaften Kindern.

Quellen: Lohnstrukturerhebung (LSE) und Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE), Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch. Wahlergebnisse der Grossratswahlen im Kanton Basel-Stadt, http://www.grosserrat-bs.ch/wahl_zusammensetzung/wahlergebnisse/; Erhebung Statistisches Amt zu Mittagstischen und Nachmittagsbetreuung.

Weiterführende Informationen:

- Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen, Geschlechterdifferenzierte Rechnungsanalysen im Kanton Basel-Stadt, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t18>
- Abteilung Gleichstellung und Integration, Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern (GFM), Tel. 061 267 66 81, www.gleichstellung.bs.ch
- Fachstelle Tagesbetreuung, Abteilung Jugend- und Familienangebote, Tel. 061 267 43 20, <http://www.ed-bs.ch/jfs/jfa/tagesbetreuung>
- Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt, www.grosserrat-bs.ch

Verhältnis der Löhne von Frauen und Männern

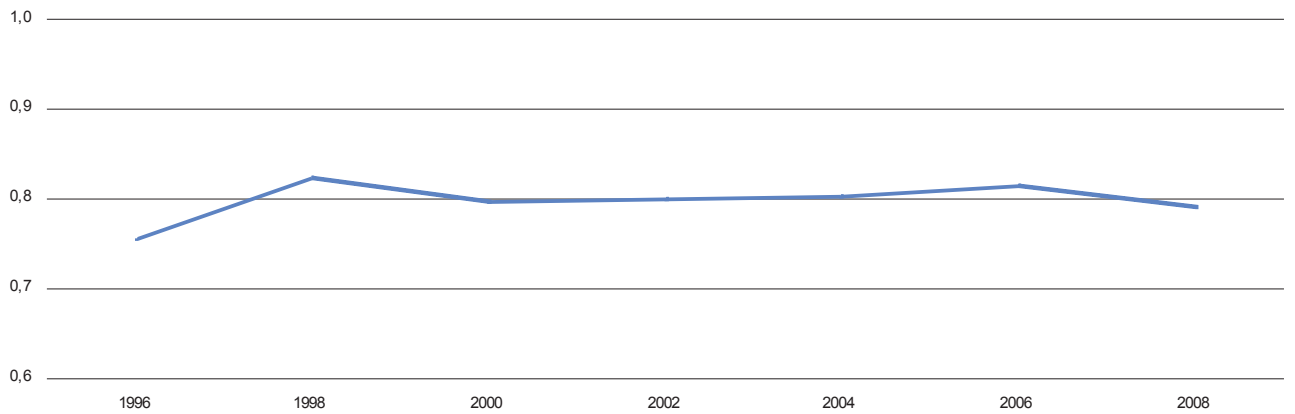


Abb. 50

Anteil Arbeitnehmende in Unternehmensleitung oder Vorgesetztenfunktion (Gleitender Mittelwert über 3 Jahre)

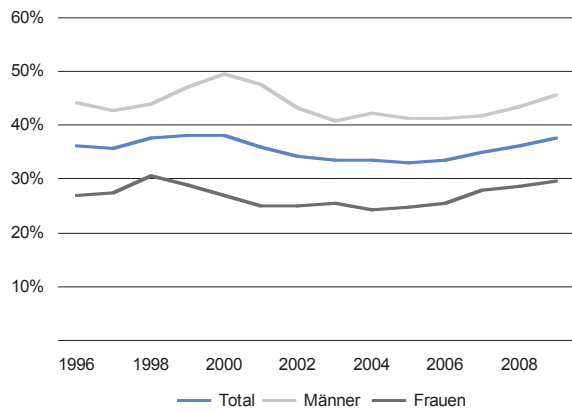


Abb. 51

Versorgungsgrad mit familienergänzender Kinderbetreuung im Vergleich mit der Stadt Zürich

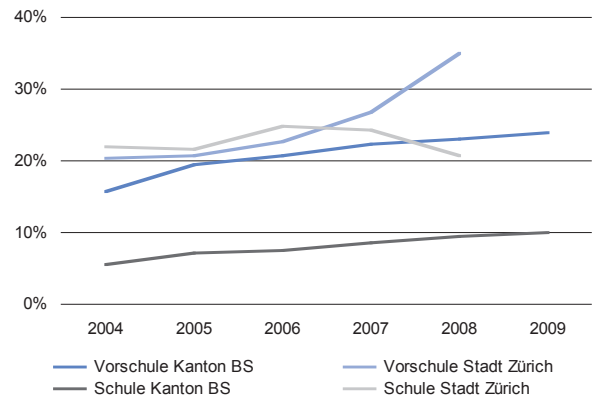


Abb. 52

Frauenanteil im Grossen Rat

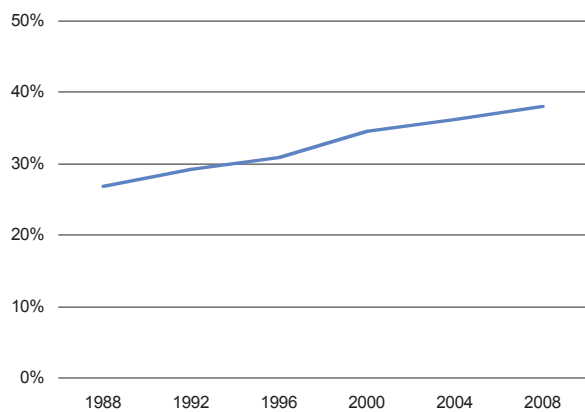


Abb. 53

Gewaltstraftaten

Zu den sozial wichtigen Aspekten einer nachhaltigen Entwicklung sind auch die körperliche Integrität und das Sicherheitsempfinden zu zählen. Das Gefühl von Sicherheit im persönlichen Umfeld, aber auch im Quartier und im öffentlichen Raum ganz allgemein ist eine wichtige Voraussetzung für eine aktive Teilnahme am Leben und für eine hohe Lebensqualität.

Ziele: Verminderung der Kriminalität und Erhöhung von Sicherheit und Sicherheitsempfinden

Zum Stand der Dinge

Im Jahr 2009 wurden im Kanton Basel-Stadt 23 694 Delikte gemäss Schweizerischem Strafgesetzbuch (StGB) und Betäubungsmittelstrafrecht beanzeigt. Rund 3 % davon sind Gewaltstraftaten. Als Gewaltstraftaten werden vorsätzliche Tötungs- und Körperverletzungsdelikte, Raub und Vergewaltigung verstanden. Die Anzahl Gewaltstraftaten ist eine wichtige Kennzahl zur Beurteilung der Sicherheit im öffentlichen Raum. Die Zahl der im Kanton Basel-Stadt registrierten Gewaltstraftaten hat im Jahr 2009 zugenommen (durchschnittlich zwei Delikte pro Tag). Sie liegt mit 714 Delikten um 128 Vergehen höher als im Jahr 2008, was einer Veränderung von rund 22 % entspricht. Umgerechnet auf die Bevölkerung kam es im Jahr 2009 somit zu 375 Gewaltstraftaten pro 100 000 Einwohner/-innen, im Vorjahr waren es 310 (Abb. 54).

Gesamtschweizerisch wurden im Jahr 2008 rund 163 Gewaltdelikte pro 100 000 Einwohner/-innen registriert. Urbane Gebiete wie Basel sind u.a. aufgrund einer höheren Interaktionsdichte deutlich stärker belastet.

Werden die gemäss Schweizerischem Strafgesetzbuch strafbaren Handlungen betrachtet, fällt die Kriminalitätsbelastung der Stadt Basel im Jahr 2009 mit 109,6 Straftaten pro 1 000 Einwohner/-innen im Vergleich mit anderen Schweizer Städten wie Genf (190,7), Lausanne (176,2), Bern (172,4) oder Zürich (158,0) deutlich geringer aus. Sie liegt jedoch aus obgenanntem Grund ebenfalls über dem gesamtschweizerischen Wert von 71,9 Straftaten pro 1000 Einwohner/-innen.

Wie in anderen urbanen Umfeldern ist die Gewaltbereitschaft auch in Basel-Stadt über die Jahre betrachtet tendenziell gestiegen. Im Jahr 2004 haben die registrierten Körperverletzungen einen Höchststand erreicht und sind danach deutlich gesunken. Seit 2007 ist wieder eine umgekehrte Tendenz zu verzeichnen. Bei den anderen drei Deliktarten – Tötungsdelikte, Raub und Vergewaltigung – sind langfristig keine eindeutigen Tendenzen zu erkennen (Abb. 55).

Die Angst vor dem Verlust der körperlichen Integrität hat einen grossen Einfluss auf das psychische Wohlbefinden und somit auf die Lebensqualität. Vor diesem Hintergrund erstaunt es wenig, dass die Sicherheit für die Bevölkerung eine hohe Bedeutung hat. Wie die im Frühjahr 2007 durchgeführte dritte Bevölkerungsbefragung zeigt fühlen sich insgesamt 94,4 % der Befragten im Kanton Basel-Stadt im Alltag ganz allgemein «sehr sicher» oder «eher sicher». Das subjektive Sicherheitsgefühl wird je nach Geschlecht, Wohnort, Altersgruppe und Einkommen unterschiedlich eingeschätzt (Abb. 56).

Blick in die Zukunft

Die politisch verantwortlichen Behörden und die operativen Sicherheitsorgane setzen alles daran, mit präventiven, kontrollierenden und repressiven Massnahmen die Zahl der Delikte zu senken. Ein wichtiger Pfeiler der Prävention bleibt beispielsweise die wahrnehmbare Präsenz der Polizei zu allen Tages- und Nachtzeiten im ganzen Kantonsgebiet. Die rasche und zielgerichtete Intervention bei Delikten trägt dazu bei, dass das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung weiter gestärkt wird.

Gezielte Projekte und Massnahmen zur Gewaltprävention der Kantonspolizei (u.a. Gewaltprävention an Schulen, Stopp-Gewalt-Trainings für gewaltauffällige Jugendliche) und der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt «Halt-Gewalt» bilden weitere Grundlagen zur Verminderung der Kriminalität und zur Erhöhung der Sicherheit. Mit der Jugend- und Präventionspolizei hat die Kantonspolizei Basel-Stadt seit 2009 zusätzlich spezielle Ansprechpersonen für die Jugendgewalt im Freizeitbereich geschaffen. Zudem reagiert die Kantonspolizei in ihrer sicherheitspolizeilichen Arbeit umgehend auf neue Probleme - sowohl in der täglichen Patrouillentätigkeit als auch mit Schwerpunktaktionen.

Gewaltstraftaten pro 100 000 Einwohner/-innen

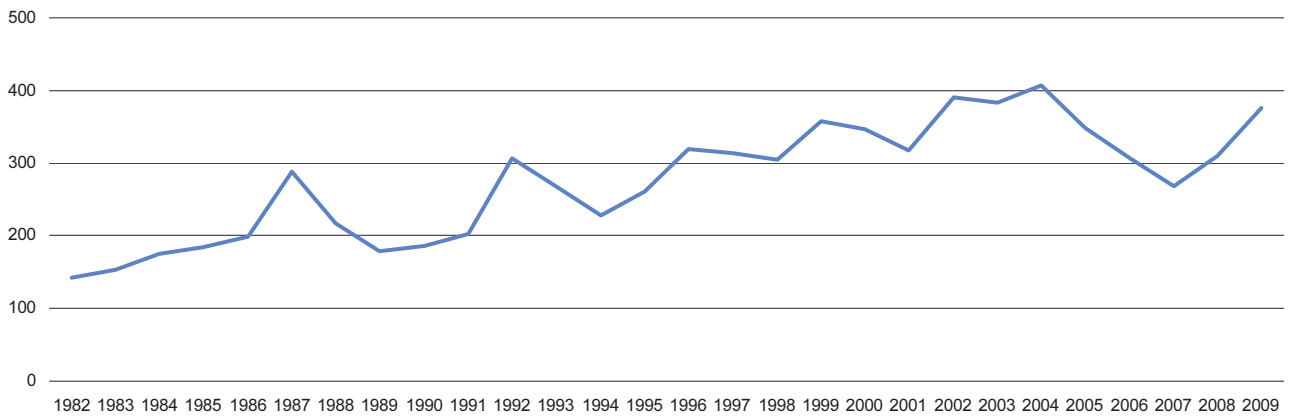


Abb. 54

Gewaltstraftaten nach Deliktart

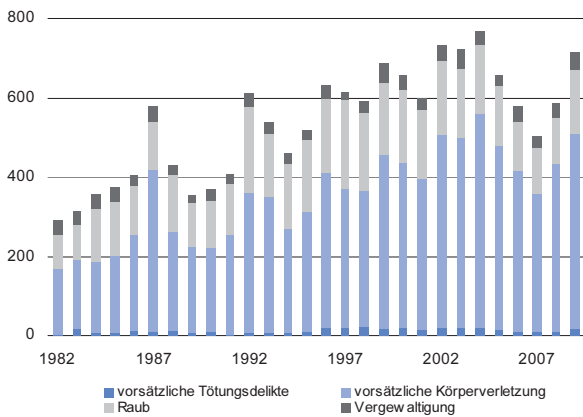


Abb. 55

Sicherheitsempfinden im Alltag im Jahr 2007

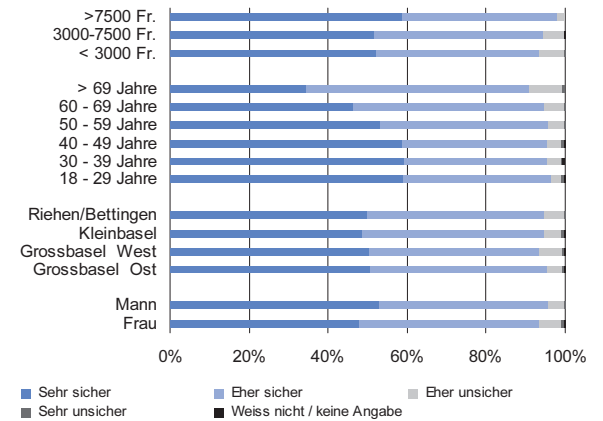


Abb. 56

Erläuterungen:

Als *Gewaltstraftaten* werden vorsätzliche Tötungs- und Körperverletzungsdelikte (Artikel 111 bis 116 sowie Artikel 122 bis 123 gemäss StGB), Raub (Artikel 140 StGB) und Vergewaltigung (Artikel 190 StGB) verstanden.

Seit 2005 werden von mehreren Personen gemeinsam begangene Straftaten nur noch als ein Ereignis gezählt.

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik-bs.ch/tabellen/t19/1. Bevölkerungsbefragung des Kantons Basel-Stadt 2007, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t01>

Weiterführende Informationen:

- Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 71 71, <http://www.jsd.bs.ch>
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, http://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/stadt-_und_quartierentwicklung.html

Zufriedenheit

Eine hohe Grundzufriedenheit der Bevölkerung ist ein wichtiger Hinweis für die Lebensqualität in einer Stadt. Die Auswertung der entsprechenden Frage aus der kantonalen Bevölkerungsbefragung zeigt, wie die Bevölkerung ihre Zufriedenheit einschätzt.

Ziel: Grosse Zufriedenheit in der Bevölkerung

Zum Stand der Dinge

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung über die subjektive Zufriedenheit mit Basel zeigen in allen drei Erhebungsjahren (2003, 2005 und 2007) ein sehr positives Bild. Insgesamt leben jeweils 96 % der Befragten «sehr gerne» oder «gerne» im Kanton Basel-Stadt (Abb. 57).

Auch in den Städten Bern, Zürich, St. Gallen und Winterthur wurden in den vergangenen Jahren periodisch Bevölkerungsbefragungen durchgeführt, welche zu den selben Resultaten wie im Kanton Basel-Stadt führten. In allen Städten lag der Anteil der Befragten, die «sehr gerne» oder «gerne» an ihrem Wohnort leben, zwischen 97 % und 98 %.

Die höchste Zufriedenheit mit einem Anteil von rund 98 % weisen die Befragten aus Riehen und Bettingen auf. An zweiter Stelle steht der Wahlkreis Grossbasel West, wo 96,5 % «sehr gerne» oder «gerne» im Stadtkanton wohnen.

Im Jahr 2007 gaben 67,9 % der befragten Personen an, ihren Wohnort nicht wechseln zu wollen, wenn sie völlig frei entscheiden könnten. Auf einer 10er-Skala (1 = überhaupt nicht gut, 10 = sehr gut) wird die Lebensqualität im Kanton Basel-Stadt im Durchschnitt mit 7,5 bewertet.

Die Zufriedenheit mit dem Wohnort zeigt für die verschiedenen Altersgruppen ein unterschiedliches Bild (Abb. 58). Der Anteil der sehr zufriedenen Personen fällt bei den 40- bis 49-Jährigen mit 53,6 % am geringsten, bei den Personen ab 70 Jahren mit 69,5 % am höchsten aus. Auch die jüngste Altersgruppe (18 bis 29 Jahre) weist mit 66 % eine hohe Zufriedenheit mit dem Wohnort auf.

Erfragt wurde auch die Zufriedenheit mit dem Wohnungs- und Kulturangebot. Die Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot lag mit einem Anteil von 62 % «sehr oder eher zufriedenen Personen» deutlich tiefer als die Zufriedenheit mit dem Kulturangebot mit 87 % (Abb. 59 und 60). Wie die beiden untenstehenden Abbildungen zeigen, werden die beiden abgefragten Bereiche je nach Altersklasse unterschiedlich bewertet.

Die Frage, ob ein direkter Zusammenhang zwischen den über die Jahre konstant hohen öffentlichen pro-Kopf-Ausgaben im Kultur- und Freizeitbereich (Abb. 61) und der hohen Zufriedenheit mit dem kulturellen Angebot besteht, kann nicht beantwortet werden. Basel-Stadt ist schweizweit der Kanton mit den höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur. Auf Städteebene weist lediglich Genf einen höheren Wert als Basel auf.

Blick in die Zukunft

Eine hohe Zufriedenheit der Bevölkerung ist zwar nicht zwingend ein Zeichen für eine nachhaltige Entwicklung, ist aber grundsätzlich sehr positiv zu werten. Der Kanton Basel-Stadt hat mit seiner Politik einen direkten Einfluss auf die Zufriedenheit seiner Bewohner/-innen. Der Regierungsrat hat das Ziel, die Lebensqualität in der Stadt weiterhin zu steigern. Entsprechend beinhaltet der Legislaturplan 2009-2013 den Schwerpunkt «Urbane Standortqualität» mit entsprechenden Zielsetzungen und Massnahmen.

Die regelmässige Durchführung der Bevölkerungsbefragung bildet auch zukünftig ein zentrales Instrument der Politikplanung. Spezifische Hinweise zur Zufriedenheit der Familien im Stadtkanton sind von den Ergebnissen der Familienbefragung 2009 zu erwarten.

Quelle: Bevölkerungsbefragung des Kantons Basel-Stadt 2003, 2005 und 2007, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, <http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t01>

Weiterführende Informationen:

- Bevölkerungsbefragung der Stadt Zürich, Stadtentwicklung Zürich, http://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/stadt-_und_quartierentwicklung.html
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Stadtentwicklung Zürich, http://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/stadt-_und_quartierentwicklung.html
- Bevölkerungsbefragung der Stadt Bern, Statistikdienste Stadt Bern, www.bern.ch/stadtverwaltung/prd/stadtentwicklung/statistik/einwohnerbefragung
- Bevölkerungsbefragung der Stadt St. Gallen, Fachstelle für Statistik des Kantons St. Gallen, www.statistik.stadt.sg.ch
- Bevölkerungsbefragung der Stadt Winterthur, Stadtentwicklung Winterthur, <http://www.stadtentwicklung.winterthur.ch>
- Bundesamt für Statistik, Cercle Indicateurs, <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/04/01.htm>

Anteil der Befragten, die sehr gerne oder eher gerne im Kanton Basel-Stadt leben

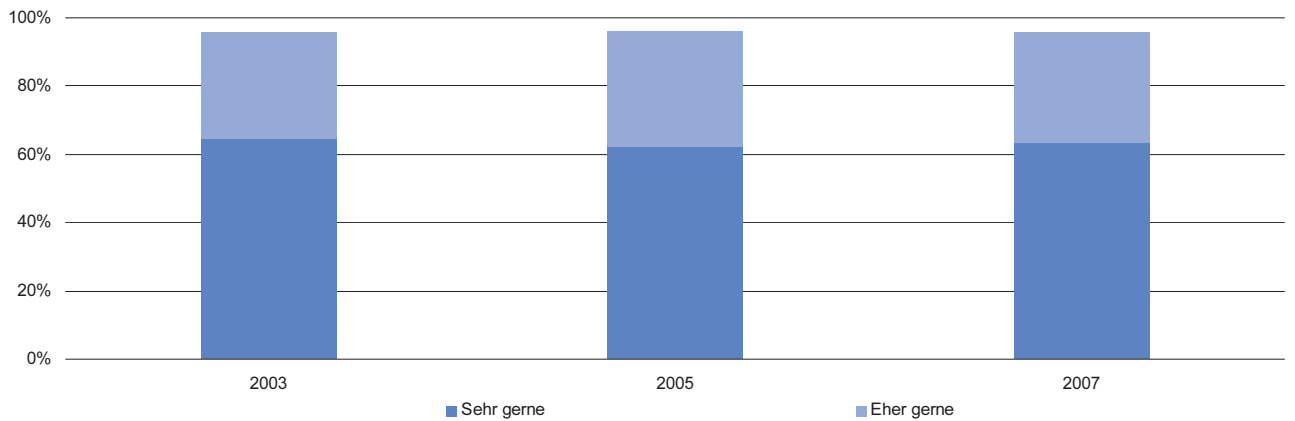


Abb. 57

Zufriedenheit mit dem Wohnort nach Alter im Jahr 2007

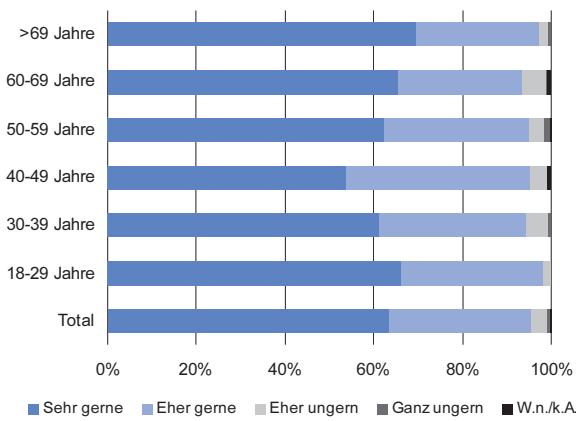


Abb. 58

Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot nach Alter im Jahr 2007

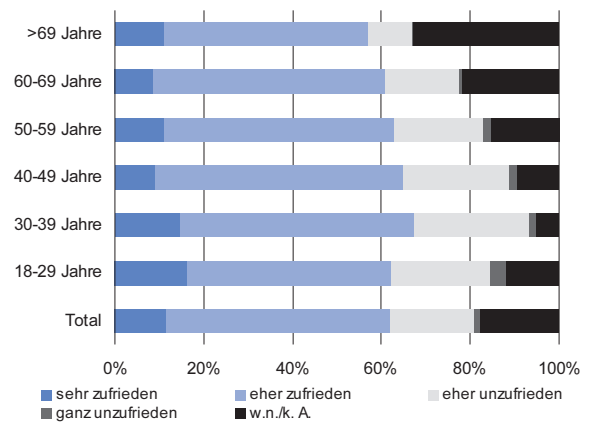


Abb. 59

Zufriedenheit mit dem Kulturangebot nach Alter im Jahr 2007

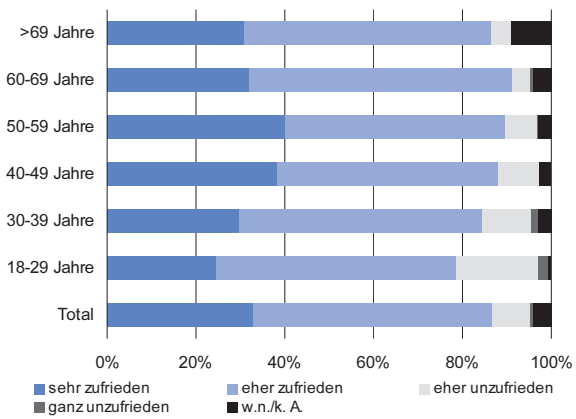


Abb. 60

Öffentliche Kultur- und Freizeitausgaben (CHF/Einwohner)

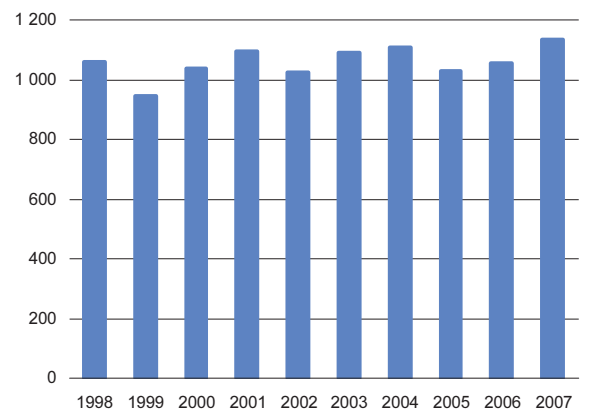


Abb. 61

Fazit

Die Analyse der ausgewählten Indikatoren macht deutlich, dass in allen drei Nachhaltigkeitsbereichen – Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft – positive Entwicklungen zu verzeichnen sind. Einige Indikatoren verdeutlichen jedoch auch, dass noch immer verstärkte Anstrengungen notwendig sind, um den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden.

Aufgrund der vorliegenden Daten sind drei Stossrichtungen auszumachen:

Wettbewerbsfähigkeit stärken

Das Bild im Bereich Wirtschaft hat sich gegenüber der letzten Ausgabe des Berichts im Jahr 2005 kaum verändert. Die Indikatoren belegen, dass Basel-Stadt noch immer attraktive und finanzierbare Rahmenbedingungen für eine wertschöpfungsstarke und innovative Industrie bietet. Die laufende Verbesserung und Stärkung innovationsfördernder Rahmenbedingungen für Unternehmen ist für den Kanton auch künftig von zentraler Bedeutung. Damit kann die Basis für eine positive Entwicklung der Wertschöpfung weiter gewährleistet werden. Davon abhängig sind auch die Entstehung neuer Arbeitsplätze, d.h. die Steigerung der Anzahl der Beschäftigten, die Erwerbstätigenzahl sowie die Arbeitslosenquote. Nur so können schliesslich finanzpolitische Grundsätze, wie eine die zukünftigen Generationen nicht stärker belastende Verschuldung, eingelöst werden.

Emissionen vermindern

Trotz deutlicher Verbesserung ist die Luftbelastung durch Stickstoffdioxid, Feinstaub und Ozon nach wie vor zu hoch. Die Grenzwerte konnten teilweise nicht eingehalten werden, was zu weitergehenden Massnahmen im Luftreinhalteplan 2007 führte. Grösster Verursacher der Luftschadstoffemissionen ist der Verkehr. Eine nachhaltige und stadtgerechte Mobilität, die den Langsamverkehr und den öffentlichen Verkehr fördert, ist nach wie ein wichtiges Ziel. Dies insbesondere auch, um die mit dem Bau der Nordtangente erzielten Fortschritte bei der Lärmbelastung nicht durch das höhere Verkehrsaufkommen gleich wieder zunichte zu machen. Die CO₂-Emissionen konnten im Zeitraum 1990 bis 2010 um 10 % reduziert werden. Der Kanton Basel-Stadt hat somit das bisherige Ziel des CO₂-Gesetzes erfüllt. Trotzdem müssen weiterhin grosse Anstrengungen für eine Reduktion der CO₂-Emissionen unternommen werden. Das revidierte CO₂-Gesetz wird eine weitere Reduktion von mindestens 20 % vorsehen, und als Mitglied der Klimabündnis-Städte Schweiz hat sich Basel zu einer Reduktion von 50 % verpflichtet, von dem wir noch weit entfernt liegen.

Auch die Abfallmenge sowie der Trinkwasserverbrauch verzeichnen einen der nachhaltigen Entwicklung entgegen gesetzten Verlauf. Auch hier gilt es ein Augenmerk auf die künftige Entwicklung zu legen und politische Entscheide entsprechend zu fällen.

Lebensqualität halten

Die Ergebnisse im Bereich Gesellschaft zeigen, dass vor allem bei den typisch urbanen Phänomenen Handlungsbedarf besteht: Die Anzahl der Sozialhilfeempfänger muss stabilisiert und wenn möglich verringert und das Armutsrisiko herabgesetzt werden. Dazu muss auch die Integrationspolitik, basierend auf dem Integrationsgesetz, mit ihren Mitteln des Förderns und Forderns beitragen. Mit präventiven, kontrollierenden und repressiven Massnahmen ist die Zahl der Delikte zu senken und das Sicherheitsempfinden weiter zu stärken.

Die Alterung der Gesellschaft wird künftig auch für den Stadtkanton eine der wichtigsten sozialen Herausforderungen sein. Um die Attraktivität für Familien mit Kindern zu steigern und um Voraussetzungen für eine optimale Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen, gilt es, die Angebote für familienergänzende Kinderbetreuung weiter zu verbessern.

Auch das Problem der anhaltenden Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern muss angegangen werden.

Eine wichtige Aufgabe ist es, in den kommenden Jahren die langfristige Entwicklung der verschiedenen Nachhaltigkeitsbereiche zu verfolgen. Die kurz- und mittelfristigen Ziele und Massnahmen des Legislaturplans orientieren sich grundsätzlich an den Anforderungen der nachhaltigen Entwicklung. Damit wird eine ausgewogene Berücksichtigung von wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Aspekten garantiert. Deren Zusammenwirken ist für eine dauerhafte und zukunftsfähige Kantonsentwicklung unerlässlich.